institut für
theorie und empirie
des sozialen

WERKSTATT FÜR SOZIALPÄDAGOGISCHES DENKEN

situations- und ressourcenanalyse für die partnerschaft für demokratie im landkreis eichsfeld

THOLE | GUMZ | TROSTMANN

füreinander-miteinander wir gestalten

Partnerschaft für Demokratie
im Eichsfeld

Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld

Prof. Dr. Werner Thole

Heike Gumz

Julian Trostmann

unter Mitarbeit von

Lukas Schildknecht, Julia Golle,

Tatjana Koplack, Benjamin Ulrich

Kassel, September 2021

Diese Studie erfolgte in Zusammenarbeit mit und in Finanzierung durch:

Grenzlandmuseum Eichsfeld e.V.
Koordinierungs- und Fachstelle der
Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld
Im Auftrag des Landkreises Eichsfeld

Hinweis: Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Freistaat Thüringen
Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport

denk bunt
Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 3

1 Problemaufriss – Einleitung 5

2 Zum Landkreis Eichsfeld 11

2.1 Der Landkreis – einige allgemeine Daten 11

Demographie und Wanderungsbewegungen 12

Infrastruktur und Wirtschaft 14

2.2 Politische Situation und Akteur*innen national-völkischer Ideologie im Eichsfeld 16

Politik und Wahlverhalten 16

Milieu national-autoritärer Orientierungen 18

3 Die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld – Anforderungen und Aufgaben 22

3.1 Federführendes Amt 23

3.2 Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie 26

3.3 Begleitausschuss 29

3.4 Jugendforum und Partizipation 33

3.5 Netzwerkstrukturen 38

3.5.1 Netzwerke allgemein 38

3.5.2 Netzwerk Eichsfeld – Themen und Herausforderungen 39

3.6 Öffentlichkeitsarbeit 46

3.6.1 Allgemeine Hinweise 46

3.6.2 Sichtbarkeit und Resonanz der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld 47

4 Situation und Ressourcen der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld 50

4.1 Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie 50

4.1.1 Allgemeine Evaluationsergebnisse 50

4.1.2 Praxis gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Wahrnehmungen in den und Behinderungen der Partnerschaften für Demokratie 55

4.1.3 Ablehnungskonstruktionen im Eichsfeld 56

4.2 Strategische und inhaltliche Ausrichtungen der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld und der geförderten Projekte ... 57
4.2.1 Orientierungen der Partnerschaft für Demokratie allgemein ... 57
Strategie der pluralen Gemeinschaft ... 57
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden ... 57
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ... 58
Strategie der demokratischen Ermunterung ... 58
Strategie der demokratischen Gegenwehr ... 58
4.2.2 Profil und Themen der geförderten Projekte 2017 bis 2019 ... 58
4.2.3 Antragsverfahren für Projekte ... 67
4.2.4 Umsetzung von Projekten ... 70
Allgemeine Erkenntnisse ... 70
Anträge und Projekte im Eichsfeld – organisatorisch-konzeptionelle Rahmenbedingungen ... 71
Adressat*innen ... 72
4.2.5 Sprachliche Rhetoriken in den Anträgen im Eichsfeld – ein vorsichtiger Exkurs ... 74
5 Resümee und Handlungsempfehlungen für den Förderzeitraum 2020 bis 2024 ... 79
Literatur und Quellenverzeichnis ... 86
Die Autor*innen ... 90

Zusammenfassung

Fragen der Förderung demokratischen Bewusstsein werden gegenwärtig in der Gesellschaft prominent – und partiell auch kontrovers – diskutiert. Die »Partnerschaft für Demokratie« (PfD) im Landkreis Eichsfeld dokumentiert insgesamt ein klares inhaltliches Profil und ist über die institutionelle und organisationale Anbindung an das Grenzlandmuseum Eichsfeld strukturell gut eingebunden, nicht demokratische Einstellungen und Handlungen zu thematisieren und demokratiefördernde Projekte zu begleiten.

Die »Partnerschaft für Demokratie« im Eichsfeld wie vergleichbare Netzwerke in anderen Regionen stehen vor der Herausforderung, nationalistische, xenophobe, antisemitische sowie rassistische und damit häufig korrespondierende homophobe, autoritaristische oder auch sexistische Einstellungen zu erkennen. Auf die damit verbundenen Schwierigkeiten wird immer wieder verwiesen. Organisationen, Institutionen, Parteien und Personen, die Positionen vertreten, die dem Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entspringen, fühlen sich zuweilen aufgefordert, herauszustellen, dass ihre Ziele und Handlungen keineswegs zu einer gesellschaftlichen Spaltung beitragen und keineswegs demokratiefeindlich sind. Um auf entsprechende Entgegnungen sicher und klug antworten zu können, bedürfen demokratische Netzwerke und Initiativen die Unterstützung derjenigen, die in den Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften politisch agieren und politische Verantwortung tragen. Darüber auch zuweilen entstehende Konflikte sollten im zivilgesellschaftlichen Rahmen diskutiert werden. Die Projekte und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind demokratieförderlich gerahmt, stellen zentrale soziale Räume politischer Bildung dar und sind damit ein Ort, an dem diese Auseinandersetzungen geführt werden können. Wenn eine Gesellschaft wünscht, demokratische Grundlagen zu fördern, dann ist die Kinder- und Jugendarbeit ein zentraler Ort dieser Förderung.

Die an die »Partnerschaften für Demokratie« in Deutschland allgemein adressierten Programmziele werden durch die »Partnerschaft für Demokratie« Eichsfeld in Kooperation mit dem Lern- und Bildungsort Grenzlandmuseum Eichsfeld und weiten Kooperationspartner*innen den regionalen Erfordernissen angemessen angepasst, weiterentwickelt und umgesetzt. Die Eichsfelder »Partnerschaft für Demokratie« ist in das in

Thüringen bestehende Netzwerk der Partnerschaften eingebunden und konnte sich zu einem aktiven Netzwerkknotenpunkt mit einem in der Region sichtbaren und wahrgenommenen Ort der Demokratiepädagogik entwickeln.

Die Fach- und Koordinierungsstelle der »Partnerschaft für Demokratie« im Eichsfeld verantwortet seit 2011 die demokratiefördernden Vorhaben im Landkreis Eichsfeld. In der gegenwärtigen, bis 31. 12. 2024 befristeten Förderperiode übernimmt das Grenzlandmuseum Eichsfeld die Trägerschaft, die zuvor beim »Johannitergut Beinrode« lag. Auch bedingt durch diesen Wechsel in der Trägerschaft 2020 entstand die Idee, die Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie in der letzten Förderphase, insbesondere seit 2017, einer kritischen, externen und formativ ausgerichteten Evaluation zu unterziehen. Diese, so die Intention, sollte auch dazu beitragen, Handlungsempfehlungen für die kommenden vier Jahre zu formulieren. Der hier vorgelegte Bericht versucht diesem Anspruch zu entsprechen und insbesondere die vorhandenen fachlichen und personellen Ressourcen kritisch zu würdigen.

Herzlich bedanken möchten wir uns bei allen Personen, die uns bei der Erstellung dieser Analyse mit ihrer Zeit und ihrem Engagement unterstützt haben. Der Dank richtet sich an alle Interviewpartner*innen, die in Einzelinterviews und Gruppendiskussionen als Expert*innen Auskunft gaben. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und der Leiterin der Koordinierungs- und Fachstelle, die diesen Bericht nicht nur anregten, sondern auch die Erstellung unterstützen, indem sie uns differenzierte Einblicke in ihre Arbeit und deren Rahmenbedingungen gaben sowie umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung stellten und die Erstellung dieses Berichtes begleiteten.

1 Problemaufriss – Einleitung

Demokratiefeindliche und -skeptische, national-rechte, autoritäre, xenophobische und rechtsextreme Einstellungen und darüber motivierte Handlungen stellen seit Jahrzehnten eine Herausforderung für die Gesellschaft, die politischen Institutionen wie für die Pädagogik und die Soziale Arbeit dar. Sozialwissenschaftliche Studien notierten für die Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre durchgehend ein rechtsextremes Einstellungspotenzial bei ungefähr 10 % der Bevölkerung (vgl. Decker & Brähler, 2020). Bis vor nicht allzu langer Zeit konnte diesbezüglich die Einschätzung vertreten werden, dass dieses Potenzial zwar erstaunlich stabil ist, aber auf der Ebene von Parteipolitik in Parlamenten keinen wirksamen Ausdruck findet und sich auch nicht deutlich auszuweiten scheint. Das hat sich in den vergangenen fünf Jahren verändert und fordert die Gesellschaft zusätzlich heraus. Nach wie vor ist »die ‚Mitte'« gefordert, wie Andreas Zick und Beate Küpper (2021) in der jüngsten »Mitte Studie« formulieren, »Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken!«. Und sie fügen hinzu, dass sie dazu das »Potenzial« hat.

In der Praxis und den Projekten der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der schul- und berufsbezogenen Sozialen Arbeit – und gegenwärtig massiver als je zuvor auch in Kindertageseinrichtungen – steht die Frage auf der Tagesordnung, welche Positionen und welche Handlungsweisen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen als nationalistisch, antisemitisch, homophob, antiziganistisch oder rassistisch anzusehen sind. Und fortdauernd ist zu erörtern, mittels welcher Interventionen sich zu diesen sich verhalten werden kann. Allerdings sind auch in pädagogischen wie sozialpädagogischen, alltäglichen wie auch politischen Gesprächen, Diskussionen und Diskursen Ablehnungs- und Zuschreibungskonstruktionen wahrzunehmen, die national-autoritären Ungleichwertigkeitsannahmen und im Kern fremdenfeindlichen Rhetoriken nicht fernstehen. Vermehrt sind inzwischen Beiträge zu finden, die Fragen der Sozial- und Bildungspolitik sowie der Sozialen Arbeit aus einer rechts-nationalen Perspektive thematisieren (vgl. Thole, 2020; Simon & Thole, 2021), ohne dass sogleich immer deutlich zu erkennen ist, dass die diskutierten Fragen und Problemstellungen aus einer rechtspopulistischen, rassistischen, autoritär-nationalen Perspektive erörtert werden. Erfreulich

ist, dass inzwischen Forschungsvorhaben danach fragen, in welchem Umfang in fachlichen Gesprächen in den Einrichtungen der Sozialen Arbeit und Kulturprojekten nationalistisch getönte, autokratische oder xenophobisch grundierte Argumentationen aufgegriffen werden (vgl. Gille, Jagusch & Poetsch, 2020).

Damit ist knapp auf eine Situation hingewiesen, die auch für die Soziale Arbeit und für die Entwicklung von demokratiepädagogischen Initiativen und Projekten auf der kommunalen und regionalen Ebene bedeutsam ist. Die Gesellschaft ist konfrontiert mit der Frage, wie sie sich gegenüber Artikulationen von Adressat*innen verhalten möchte und kann, die dem Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind und was sie zur Zurückdrängung von rechtskonservativ-nationalem Populismus, völkischem Nationalismus und Autoritarismus leisten will respektive leisten kann.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weiterhin zu beobachtenden menschenfeindlichen Gewalttaten, offen hasserfüllten und rassistischen Positionen und Äußerungen, die sich über soziale Medien hinaus auch in politischen Bewegungen zeigen und zeigten, stellte die Bundesregierung 2016 mit der Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (Die Bundesregierung, 2016) in Kombination mit den Bundesprogrammen »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« (BMFSFJ) und »Zusammenhalt durch Teilhabe« (BmI) die aktuellen Positionierungen und übergeordneten Maßnahmen vor, die im »Kampf gegen politisch oder religiös motivierte und extremistische Gewalt« […] Angebote, die demokratisches Handeln stärken, sowie Maßnahmen, die Radikalisierungsprozesse hemmen« (Die Bundesregierung, 2016, S. 7), initiieren. Im Kern wurden damit auch Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses aufgegriffen sowie der Erkenntnis entsprochen, dass »Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen bis hin zu offener Feindseligkeit und Ablehnung einer freiheitlichen, friedlichen Gesellschaftsordnung […] keine bloßen Randerscheinungen« sind und »Radikalisierungstendenzen […] bis in die Mitte der Gesellschaft sichtbar« anzutreffen und deswegen »alle gesellschaftlichen und politischen Akteure« (Die Bundesregierung, 2016, S. 7) gefordert sind.

Die beiden benannten Programme schafften und schaffen zentrale, bedeutsame Möglichkeiten der Umsetzung der Strategie zur Eindämmung rechtsnational motivierter Gewalthandlungen und der Förderung von Demokratie. Die Umsetzung der Programm-

ziele von »Zusammenhalt durch Teilhabe« sollte primär an die jeweiligen regionalen Bedarfe und Erfordernisse orientiert erfolgen. Im Bundesprogramm »Demokratie Leben!« wird hingegen eher ein gemeinsames Fundament für Projekte formuliert. Es fördert zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, für Vielfalt und gegen Extremismus auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene. Neben der Implementierung von Modellprojekten mit dem Fokus auf die Ziele sollen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die die allgemeinen Programmziele zu implementieren unterstützen. Auf Bundesebene realisieren sich die Intentionen in »Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerken«, auf Landesebene in Form von »Landesdemokratiezentren« und auf kommunaler Ebene in den »Partnerschaften für Demokratie« (PfD). Ein immer wiederkehrendes Thema ist dabei die Vernetzung und der Austausch zwischen den verschiedenen Akteur*innen. Auf Bundesebene wird die Expertise aller Bereiche gebündelt, das Programm auf dieser Grundlage weiterentwickelt und durch Fachveranstaltungen, Qualifizierungsmaß-nahmen und der Entwicklung fachlicher Standards weitergegeben. Das Programm wird in seiner Umsetzung evaluiert und wissenschaftlich begleitet. Für die zweite Förderperiode (2020 bis 2024) wurden die Ziele des Bundesprogramms noch einmal überprüft und mit Blick auf die aktuellen, gesellschaftlichen Herausforderungen und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen aus der ersten Förderperiode (2015 bis 2019) neu justiert.

Als Ziele für die kommunale Ebene werden die Implementierung von Projekten zur Prävention von Rechtsextremismus und Maßnahmen der Demokratieförderung als relevante Handlungsfelder genannt. Konkret zählen hierzu

- die Förderung des Auf- und Ausbaus von Maßnahmen zur Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Vielfaltgestaltung)
- die Verstetigung der Partnerschaften für Demokratie und von begleitenden Ausschüssen
- der Einsatz und die Förderung von Formaten zur gemeinsamen Strategieentwicklung für Demokratie und gegen Radikalisierung auf kommunaler Ebene
- der Ausbau von kommunalen und regionalen Netzwerken aus kommunalen Organisationen, Politik und Zivilgesellschaft

- die aktive Beteiligung Jugendlicher an den Partnerschaften für Demokratie (inkl. Mitwirkung in den Gremien)

und

- die Schaffung von Formaten, die erlauben, auf aktuelle und lokale sozialpolitische Herausforderungen zu reagieren (vgl. BMFSFJ 2020b).

Um die Ziele zu realisieren, sollen auf kommunaler Ebene individuelle Handlungskonzepte entwickelt werden, die ermöglichen, die Programmziele den regionalen Erfordernissen angepasst umzusetzen. Die Partnerschaften für Demokratie können also entscheiden, welche Maßnahmen durchzuführen sind. Bundesweit werden derzeit 300 Partnerschaften für Demokratie gefördert.

In Thüringen konnten 23 Partnerschaften für Demokratie aufgebaut werden. Gegenwärtig sind damit in allen thüringischen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten Partnerschaften für Demokratie vorhanden. In jedem Bundesland unterstützen Landes-Demokratiezentren die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten und den fachlichen Austausch der Akteur*innen. Zudem wird mindestens eine spezialisierte Beratungsstelle für Betroffene rassistischer, rechtsextremer, antisemitischer oder islamistischer Gewalt in staatlicher oder freier Trägerschaft vorgehalten sowie Angebote der mobilen Beratung, der Opfer-, Distanzierungs- und Ausstiegsberatung vor Ort koordiniert. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenwirken von Landes-Demokratiezentren und Beratungsangeboten werden die Angebote landesweit bekannt gemacht. Die landesweite Koordination soll darüber hinaus gemeinsam mit den Akteur*innen in Partnerschaften für Demokratie, Beratungsstellen und Modellprojekten vor Ort gute Fachpraxis identifizieren und zum Erfahrungstransfer im jeweiligen Bundesland sowie zur Weiterentwicklung landesweiter Strategien für Demokratie und gegen Radikalisierung beitragen (BMFSFJ 2017, BMFSFJ 2020a). Diese Aufgaben werden in Thüringen im Rahmen des »Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – Denk bunt« (vgl. www.denkbunt-thueringen.de) übernommen. Gleichzeitig gilt für alle Partnerschaften für Demokratie in Thüringen die Besonderheit, dass durch »Denk bunt« nicht nur der Aufgabenbereich des Landesdemokratiezentrums abgedeckt wird, sondern darüber hinaus die durch »Demokratie leben!« zur Verfügung gestellten Projektmittel für den Aktions- und Initiativfonds und den Jugendfond sowie die

Personalmittel für die Koordinierungs- und Fachstelle aufgestockt werden. Damit sind hier neben den Vorgaben des Bundesprogramms auch die Förderrichtlinie des Landesprogramms maßgeblich, nach der hier vor allem die Ziele

- Förderung menschenrechtsorientierter Einstellungen,
- Stärkung demokratischer Kompetenzen,
- Ermöglichung demokratischer Erfahrungsräume,
- Entwicklung beteiligungsorientierten Alltagskulturen, Gestaltung gesellschaftlicher und sozialer Inklusionsprozess,
- Stärkung von Antidiskriminierungsarbeit,
- Unterstützung von Diversität,
- Entwicklung von Interkulturalität und Internationalität,
- Anregung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement,
- Unterstützung lokaler Aktivitäten und Vernetzung im Sozialraum,
- Bereitstellung bedarfsgerechter Beratungs- und Unterstützungssysteme,
- Ausgestaltung der Partnerschaft von Staat und Zivilgesellschaft,

und

- Qualitätssicherung durch Qualifizierungsangebote, Begleitforschung und Programmevaluation

umgesetzt werden sollen (vgl. TMBJS, 2021).

Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld wurde von 2011 bis 2019 durch das »Johannitergut Beinrode« institutionell verantwortet. In der seit dem 01. 01. 2020 laufenden und bis 31. 12. 2024 befristeten Förderperiode übernimmt das Grenzlandmuseum Eichsfeld die Trägerschaft. Auch bedingt durch diesen Wechsel der Trägerschaft entstand die Idee, die Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie in der letzten Förderphase, insbesondere seit 2017, einer kritischen, externen Begutachtung zu unterziehen. Die Evaluation soll, so wird in der Ausschreibung hervorgehoben, »Grundlage für Handlungsempfehlungen (…) für mindestens die kommenden vier Jahre (Dezember 2024) sein. Adressat*in ist im inhaltlichen und im Bereich der regionalen Schwerpunktsetzung die Koordinierungs- und Fachstelle, im projektorganisatorischen Bereich die jeweilige Säule der Partnerschaft für Demokratie« (Partnerschaft für Demokratie 2020, S. 3). Basis für die Formulierung von Handlungs-

empfehlungen bilden die Analysen der Situation und Ressourcen im Landkreis Eichsfeld sowie der aktuellen, fachlichen Diskurse und die Erfahrungen der Partnerschaften für Demokratie aus der vergangenen Förderperiode (2015 – 2019).

Der diese Anforderungen zu erfüllen hoffende Bericht versucht die in der Ausschreibung notierten Kriterien aufzugreifen. Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld fokussiert nicht theoretische oder empirische Diskurse der Phänomene, Symptome oder Folgen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit oder -skepsis, rechts-nationaler Strukturen oder deren Handlungen. Vielmehr sucht die Analyse vornehmlich durch deskriptive Blicke einen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld zu leisten. Basis der Analyse bildet neben der Nutzung bereits bestehender Studien zur Situation im Eichsfeld bzw. zu den Programmen »Denk bunt« und »Demokratie leben!« die Auswertung der Anträge der durch die Partnerschaft für Demokratie Eichsfeld ermöglichten Projekte zwischen 2017 und 2019 mittels Methoden der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse. Ergänzend wurden die gesichteten Anträge mittels einer hermeneutisch-rekonstruktiven Analyse in Bezug auf die verwendeten Rhetoriken untersucht. Unterfüttert und vertieft wird der eingenommene Außenblick durch leitfadengestützte Interviews, einer Gruppendiskussion mit den aktuellen Mitgliedern des Begleitausschusses und Gesprächen mit den Kolleginnen der Koordinierungs- und Fachstelle, die mit Mitteln der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet wurden.[1] Hierbei orientierte sich die Auswahl der Interviewpartner*innen bei den Einzelinterviews an Vorschlägen der Koordinierungs- und Fachstelle. Alle interviewten Personen sind langjährig in der Kinder- und Jugendarbeit respektive der politischen Bildungsarbeit im Landkreis Eichsfeld tätig – einige hier eher in der direkt adressat*innenbezogenen Arbeit, andere stärker koordinierend. Darüber hinaus bildet die Auswahl sowohl Personen ab, die eng mit der Partnerschaft für Demokratie verbunden sind, als auch solche, die bislang seltener direkten Kontakt mit der Partnerschaft für Demokratie

[1] Es sei an dieser Stelle zudem darauf hingewiesen, dass die Interviews unter Einhaltung forschungsethischer und datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen geführt wurden. Zur Wahrung eines Mindestmaßes an Anonymität sind nur jene Interviewaufschnitte in den Bericht aufgenommen, die eine Identifizierung einzelner Interviewpartner*innen nicht ermöglichen oder jedoch zumindest erschweren.

und ihrer Arbeit hatten. Leider konnten aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen die vorgesehenen Feldaufenthalte in der Region nicht durchgeführt werden. Auch sind die Ausführungen vor dem Hintergrund der steten Weiterarbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu sehen, weshalb es durchaus bereits zu Anpassungen respektive Änderungen in der prozesshaften Arbeit kam. Aus den vorgenommenen Analysen konnten dennoch Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die hoffentlich die künftige Arbeit der Partnerschaft für Demokratie unterstützen und zur weiteren Sichtbarkeit in Region beitragen können. Neben den empirischen Zugängen und der Literatursichtung bildet eine wichtige Basis der Analyse die deutschlandweite Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« (Bohn et al., 2019), die auf den Landkreis bezogen eingeordnet und spezifiziert wird.

2 Zum Landkreis Eichsfeld

2.1 Der Landkreis – einige allgemeine Daten

Aktuell zählt der Landkreis Eichsfeld mit 107 Einwohner*innen/km2 im Sinne des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansatz. Die Region ist geprägt von einem geringem Grad an Verstädterung – lediglich Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis sind gemäß dem Regionalplan als Mittelzentren ausgewiesen, als Unterzentren werden Arenshausen, Breitenworbis, Dingelstädt, Küllstedt, Niederorschel, Schimberg, Sonnenstein, Teistungen und Uder eingeordnet. Über 50 % der Bevölkerung in der Region leben in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner*innen (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2020). Das Eichsfeld ist dem Selbstverständnis nach eine ländliche Region ohne ausgeprägtes städtisches Bewusstsein. Im weiteren Kontext greifen die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verknüpfungen mit Göttingen und Kassel als oberzentrale Bezugspunkte (RAG Eichsfeld 2020, S. 4).

Wesentlich für die Entwicklung des Landkreises erscheint dessen Betroffenheit von der innerdeutschen Teilung: Entlang des historischen Grenzverlaufs zwischen Ober- und Untereichsfeld verlief 1945 zunächst die Interzonengrenze zwischen britischer und sowjetischer Besatzungszone, die 1949 als deutsch-deutsche Staatsgrenze das Gebiet des historischen Eichsfeldes teilte, so dass Teile des historischen Eichsfeldes heute in

Niedersachsen und ein kleiner Teil in Hessen liegen, während der heutige thüringische Landkreis Eichsfeld bis 1989 direkt an der innerdeutschen Grenze mit dem – heute musealem – Grenzübergang in Teistungen lag. Geprägt ist der Landkreis darüber hinaus von der soziokulturellen Besonderheit des historischen Eichsfeldes, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung aktiv den katholisch-christlichen Glauben in einer durch den evangelisch-christlich Glauben geprägten Region praktiziert (vgl. Duhamelle, 2018). Damit führte die deutsch-deutsche Teilung auch zur Isolierung des katholischen Eichsfelds in der DDR, auch weil Teile der Region im direkten Grenzgebiet lagen. Beispielsweise konnten katholische Wallfahrten aus dem Eichsfelder Sperrgebiet heraus nach der Grenzabriegelung im Jahr 1952 nur noch mit einer Sondergenehmigung durchgeführt werden (vgl. Müller, 2018). Gleichwohl verschwand das kirchliche Leben auch in der Zeit der DDR nicht und blieb insbesondere im Eichsfeld weitgehend intakt. Das Obereichsfeld war beispielsweise die größte Region der DDR mit einer mehrheitlich katholischen Bevölkerung. Politisch-administrativ war das Eichsfeld bis nach 1989 in die Kreise Heiligenstadt und Worbis aufgeteilt. Die beiden Kreise schlossen sich erst im Rahmen der Kreisreform 1994 zum Landkreis Eichsfeld zusammen (vgl. Keppler 2020).

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den historischen Prägungen des Eichsfeldes sei darauf verwiesen, dass mit den am ehemaligen Grenzübergang Teistungen gelegenen Grenzlandmuseum sowie dem Grenzmuseum Schifflersgrund in Asbach-Sickenberg bereits wenige Jahre nach der Wiedervereinigung zwei zentrale Gedenk- und Bildungsstätten eröffnet wurden, die die innerdeutsche Grenze zentral thematisieren.

Demographie und Wanderungsbewegungen

Seit der Wiedereinigung ist der Landkreis Eichsfeld wie große Teile der ehemals ostdeutschen Bundesländer von Abwanderung und Verlusten der Bevölkerung betroffen. Während die Bevölkerung bezogen auf das gesamte Bundesland Thüringen seit der Wiedervereinigung um 18,4 % abnahm, entwickelte sich die Situation für den Kreis jedoch relativ gut. Die Bevölkerungszahlen des Landkreises reduzierten sich von 1990 bis 2020 zwar um 10 % bis 16 %, doch ist die Entwicklung für das Eichsfeld hiermit immerhin im Vergleich zu anderen Landkreisen Thüringens als positiver einzuschätzen: 13 der 17 Landkreise Thüringens verloren in derselben Zeitspanne über 16 % oder sogar über 22 % ihrer Bevölkerung (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2020).

Nach 2011, einem Jahr, das mit 3,1 % nochmal von besonders starkem Bevölkerungsrückgang geprägt war, minimierte sich der Bevölkerungsrückgang für den Kreis Eichsfeld deutlich, sodass die Bevölkerungsgröße in der Region zwischen 2011 und 2019 pro Jahr durchschnittlich nur noch um 1,9 % sank (im Vergleich: Thüringen insgesamt -2,2 %) und in den letzten fünf Jahren sogar nur noch um 0,7 % (im Vergleich Thüringen insgesamt: -1,1 %). Entsprechend ist auch die Prognose hinsichtlich der Entwicklung in den kommenden 20 Jahren vergleichsweise besser als für die Mehrzahl der übrigen Thüringer Landkreise. Ausgegangen wird von einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsrückgang zwischen 0,5 % und 0,7 % und insgesamt einer Bevölkerungsabnahme von unter 15 % bis 2040 (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, 2020).

Zurückzuführen ist diese im Vergleich zum gesamten Bundesland günstigere Entwicklung gleichwohl nicht auf Zuzug von außen, sondern vor allem auf eine höhere Geburten- und geringere Sterberate im Landkreis: Im Jahr 2019 zählte das Eichsfeld – gemeinsam mit Jena und Erfurt – mit neun und mehr Lebendgeborenen pro 1.000 Einwohner*innen zu den geburtenstärksten Regionen Thüringens. Ebenfalls gehörte das Eichsfeld 2019 zu den Regionen in Thüringen mit den wenigsten Sterbefällen (unter 13 je 1000 Einwohner*innen) (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, 2020).

Insgesamt dürfen diese im thüringischen Landesvergleich positiveren demografischen Entwicklungen im Eichsfeld jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier der Trend zum Bevölkerungsschwund nicht gestoppt oder gar umgekehrt ist.

Besondere Herausforderungen, aber auch Chancen zeigen sich für den Kreis Eichsfeld beim Blick auf die Wanderungsbewegungen: Werden diese betrachtet, zeigt sich bezogen auf 1.000 Einwohner*innen für 2019 ein Wanderungssaldo von -0,9, während der Wert für Thüringen bei +1,1 liegt. Insbesondere relevant und auffällig ist hier die Zahl derjenigen Wanderungsbewegungen, die als »Bildungswanderung« einzuordnen sind. Hier liegt der Wert für den Landkreis Eichsfeld bei -36,1 %, während er für Thüringen +7,0 % beträgt (vgl. Bertelsmann-Stiftung, o.J.). Der Zuzug von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist 2020 weiter gesunken, gleichzeitig deren Fortzug angestiegen, so dass sich die Größe dieses Personenkreises insgesamt verringerte und zum Stichtag 31.12.2020 statistisch mit 3,6 % angegeben wird (Thüringer Landesamt für Statistik 2021b).

Studien (Harteisen et al., 2018) verweisen nachdrücklich auf die Attraktivität des Eichsfeldes und starke Identifikationskraft mit den dortigen soziokulturellen und teilweise auch sozioökonomischen Besonderheiten, die dazu beitragen, dass es – zumindest nach dem Ergebnis einer Langzeitstudie des Leibniz-Instituts für Länderkunde in Leipzig aus 2010 – die höchste Rückkehrer*innenquote Deutschlands hat. Im Zeitraum von 2006 bis2010 betrug diese 18,6 % und im Zeitraum von 2001 bis 2005 sogar 28,2 % (Nadler und Wesling, 2013).

Allerdings stieg der Anteil der Personen über 64 Jahre in den vergangenen 20 Jahren um 10 % (von 14,3 % auf 25,3 % im Jahr 2021) und die Prognose für die kommenden 20 Jahre sieht ca. ein Drittel der Bevölkerung im (aktuellen) Rentenalter. Von den rund 100.000 Einwohner*innen des Kreises gehören rund 17 % der Gruppe der Kinder- und Jugendlichen bis 18 Jahren an. Der Jugendquotient des Kreises (unter 20-Jährige je 100 Personen der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre) liegt damit bei 33,4 (im Vergleich zu Thüringen gesamt: 29,7). Das Durchschnittsalter der Einwohner*innen des Landkreises lag im Jahr 2019 bei 46 Jahren (vgl. Bertelsmann Stiftung, o.J.).

Infrastruktur und Wirtschaft

Durch die vorhandene Infrastruktur ist das Eichsfeld im Individualverkehr in Ost-West-Richtung über die Autobahnen A 38 und L 3080 sowie in Nord-Süd-Richtung über die Bundesstraße B 247 (Duderstadt-Leinefelde-Mühlhausen-Gotha) an die umliegenden Ballungsräume angebunden. Das Eichsfeld bildet insbesondere seit der Fertigstellung der A 38 einen Stabilisierungs- und auch Verbindungsraum zwischen den Metropolregionen Halle-Leipzig-Dresden und Hannover-Braunschweig-Göttingen sowie dem eigenständigen wirtschaftlichen Wachstumsraum Eisenach, Die sehr guten verkehrstechnischen Anbindungen, wie auch die historischen Bezüge zum niedersächsischen Bereich des Eichsfelds, begründen eine starke wirtschaftliche Ausrichtung zum Landkreis bzw. dem Oberzentrum Göttingen (RAG Eichsfeld, 2018, S. 14).

Der Landkreis befindet sich als Wirtschaftsstandort im zweiten Drittel unter den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt, welches sich zu über ¾ aus dem Dienstleistungsbereich und dem produzierend, verarbeitenden Gewerbe zusammensetzt (76,32 %, Thüringer Landesamt für Statistik, 2021). In diesem Zusammenhang ist auch die verhältnismäßig geringe Arbeitslosenquote zu

erwähnen – mit 4,5 % im Jahresdurchschnitt stellt sie thüringenweit die drittniedrigste (Jahresdurchschnitt Bundesebene 5,9 %) Quote dar, die möglicherweise auch vom intensiven Auspendlerverhalten des Eichsfeldes begünstigt wird. Insgesamt ist bei den Pendlerströmen festzustellen, dass auch nahezu drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung eine deutliche Ost-West-Richtung vorherrscht. Hierbei profitiert das Eichsfeld von der räumlichen Nähe zu den Oberzentren Göttingen und Kassel bzw. von deren Verflechtungsbereichen sowie der guten verkehrsinfrastrukturellen Anbindung (Wucherpfennig, 2018, Agentur für Arbeit, 2020).

Im Landkreis Eichsfeld wohnen 41.292 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von diesen pendeln 15.666 oder 37,9 % zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspendler) – vor allem innerhalb Thüringens (Unstrut-Hainich-Kreis, Nordhausen, Erfurt) oder nach Hessen (Kassel, Werra-Meißner-Kreis) und Niedersachsen (Braunschweig, Göttingen). Gleichzeitig pendeln 9.492 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region Eichsfeld (Einpendler*innen). Der Saldo von Aus- und Einpendler*innen beläuft sich damit auf -6.174 (Pendlersaldo). Ihren Arbeitsort in der Region Eichsfeld haben insgesamt 35.118 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, von ihnen sind 27,0 % Einpendler*innen (Agentur für Arbeit, 2020).

Aufgrund der demographischen Wandlungsprozesse stellt die Gewährleistung eines zuverlässigen Öffentlichen Personennahverkehrs im Eichsfeld eine Herausforderung dar, wie die Regionale Aktionsgruppe Eichsfeld (2018) feststellt. Da die Nutzer*innenzahlen in den vergangenen Jahren gesunken seien, die Strecken somit schwächer frequentiert wurden und sich die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV reduziert habe, könne eine flächendeckende ÖPNV-Versorgung im Kreis heute nicht mehr gewährleistet werden. Die Bedienung der Haltestellen des Kreises durch Busse erfolgt daher insbesondere zu den Schulzeiten morgens und in den Mittagsstunden. Am Abend, in den Schulferien und am Wochenende würden hingegen Busverbindungen inzwischen fehlen (vgl. Regionale Aktionsgruppe Eichsfeld 2018).

2.2 Politische Situation und Akteur*innen national-völkischer Ideologie im Eichsfeld

Politik und Wahlverhalten

Für das Wahlverhalten im Landkreis zeigt sich sowohl bei Bundes-, Landes- und auch auf Kommunalwahlen, dass die CDU den höchsten Anteil der Wähler*innenstimmen erhält. Im Kreistag stellt die CDU 21 Mitglieder sowie den Landrat. Nach der CDU entfallen auf die AfD mit sechs Sitzen die zweitmeisten Mitglieder des Kreistages. Darüber hinaus erhält eine ganze Reihe anderer Parteien jeweils nur wenige Sitze im Kreistag, darunter die FDP und die SPD mit jeweils zwei sowie die Grünen mit drei Sitzen und weitere regionale Parteien wie die Freien Wähler Eichsfeld oder die OPD/Familie mit jeweils einem respektive zwei Sitzen. Auch die NPD stellt mit Thorsten Heise ein Mitglied im Kreistag. Zur letzten Wahl auf Landesebene gaben 38,0 % der Wähler*innen die Stimme der CDU, auch hier thüringenweit die meisten (Thüringen 21,7 %). DIE LINKE wurde von 20,4 % der Wähler*innen in der Region gewählt (Thüringen 31,0 %). Die 21,0 % Stimmenanteile für die AfD sind mit Bezug zum landesweiten Vergleich im unteren Drittel zu verorten (Thüringen 23,4 %). Zur letzten Kommunalwahl gaben 48,6 % der Wähler*innen ihre Stimme der CDU, 13,5 % der AfD und 6,9 % der Stimmen entfielen auf DIE LINKE (Thüringer Landesamt für Statistik, 2021). Auch zur letzten Wahl auf Bundesebene wurden im Landkreis mit 43,9 % thüringenweit die meisten Stimmen für die CDU abgegeben (Thüringen 28,8 %), für die AfD thüringenweit die drittwenigsten mit 18,2 % (Thüringen 22,7 %), für DIE LINKE die viertwenigsten mit 9,2 % (Thüringen 16,9 %). Doch kann auch hier der Vergleich zu anderen thüringischen Landkreisen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Stimmenanteil für die AfD im Landkreis deutlich über dem Bundesdurchschnitt (12,6 %) lag und der Stimmenzuwachs für diese Partei von der Bundestagswahl 2013 zu 2017 fast eine Vervierfachung darstellte (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, 2019).

Bemerkenswert erscheint, dass das Eichsfeld bezüglich der Wahlbeteiligung sowohl bei der letzten Europawahl 2019 (über 64 %), der Bundestagswahl 2017 (über 76 %), den Landtagswahlen 2019 (über 66 %) sowie den Kommunalwahlen 2019 (über 62 %) im thüringischen Landesvergleich jeweils zu den Kreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung zählte. Seit 20 Jahren werden für das Land Thüringen mit dem Thüringen-Monitor im Rahmen einer jährlichen Bevölkerungsumfrage unter anderem auch die Demokratiezufriedenheit und das Ausmaß rechtsextremer Einstellungsmuster erhoben: Die sich dort

dokumentierenden Werte zur Zufriedenheit mit der Demokratie steigen seit Beginn der Befragungen und auch im Jahr 2020 an, obschon sich in den letzten Jahren das Phänomen zeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen das politische System als nicht responsiv einschätzt und den Eindruck hat, mit ihrem Handeln keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können und doch zugleich ein sehr hohes Maß an Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen artikuliert (Reiser et al., 2021, S. 97f).

Bezüglich rechtsextremer Einstellungsmuster – im Rahmen der Erhebungen definiert als Konsensdefinition aus Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus – zeigt das Erhebungsinstrument in den letzten 20 Jahren eine relative Stabilität, nach der etwa jede*r vierte Thüringer*in zu einem rechtsextremen Weltbild neigt (Michelsen et al. 2020, S. 45)[2] – nach einem relativen Tiefstand von 16 % im Jahr 2015 lässt sich von 2016 bis 2019 für ganz Thüringen ein konstanter Anstieg nachweisen. Diese Tendenz setzte sich in den Befragungen 2020 nicht fort, vielmehr weisen die Erhebungen darauf hin, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen gegenüber 2019 deutlich gesunken ist. Für die Unterdimension Ethnozentrismus sanken die Zustimmungswerte von 45 % auf 33 % und für die Unterdimension Neo-Nationalsozialismus von 12 % auf 9 %, woraus sich für die darauf berechnete Konsensdefinition einer rechtsextremen Einstellung im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 24 % auf 17 % ergibt (Thüringen-Monitor, 2020, S. 74 und 98). Diese Tendenz erklären die Autor*innen der Studie vor allem mit der coronapandemiebedingten verringerten öffentlichen Aufmerksamkeit für die Themen Migration und Integration (Reiser et al., 2021, S. 98).

Die Aufschlüsselung der Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen nach den 23 Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens zeigt regionale Unterschiede insbesondere zwischen Städten und Kreisen. Hierbei stimmten allerdings überall mehr als 10 % der Bevölkerung entsprechenden Aussagen zu (Koch et al. 2021, S. 15). Für den Kreis Eichsfeld kann mit 15 % ein im thüringischen Vergleich niedrigerer Wert vermerkt werden. Dies gilt jedoch nicht hinsichtlich der Zustimmung zu ethnozentrischen Einstellungsmustern. Diese sind im Landkreis Eichsfeld wie auch in anderen als peripher ausgewiesenen Landkreisen im besonderen Maße anzutreffen (41 % bis 44 %). Die sich in diesen Daten ausdrückende Empfänglichkeit für rechtspopulistische Narrative geht

[2] Abweichend von den im Rahmen dieser Studie verwendeten Begriffen wird hier und im Folgenden den im Thüringen-Monitor verwendeten Begriffen und Definitionen gefolgt.

nicht unbedingt einher mit einer generellen Ablehnung der Demokratie als Staatsform. Allerding wird als »problematisch (…) das gleichzeitige Vorliegen ethnozentrischer Einstellungsmuster, politik- und institutionenkritischer Bewertungen sowie der ungünstigen Beurteilung eigener Lebensumstände durch vergleichsweise große Befragtengruppen« (Koch et al., 2021, S. 17) angesehen. So kommen die Autoren zu der Schlussfolgerung, dass die Einstellungsunterschiede zwischen den Thüringer Kreisen weniger von der Frage abhängen, inwieweit es einer gesamten Region wirtschaftlich schlecht geht, sondern »die unterschiedliche Komposition der Bevölkerung vor Ort mit ihren Lebenslagen, biografischen Hintergründen und kulturellen Orientierungen« (Koch et al., 2021, S. 20) zu betrachten ist. Autoritaristische Orientierungen und Dominanzorientierungen und eine ungünstige Bewertung der eigenen Lebenssituation, Angst vor Statusverlust sowie geringe Möglichkeiten, auf Bildungsressourcen zurückzugreifen, scheinen bedeutsame Prädiktoren für die Übernahme rechtsextremer Einstellungen zu sein.

Milieu national-autoritärer Orientierungen

Richtet sich der Blick auf die Situation, Ressourcen und Hindernissen für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld, so ist auch ein Blick auf die identifizierbaren rechtsnational, autoritaristisch orientierten Institutionen und Strukturen sowie über national-völkisch motivierte Straftaten und Vorfälle bedeutsam. Für ganz Thüringen ist zu konstatieren, dass der organisierte Rechtsextremismus »nach wie vor über ein stabiles Personenpotential und eine (im bundesweiten Vergleich) sehr ausgedehnte Infrastruktur verfügt« (Michelsen et al. 2020, S. 45).

Der Landkreis Eichsfeld kann als eine der Schwerpunktregionen von Aktivitäten der NPD in Thüringen angesehen werden. Die Partei wurde und wird im Landkreis unter anderem von Thorsten Heise repräsentiert, der auch aktuell ein Mandat im Kreistag wahrnimmt. Auch wenn die NPD in Thüringen parallel zum Aufstieg der AfD strukturell, personell, finanziell und bezügliche ihrer Wahlerfolge zusammenschrumpfte, kann nicht von einer vermindernden Bedeutung dieser Vereinigung ausgegangen werden. In den Blick zu nehmen ist einerseits die Bedeutung der Thüringer Akteur*innen für die Bereitstellung der Infra- und Angebotsstruktur für das gesamte rechtsnationale Milieu in und außerhalb Thüringens (vgl. Michelsen et al. 2020, S. 18). Damit einhergehend ist nicht

durchgängig eine eindeutige Abgrenzung zu national-völkischen Strukturen und Netzwerken möglich. Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales ordnet eine »mittlere zweistellige« Anzahl von Personen dem rechtsextremistischen Spektrum zu (Drucksache Thüringer Landtag 6/6920). In diesem Zuge zu nennen sind auch die »Freien Kräfte Eichsfeld«, die Kameradschaftskreise (»Kameradschaft Eichsfeld«, »Kameradschaft Leinefelde«), der »völkische Flügel« der AFD sowie der «Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen«. Eine klare Trennung dieser Gruppierungen von der NPD erscheint nicht uneingeschränkt möglich und wird von den Protagonist*innen anscheinend auch nicht angestrebt. Die Gruppierung »Freie Kräfte Eichsfeld« geht beispielsweise Zweckbündnisse mit der NPD ein. Der »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« lässt aufgrund der vorliegenden Dokumente Überschneidungen mit der Ideologie der »Identitären Bewegung« vermuten und hat seinen Schwerpunkt landkreisübergreifend im Norden Thüringens und im Süden Niedersachsens. In der weitgehend gleichen Region agieren die »Kameradschaften«, die inhaltlich gleichfalls die Themen Migration und Deutsch-Sein thematisieren. Die national-völkisch ausgerichtete Kleinstpartei »Der III. Weg« spielt im Landkreis keine erkennbare Rolle. Vor dem Hintergrund der aktuellen Bestrebungen, die Partei AfD insgesamt als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, und der bereits seit März 2020 andauernden Beobachtung des Thüringer Landesverbands der AfD, muss zudem die Präsenz des offiziell aufgelösten ethnozentristisch bis nationalsozialistisch ausgerichteten »Flügels« der AFD in der Region erwähnt werden.

Nicht zuletzt aufgrund der bundesweiten medialen Berichterstattung ist der sogenannte »Eichsfeldtag« als Veranstaltung des rechten bis rechtnationalen Milieus bekannt geworden. Es ist zu konstatieren, dass hier die Besucher*innenzahlen tendenziell rückläufig sind. Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld berichtet zudem vom Einfluss von Thorsten Heise auf regionale Aktivitäten und seine Beteiligung an der Organisation und Durchführung des »Schild und Schwert«-Festivals in Ostritz (Sachsen). Die erwähnten Veranstaltungen verbinden musikalische Beiträge und politische Redebeiträge. Einschlägige Musiker*innen sind im Eichsfeld präsent, wie beispielsweise die Band »Gedeih und Verderben« und der Liedermacher »Torstein«, die vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales als rechtsextrem eingestuft wurden (Drucksache Thüringer Landtag 7/822). Produkte der Musiker*innen werden

vertrieben vom »WB-Versand« und im »Deutschen Warenhaus«, die geschäftsführend von Thorsten Heise vertreten werden. Beide Verkaufsorte bieten darüber hinaus rechtsnational ausgerichtete Literatur, Demonstrationsausrüstungen, Artikel mit von Rechtsextremist*innen verwendeten Symbolen aus der Zeit des Deutschen Reiches bis zum Ende des Nationalsozialismus sowie der germanischen und heidnischen Mythologie (bspw. Fahnen, Aufkleber, Aufnäher, Wandbilder) und im rechtsnationalen Spektrum getragene Bekleidungsmarken (bspw. Consdaple) zum Verkauf an. Das vielfältige Engagement von Thorsten Heise zeigt sich zudem auch über den Nordland-Verlag, in dem die Zeitschrift »Volk in Bewegung. Der Reichsbote« herausgegeben wird und unter anderem die Zeitschrift »N.S. Heute« (Nationaler Sozialismus Heute) erscheint. Wie die zuvor genannten Vertriebswege ist auch der »Werk-Kodex« in Fretterode zu verorten. Hierüber gestaltet bzw. gestaltete Tobias Schulz unter dem Pseudonym Baldur Landogart die gleichnamige Zeitschrift, die der Neuen Rechten zugeordnet werden kann. Vom NPD-Kreisverband herausgegeben erscheint im Eichsfeld außerdem unregelmäßig die »Eichsfeldstimme«.

Neben parteiförmigen Organisationen sind für Thüringen eine Vielzahl vereinsförmig organisierter rechter Angebotsstrukturen zu identifizieren, die anstreben, aus der gesellschaftspolitischen Isolation hinauszutreten, sich in der Zivilgesellschaft zu verankern und in sie hineinzuwirken und so »den gesellschaftlichen Resonanzraum für rechtsextremes Denken zu vergrößern« (Michelsen et al., 2020, S. 21). Darüber hinaus wahrzunehmen sind informell organisierte rechtsnationale Gruppen wie Kameradschaften, virtuelle Handlungsstrukturen und sogenannte »Bürgerwehren« (Michelsen et al., 2020, S. 24ff). Zu beobachten sind ebenfalls ausgeprägte sub- und jugendkulturelle Strukturen in Thüringen. Zur Rekrutierung und Expansion nutzen rechtsnationale Akteur*innen gezielt verschiedene Milieu und Szenen, z. B. das »Rockermilieu«, die »Hooliganszene«, das »Reichsbürgermilieu«, die Kampfsportszene, um neue Angebotsstrukturen zu entwickeln oder in diese Milieus ideologisch hineinzuwirken. Zu erkennen sind auch verschiedene Initiativen der Jugendorganisationen der NPD oder NPD-naher Gruppierungen, die mit gezielten Strategien vor allem Jugendliche oder auch Familien mit Kindern zu rekrutieren versuchen (Michelsen et al., 2020, S. 27).

Im Bereich politisch motivierter Straftaten weist die Polizeistatistik für das Bundesland Thüringen für 2020 insgesamt 2.095 Fälle aus – hierbei werden rund zwei Drittel (62,6 %) dem rechten Spektrum zugeordnet (TMIK, 2021). Dies bedeutet bei einem Rückgang insgesamt eine Steigerung der dem rechten Spektrum zuzuordnenden Kriminalität um 0,8 %. 87 % aller Propagandadelikte und 67 % der politisch motivierten Gewaltkriminalität werden dem rechten Spektrum zugeordnet. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 124 Personen Opfer politisch motivierter Gewaltkriminalität.

Aus einer Anfrage im Landtag aus dem Jahr 2019, die sich konkret auf die Situation im Landkreis Eichsfeld bezog, lassen sich im Bereich politisch motivierter Straftaten zwei Entwicklungen identifizieren. Während im Vergleichszeitraum Straftaten des Phänomenbereichs »rechts« von 59 (2015) auf 32 (2019) sanken, scheinen jene, die dem Phänomenbereich »links« zugeordnet werden, von 15 auf 38 Fälle angestiegen zu sein (Drucksache Thüringer Landtag 7/1965). Ausgeführt wird, dass aufgrund der Deliktsqualität der Schwerpunkt des polizeilichen Staatsschutzes auf der »Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität -rechts- und des Rechtsextremismus« (Drucksache Thüringer Landtag 7/1965, S. 2) gelegt wird. Die häufigste Deliktqualität findet sich in 2019 im Bereich der Propagandadelikte (25 Fälle), wenngleich auch hier von rückläufigen Fallzahlen berichtet werden kann (Drucksache Thüringer Landtag 7/1965, S. 2).

Insgesamt entsteht auf Basis der Recherchen ein Bild, das nahelegt davon auszugehen, dass sich insbesondere durch die NPD und den national-völkischen Flügel der AfD Szenen und Netzwerke, Strukturen, Initiativen, Mobilisierungsformen und Veranstaltungen des national-völkischen Milieus im Eichsfeld herausbildeten und immer noch entwickeln. Thorsten Heise, als einer der Protagonisten der gesamtdeutschen rechts-völkischen Szene erreicht mit seinen Aktivitäten und denen seines Verlags Personen aller Altersgruppen bundesweit und insbesondere auch im Eichsfeld. Demokratiefördernde Projekte und das demokratiepädagogische Engagement im Landkreis Eichsfeld sind so mit der besonderen Herausforderung konfrontiert, dass in der Region einige zentrale Akteur*innen des national-völkischen Milieus ansässig sind und wirken sowie von diesen mitverantwortete oder begleitete Verlage und Vertriebsorte der national-völkischen Szene anzutreffen sind. Insbesondere das Wirken von Protagonisten wie B. Höcke und Th. Heise in der Region wird von nationalen wie internationalen Medien wahrgenommen und hat zur Folge, dass auch die in Studien dokumentierten Voten für

rechtspopulistische Positionen und die ausgeprägten Zustimmungswerte zu ethnozentrischen Positionen und Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Region bundesweit aufmerksam registriert und kommentiert werden.

3 Die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld – Anforderungen und Aufgaben

Laut der programmatischen Vorgaben sollen die Partnerschaften für Demokratie »die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteur*innen für Aktivitäten gegen lokal relevante Formen von Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürger*innen unterstützen und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken, insbesondere von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft, wird eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung gestärkt« (BMFSFJ, 2020, S. 3). Den strukturellen Rahmen der Partnerschaften für Demokratie bilden gemäß den Leitlinien vier Akteure bzw. Akteursgruppen: Das in der kommunalen Gebietskörperschaft angesiedelte federführenden Amt, die in der Regel bei einem freien Träger verorteten Koordinierungs- und Fachstelle (KuF), der mit Mitgliedern aus Zivilgesellschaft und der Verwaltung des Landkreises besetzte Begleitausschuss, und das zur Stärkung der Beteiligung junger Menschen an der Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie einzurichtende Jugendforum (vgl. BMFSFJ, 2020).

Neben den eigenständigen, im Rahmen dieser Evaluation durchgeführten Recherchen werden für die Betrachtung der Situation, der Ressourcen und Hindernisse der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld nachfolgend insbesondere die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch das »Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. « sowie der »Camino gGmbH« (Bohn et al., 2019) herangezogen.

3.1 Federführendes Amt

Laut Vorgaben des Bundesprogramms trägt die kommunale Gebietskörperschaft die Verantwortung für die jeweilige Partnerschaft für Demokratie und bestimmt ein federführendes Amt, das zentraler Ansprechpartner vor Ort sein soll und

- die Berufung, Gestaltung und Koordinierung der Koordinierungs- und Fachstelle übernimmt,
- einen Begleitausschuss beruft
- und eine bedarfsgerechte Form der Jugendbeteiligung initiiert.

Die kommunale Gebietskörperschaft ist darüber hinaus zuständig für die rechtsverbindliche Antragstellung auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Bundesprogramm, für die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte, für die ordnungsgemäße Mittelverwendung sowie die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel (BMFSFJ, 2020, S. 5).

Im Landkreis Eichsfeld ist das Jugendamt federführend für die Programme »Demokratie leben!« und »Denk bunt« zuständig. Die Koordinierungs- und Fachstelle ist bei einem freien Träger angesiedelt (bis 2019 »Johannitergut Beinrode«, seit 2020 »Grenzlandmuseum Teistungen«). Bezüglich der Aufgabenverteilung soll das federführende Amt hier insbesondere die administrativen Aufgaben übernehmen, wie vor allem die Erstellung des Hauptantrags, des Sachberichts sowie die Bearbeitung der Zuwendungsbescheide und Verwendungsnachweise für Großprojekte. Hierfür ist aus Eigenmitteln eine halbe Fachkraftstelle zur »internen Koordinierung« vorgesehen. Diese Stelle war gleichwohl insbesondere in den beiden zurückliegenden Jahren mit mehrfachem Wechsel der Mitarbeitenden konfrontiert und im Zuge dieser Wechsel nicht durchgängig mit einer explizit für diese Aufgabe eingesetzten Person besetzt. Diese Situation führte zu einer Mehrbelastung sowohl der übergeordneten Sachgebietsleitung im Jugendamt als auch der Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle, denen in der Zusammenarbeit damit auch ein größerer Anteil der eigentlich bei der internen Koordinierungsstelle verorteten administrativen Aufgaben im Zuge der Anforderung und Verwaltung von Mitteln wie auch der mehrfach neu zu entwickelnden und abzustim-

menden Formen der Zusammenarbeit zwischen interner Koordinierung beim federführenden Amt und Koordinierungs- und Fachstelle zufiel. Diese Verlagerung von Aufgaben ist auch deshalb mit einem sehr hohen Arbeitsaufwand verbunden, weil die Verzahnung von kommunaler, Landes- und Bundesebene im Programm »Demokratie leben!« sowie vor allem die gleichzeitig zu beachtenden Förderrichtlinien von »Demokratie leben!« und »Denk bunt« einen hohen bürokratischen Aufwand bzgl. der Antragstellung wie auch der korrekten Mittelverwendung mit Blick auf die Anforderungen aller Ebenen darstellt.

In dem Bericht zu dem vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) verantworteten und durchgeführten Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wird die Bedeutung des federführenden Amtes für eine gelingende Arbeit der Partnerschaft für Demokratie explizit verwiesen. Betont wird nicht nur die Bedeutung des federführenden Amtes zur Sicherung der inhaltlichen Schnittstelle in die Verwaltung (Bohn et al., 2019, S. 42), sondern darüber hinaus herausgestellt, »dass zur Erbringung der Koordinationsleistung das federführende Amt neben der Koordinierungs- und Fachstelle häufig eine gewichtige, zum Teil auch gestaltende Rolle einnimmt« (Bohn et al., 2019, S. 198). Herausgestellt wird die zentrale Funktion des federführenden Amtes in Bezug auf die Erzielung von Synergie-Effekten und bezüglich der Programmziele, »die Partnerschaft zu einer Angelegenheit der gesamten Kommune bzw. des Landkreises zu machen« (Bohn et al., 2019, S. 198). Festgehalten wird in dem Bericht insgesamt, dass die federführenden Ämter insgesamt Zugänge zu förderthemenrelevanten Netzwerken, Verwaltungseinheiten sowie zur Lokalpolitik und kommunalen Amtsträger*innen, wie Kreistagsabgeordneten und Bürgermeister*innen, herstellen und diese Aufgaben in der Regel nicht an andere Akteure der Partnerschaften für Demokratie delegiert werden können (vgl. Bohn et al., 2019, S. 198 und 202).

In Bezug auf die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld finden sich in mehreren Interviews Hinweise, dass genau diese Zugänge noch nicht im ausreichenden Maße gegeben und gesichert erscheinen. Eine Vertretung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss, die in den Aufgabenbereich der internen Koordinierung falle, sei durch die dortige Fluktuation nicht durchgängig erfolgt. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit Verwaltungseinheiten des Kreises wird in den Interviews mitgeteilt, dass die Möglichkeiten

zur Zusammenarbeit der Koordinierungs- und Fachstelle mit Verwaltungsmitarbeiter*innen anderer Ämter, z. B. im Rahmen von internen Fortbildungen, für ausbaufähig erachtet wird. Auch mit den direkt beim Kreis beschäftigten Schulsozialarbeiter*innen bestehe zwar, so wird angemerkt, mit Einzelnen eine gute Zusammenarbeit, dennoch bestehe selbst in diesem, direkt im Jugendamt verorteten Bereich noch Verbesserungspotenzial. Hinsichtlich der Zielsetzung, die Partnerschaft zu einer Angelegenheit des gesamten Landkreises zu machen, wird von mehreren Interviewten erwähnt, dass sie in den zurückliegenden Jahren eine eindeutige Positionierung des gegenwärtigen Landrates gegen national-autoritäre Rhetoriken vermissten. Einige der Interviewten artikulieren, dass Personen oder Institutionen, die offen und öffentlich äußern, dass sie eine offensivere Ansprache der Bevölkerung durch rechtsnationale Milieus beobachten, mitgeteilt wurde, dass derartige Wahrnehmungen nicht im Einklang mit der angestrebten Außenrepräsentation des Landkreises stehen: »Da müsste auf jeden Fall mehr passieren aus meiner Sicht. Ich weiß nicht, woran es liegt, vielleicht, dass der Landkreis sich da verschränkt, da die Initiative ergreift, also es wäre auf jeden Fall nötig« (IP D, 00:17:54). In vergleichbarer Form äußerst sich ein*e andere*r Interviewpartner*in: »Also da habe ich manchmal den Eindruck aus dem Bereich der Politik, dass da das notwendige Bewusstsein, die notwendige Sensibilität für diese Gefahren, die es ja auch hier in der Region gibt, nicht wirklich vorhanden ist, sondern sich immer darauf beruft, dass unsere Vergangenheit ja auch, ob das jetzt im Nationalsozialismus war oder in der DDR Zeit, es ja so war, dass sich die Bevölkerung gegenüber der Diktatur weitestgehend vermeintlich resistent gezeigt hat und man darauf jetzt wieder vertraut, ohne aber dafür selbst was zu machen. Also da ein stückweit ausruht. Also das ist, glaube ich, eine Gefahr, dass man vielleicht das erst erkennt, wenn es zu spät ist, weil es die Gefahr durchaus ja auch hier in der Region gibt von Seiten bestimmter politischer Strömungen und die näher ist, als man vielleicht mal glaubt« (IP A, #00:36:02). Diese Beobachtung wird weitgehend von weiteren Interviewten geteilt und zudem eine unzureichende Anerkennung ihres Engagements durch die politischen Verantwortlichen reklamiert. Sie äußern, dass es ihnen »noch nicht mal um finanzielle Beteiligung an den Einrichtungen«, sondern »einfach (…) nur um Wertschätzung« geht. »Also, ich glaube, da müsste man auch noch mal in irgendeiner Art und Weise das der Politik stärker deutlich machen« (IP A,

#00:36:02). Vorgetragen wird auch der Eindruck, dass »Behörden (…) uns haben auflaufen lassen. Ich sag mal auch Landrat-gesteuert (…), also aber der Landrat hat viele, viele Jahre gesagt, wir haben hier keinen Rechtsextremismus« (IP B, #00:57:35).

Unabhängig davon, ob und inwieweit diese Wahrnehmungen zutreffen, weisen die Beobachtungen doch darauf hin, dass diejenigen, die sich gegen national-autoritäre Rhetoriken und die öffentliche Präsenz des nationalen Milieus im Eichsfeld engagieren, sich nicht durchgehend von den politisch Verantwortlichen in ihrem Engagement anerkannt sehen. Die Sichtweisen auf die Partnerschaft für Demokratie werden auch von diesen Wahrnehmungen mitgeprägt. Für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie und insbesondere für die Koordinierungs- und Fachstelle stellen sie eine Herausforderung dar. Gleichwohl wird der Koordinierungs- und Fachstelle von Interviewten bescheinigt, für Fortschritte in der politischen Wahrnehmung der Präsenz rechts-nationaler Milieus in der Region mit verantwortlich zu sein. Gesehen und betont wird, dass alle Einrichtungen sich den demokratiefördernden Herausforderungen in der Region stellen, »auch die Partnerschaft, aber da ist, glaube ich, auch noch Handlungsbedarf« (IP A, #00:36:02).

3.2 Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie

Gemäß der Programmrichtlinie von »Demokratie leben!« wird neben dem federführenden Amt insbesondere für die operative Umsetzung der »Partnerschaften für Demokratie« eine Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) eingerichtet – in der Regel bei einem freien Träger. Zu den Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle gehört »die Gesamtkoordination der »Partnerschaft für Demokratie« in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss und weiteren Akteur*innen der Partnerschaft. Außerdem die inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und die Begleitung von Einzelmaßnahmen sowie die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses und des Jugendforums. Ferner sind die Stellen zuständig für die Öffentlichkeits- und lokale/regionale Vernetzungsarbeit, die Beratung und Unterstützung von Bürger*innen sowie die Fortbildung, fachliche Qualifizierung (z. B. durch Coaching, etc.) und Beratung von relevanten an der Partnerschaft beteiligten Akteur*innen« (BMFSFJ, 2020b, S. 5).

Allgemein wird die Aufgabe der Koordinierungs- und Fachstellen als sehr umfangreich angesehen – und diese allgemeine Feststellung trifft auch auf die Koordinierungs- und Fachstelle im Eichsfeld zu. Die Koordinierungs- und Fachstellen sind insgesamt für die »operative Umsetzung der Partnerschaft verantwortlich«, betreuen vielfältige Projekte und sind die »zentrale fachliche sowie prozessverantwortliche Ansprechpartnerin« in den einzelnen Regionen – konkret: Die jeweilige Koordinierungs- und Fachstelle »repräsentiert die Partnerschaft vor Ort und soll als Teil der lokalen Infrastruktur zur Demokratieförderung verankert sein. Sie übernimmt zudem die Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Sitzungen des Begleitausschusses vor« (Albrecht et al., 2019, S. 15). Damit kommt den Koordinierungs- und Fachstellen eine zwischen den Steuerungsgremien, Einzelprojekten sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen-Gruppen vernetzende Position zu." (Bohn et al., 2019, S. 42). Als wesentlichen Impulsgeber für ihre Arbeit geben die im Rahmen der ISS-Studie befragten Koordinator*innen insbesondere andere Partnerschaften für Demokratie (84 %), Landesdemokratiezentren (66 %), kommunale Partner*innen (59 %), Coaches (55 %) und mobile Beratungsteams (52%) (Bohn et al., 2019, S. 316) an.

Insgesamt nehmen 45 % der Koordinator*innen wahr, so wird allgemein festgestellt, dass das Potential für ein Engagement in den einzelnen Regionen umfangreicher ist als es sich gegenwärtig empirisch darstellt (Bohn et al., 2019, S. 40).

In der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld ist die Koordinierungs- und Fachstelle seit 2020 angesiedelt beim Grenzlandmuseum in Teistungen und ist besetzt mit zwei Koordinatorinnen, die mit je 25 Stunden in diesem Bereich beschäftigt sind. Als zentrale Aufgabe wird hier die Vernetzung von federführendem Amt, Begleitausschuss, Jugendforum sowie den antragstellenden Akteur*innen übernommen. Über die Koordinierungs- und Fachstelle werden die Prozesse zur Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und deren Umsetzung initiiert und moderiert sowie die gesamte Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Neben Aufbau und fortlaufender Arbeit mit dem Jugendforum und dessen Mitgliedern fällt auch die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Beiratssitzungen in ihren Aufgabenbereich sowie die Planung und Umsetzung der jährlichen Demokratiekonferenz. Bezüglich des Aktions- und Initiativfonds berät und betreut sie die Antragstellenden in der Erarbeitung von Anträgen und auch

während der Umsetzung der Projekte. Administrativ fällt neben der (auch dort anfallenden) Beratungsleistung für die Miniprojekte zusätzlich die gesamte Mittelverwaltung in den Aufgabenbereich der Koordinierungs- und Fachstelle bis hin zur Freigabe von Druckerzeugnissen für sowohl Groß- als auch Miniprojekte.

Die Aufteilung der Aufgaben zwischen federführendem Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle ist im Eichsfeld bislang nicht, wie in der Programmlinie empfohlen, durch eine Kooperationsvereinbarung geregelt, in der sich die von den einzelnen Akteuren wahrzunehmenden Aufgaben verbindlich beschrieben finden. In der Förderphase von 2017 bis 2021 kam es immer wieder zu Aufgabenverschiebungen zwischen dem federführenden Amt und der Koordinierungs- und Fachstelle, die die Realisierung von Aufgaben der Programmlinien von »Demokratie leben!« und »Denk bunt« nicht erleichterten. Personalvakanzen und -wechsel in der internen Koordinierungsstelle des federführenden Amtes insbesondere seit 2019 führten dazu, dass die ohnehin als umfänglich anzusehenden Arbeiten der Koordinierungs- und Fachstelle sich sukzessive erweiterten und hier zusätzlich die Administration der Großprojekte sowie die Unterstützung bei der Antragstellung und Sachberichterstattung teilweise mit übernommen wurde.

Mit Blick auf die Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit der Partnerschaft für Demokratie ist darüber hinaus eine ebenfalls durch Herausforderungen und Umbrüche gekennzeichnete Phase im Begleitausschuss zu erwähnen. Dies hat zu einer Mehrbelastung der Koordinierungs- und Fachstelle dahingehend beigetragen, dass der Ausschuss die ihm zugedachte Aufgabe der inhaltlich-strategischen Planung nicht optimal unterstützen konnte.

Insgesamt sind laut der Studie des ISS die Wissensbestände der Koordinierungs- und Fachstellen und Netzwerktätigkeiten im Verlaufe der wissenschaftlichen Begleitung gestiegen und derzeit als sehr gut einzuschätzen (Bohn et al., 2019, S. 212). Die Einschätzung hoher fachlicher Expertise zeigt sich auch in der Außenwahrnehmung der Koordinierungs- und Fachstelle im Eichsfeld: Den Kolleginnen wird in allen, im Rahmen dieser Evaluation durchgeführten Interviews eine hohe fachliche Kompetenz und eine hohe Bereitschaft zur Unterstützung bei der Beantragung und Durchführung von Projekten zugesprochen. Die Koordinatorinnen profitieren von realisierten Qualifizierungen,

einem regelmäßigen externen Coaching sowie die Vernetzung zu anderen Partnerschaften für Demokratie, die u. a. regelmäßig über das Landesprogramm »Denk bunt« ermöglicht und angeboten werden. Über das Landesprogramm abgesichert finden zwei Treffen jährlich auf Landesebene statt sowie zwei Treffen für die nördliche Region Thüringens. Fachlicher Austausch wird darüber hinaus bzgl. des Jugendfonds über einen Kontakt zu den Naturfreunden Thüringen gesichert.

In der regionalen Außenperspektive werden die Koordinatorinnen als die zentralen Schlüsselpersonen im Antragsverfahren wahrgenommen und adressiert, wenngleich mitunter Unsicherheiten zu bestehen scheinen, inwieweit die Koordinatorinnen neben der Unterstützung von Anträgen und Projektdurchführungshilfe auch als die öffentlichen Repräsentantinnen der Partnerschaft für Demokratie angesprochen werden können. Unsicherheiten bestehen auch dahingehend, wie hoch der inhaltliche Einfluss des Jugendamtes auf die Ausgestaltung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie allgemein sowie auf die Koordinierungs- und Fachstelle im Besonderen ist.

Insgesamt stellen auch für die Entwicklung demokratiefördernder Projekte die räumlichen Distanzen eine Herausforderung dar. Die Ansprache von noch nicht engagierten Personen und Organisationen, so wird in den Interviews angedeutet, wird mit zunehmender inhaltlicher und räumlicher Entfernung zum federführenden Amt, aber auch mit zunehmender räumlicher Distanz zum Sitz der Koordinierungs- und Fachstelle in Teistungen, schwieriger und das Wissen über die Partnerschaft für Demokratie scheint abzunehmen.

3.3 Begleitausschuss

Das dritte wesentliche Element der Partnerschaft für Demokratie stellt der Begleitausschuss dar. Er sollte laut Programmvorgaben »mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt werden. Dies sind im Sinne des Bundesprogramms Organisationen, Institutionen und Initiativen, die aktiv die Ziele des Bundesprogramms verfolgen und für ein gleichberechtigtes, inklusives, vielfältiges Zusammenleben eintreten« (BMFSFJ, 2020b, S. 5). Die Stimmenmehrheit müssen zivilgesellschaftliche Vertreter*innen haben (BMFSFJ, 2020b, S. 6). Laut der Ergebnisse der ISS-Studie bestehen die Begleitausschüsse zumeist aus zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Vertreter*innen aus der Politik und Verwaltung sowie aktiven Bürger*innen, die

26 % in diesen Netzwerken ausmachen (Bohn et al., 2019, S. 272). Die am häufigsten nicht vertretene Gruppe in den Begleitausschüssen ist mit 54 % die Gruppe der Migrant*innen (Bohn et al., 2019, S. 277), deren Einbindung folglich von 54 % der Befragten als Entwicklungsaufgabe angesehen wird.

Gemäß der programmatischen Vorgaben von »Demokratie leben!« ist der Begleitausschuss wesentlich für die strategische Planung und Organisation zuständig, d. h. er legt »die Eckpunkte der Gesamtstrategie nach Beratung in der ‚Demokratiekonferenz' fest und entscheidet, welche Einzelmaßnahmen aus dem Aktions- und Initiativfonds der Zielerreichung dienen und spricht jeweils eine Förderempfehlung aus. Der Begleitausschuss nimmt die beschriebenen Aufgaben als regelmäßig tagendes Gremium wahr und schreibt das strategische Gesamtkonzept regelmäßig fort« (BMFSFJ, 2020b, S. 6). In dem hier zitierten Abschlussbericht der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wird die Netzwerkarbeit als Kern der Partnerschaften für Demokratie herausgestellt. Beim Aufbau dieser Netzwerke scheint der Begleitausschuss in allen Partnerschaften für Demokratie eine wesentliche Rolle zu übernehmen (Bohn et al., 2019, u. a. S. 46). Die Begleitausschüsse bilden, so wird herausgestellt, das Kernnetzwerk vor Ort, aus dem heraus partizipativ integrierte Handlungsstrategien entwickelt und umgesetzt würden (Bohn et al., 2019, S. 2).

Der Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld scheint auf den ersten Blick bereits ein sehr breites Spektrum Engagierter des Landkreises in die Arbeit zu integrieren. Die Mitglieder wurden ursprünglich 2011 durch den Landrat berufen, wobei ausscheidende Personen jeweils Nachfolger*innen zur Neuberufung vorschlagen konnten. Der Begleitausschuss bestand aus Vertreter*innen des Jugendamtes, des »Eichsfelder Bündnisses gegen Rechts«, der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit, des Diakonischen Werks Eichsfeld/Mühlhausen e.V., des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt, des Deutschen Roten Kreuzes, des Kreisjugendrings, der Flüchtlingsstelle der Caritas Eichsfeld, des Eichsfeldmuseums, des Jugendforums Eichsfeld, des Jugendparlaments Heiligenstadt, des Schulamtes Nordthüringen, der Polizei sowie dem regional zuständigen katholischen Jugendpfarrer. Festzuhalten ist jedoch auch, dass nicht alle bedeutsamen Träger der Kinder- und Jugendarbeit der Region, beispielsweise der Träger »Villa Lampe«, Mitglied des Begleitausschusses sind.

Gleichzeitig entsprach die personelle Größe des Begleitausschusses nicht durchgängig der Zahl der tatsächlich aktiven Personen, so dass insgesamt die Arbeitsfähigkeit eingeschränkt erschien. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde von Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt mit Ablauf der Förderphase 2019 eine Umgestaltung eingeleitet, die zum Zeitpunkt der Erhebungen noch andauerte. Aktuell wird die Tätigkeit des Begleitausschusses daher von einer sogenannten Steuerungsgruppe wahrgenommen, in der bislang überwiegend besonders aktive Vertreter*innen des vormaligen Begleitausschusses mitwirken. Gegenwärtig wirken in der Steuerungsgruppe kontinuierlich Vertreter*innen des Jugendamtes, der Polizei, der evangelischen Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, des »Bündnisses gegen Rechts«, des Eichsfeldmuseums und des Jugendforums mit.

Als Herausforderung gestaltet sich hier insbesondere auch die erwünschte, regelmäßige Beteiligung von Jugendlichen aus dem Jugendforum. Ihnen ist es partiell nicht möglich, an den Sitzungen teilzunehmen, da sie in den Abendstunden mit dem ÖPNV den Ort nicht erreichen können. Da viele der Anträge, die bei der Koordinierungsstelle eingehen, Jugendliche adressieren, erscheint hier die Suche nach einer nachhaltigen Lösung notwendig – dies ist gleichwohl den interviewten Personen der aktuellen Steuerungsgruppe wie auch der Koordinierungs- und Fachstelle als Notwendigkeit bewusst.

In der Binnenperspektive wie auch extern scheint gleichwohl nicht durchgängig transparent, nach welchen Kriterien die Besetzung des Ausschusses vorgenommen wird und wie hierüber entschieden wird. In einem Interview wird ausgeführt, dass »auch nicht ganz klar ist, wer nun auswählt, wer in den nächsten, in den Beirat kommt« (IP B, #01:07:48). »Da fehlt mir so ein bisschen die Transparenz. Vielleicht auch, wie setzt sich dieses Auswahlgremium zusammen. Das halte ich auch insgesamt für zu groß« (IP A, #00:16:56). Vor diesem Hintergrund wird durch die Interviewten auch die Frage der Unabhängigkeit des Begleitausschusses von anderen Gremien bzw. mögliche Herausforderungen durch die Nähe zu Verwaltungsstrukturen des Landkreises angesprochen, indem ausgeführt wird, »ich würde mir mehr Unabhängigkeit, Unabhängigkeit vom Landkreis wünschen, als Beirat. (…) ich finde halt so ein Beirat müsste ein komplett unabhängiges Gremium sein« (IP B, #01:06:46). Vorgeschlagen wird ein regelmäßiger Wechsel in der Besetzung, z. B. durch ein Rotationssystem: »Also, ich könnte mir zum Beispiel auch vorstellen, dass der Beirat ein rotierendes Gremium wird, dass sozusagen

jemand, der drei Jahre mitgearbeitet hat, nach zwei Jahren oder nach zweieinhalb Jahren vorschlagen kann, jemand neues dazu zunehmen, also sozusagen sich ablösen zu lassen. (…) Ja, aber dazu fehlt mir wirklich das Wissen, wie sich dieser Beirat zusammensetzt« (IP B, #01:07:48).

In der letzten Interviewpassage wird sehr zurückhaltend die Zusammensetzung des Begleitausschusses reflektiert. Vorgeschlagen wird, die Mitgliedschaft in diesem Gremium rotieren zu lassen. Unabhängig von dieser Überlegung wird die Dynamik im Begleitausschuss auch bestimmt von der kontinuierlichen Anwesenheit der Vertreter*innen des Jugendamtes. Überlegt werden könnte, ob die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen von drei Vertreter*innen des Öffentlichen Trägers unabdingbar erscheint. Denkbar wäre, die Vertretung des Jugendamtes zu reduzieren oder aber die Präsenz des federführenden Amtes im Begleitausschuss als eine beratende, nicht als eine mit Stimmrecht ausgestattete Vertretung anzusehen. Umakzentuierungen, die entsprechende Überlegungen aufgreifen, könnten dazu beitragen, die Stimme der Freien Träger im Begleitausschuss zu stärken und darüber die Identifikation mit der Partnerschaft für Demokratie durch die Freie Trägerlandschaft wie auch durch die Zivilgesellschaftlichen Initiativen befördern. Das dem federführenden Amt bezüglich der Abstimmung zur Genehmigung von Einzelmaßnahmen vorbehaltene Veto-Recht, das die Unabhängigkeit des Ausschusses vor dem Hintergrund der Verantwortlichkeit für die Mittelverwaltung mit nachvollziehbaren Gründen begrenzt, wäre durch entsprechende Veränderungen keineswegs tangiert.

In der Geschäftsordnung des Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld werden als Ziele des Ausschusses insbesondere die Begutachtung und Beschlussfassung zur Genehmigung von Einzelprojekten herausgehoben. Die »Entwicklung von Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie« (Geschäftsordnung des Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld) scheint damit eine weniger promintente Rolle einzunehmen, als es die Förderlinie für den Bereich der Fragen der strategischen Planung und Organisation sowie der Festlegung von Eckpunkten der Gesamtstrategie nach Beratungen in der Demokratiekonferenz formulieren (vgl. BMFSFJ, 2020b), Auch Fragen der Vernetzung, die in der Geschäftsordnung als »Organisation der Vernetzung und Zusammenarbeit von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren/Akteurinnen bei der Umsetzung der

Partnerschaft für Demokratie« beschrieben wird, werden bislang wenig vertieft dargestellt. Die Ausrichtung des Begleitausschusses zu einem aktiven Gremium, das dazu beiträgt, dass »Netzwerke gebildet und ausgebaut« werden können, und Formen »des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements« mit initiiert sowie zu einer »Verstetigung von Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen sowie auf die Stärkung und Qualifizierung von Strukturen vor Ort hinwirkt« (Bohn et al., 2019, S. 46), sollte angestrebt werden.

Gleichzeitig wird von den Mitgliedern des Begleitausschusses mehrfach dessen Potenzial hervorgehoben, Vernetzung und Öffentlichkeit für die Partnerschaft für Demokratie gerade auch in ländlich peripheren Regionen und bei ehrenamtlich engagierten Personen herzustellen. Diesen Hinweis unterstützend, wird vorgeschlagen, bei zukünftigen Besetzungsprozessen stärker darauf zu achten, dass verschiedene Bereiche nicht nur der politischen Bildung, sondern auch der Kinder- und Jugendarbeit (sowohl offene als auch verbandliche), Sport, kulturelle Bildung, Gemeindearbeit in der Besetzung des Ausschusses zu berücksichtigen und dadurch zu einer besseren Bekanntheit und Vernetzung in diesen Bereichen beizutragen. Darüber hinaus stellen die aktuellen Mitglieder des Ausschusses dar, dass die Arbeit tendenziell zeitaufwändig sei, weil zusätzlich zu den Sitzungen u. a. aufgrund der Entfernungen innerhalb des Eichsfeldes auch noch Fahrzeiten zu addieren seien. Betont wird jedoch von den bisherigen Mitgliedern des Begleitausschusses bzw. der aktuellen Steuerungsgruppe durchgängig, dass es sich um eine sehr erfüllende Tätigkeit handle, weil wichtige Projekte in ihrer Umsetzung unterstützt und begleitet werden könnten.

3.4 Jugendforum und Partizipation

Durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« wurde durch die Implementierung von Jugendforen die Möglichkeiten der Partizipation gestärkt. Sie sind nunmehr »als relevantes Strukturelement der Partnerschaften für Demokratie« (Bohn et al., 2019, S. 73) verankert (86 % der Partnerschaften für Demokratie haben Jugendforen; Bohn et al., 2019, S. 75). Laut Vorgaben des Programms kann das Jugendforum an bestehende Strukturen anknüpfen oder neu eingerichtet werden. Es sollte im Begleitausschuss personell angemessen und mit Stimmrecht vertreten sein.

Eine zentrale Herausforderung auch für die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld stellt somit die Herstellung von Beteiligungsstrukturen für Jugendliche dar. Die diesbezüglichen Überlegungen konkretisierten sich 2016 innerhalb der Partnerschaft für Demokratie und motivierten die Antragstellung für eine gesonderte Förderung, um ab 2017 ein eigenständiges »Jugendforum« zu initiieren und mittelfristig zu etablieren. Angestrebt wurde, zwischen 15 und 30 Jugendliche für ein dauerhaftes Engagement und eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Zudem war intendiert, die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld und insbesondere das demokratiefördernde, selbstaktive Engagement von Jugendlichen in der Region auszuweiten auch in der lokalen Öffentlichkeit präsenter und sichtbarer zu dokumentieren. Angestrebt wurde zudem, über die Einbeziehung von Jugendlichen weitere Jugendliche für Aktionen und einzelne Projekte anzusprechen und für ein über einzelne Vorhaben hinausgehendes demokratisches Engagement zu gewinnen (vgl. Antragstellung Jugendforum 2016). Auch in den Antragstellungen für die kommenden zwei Förderjahre finden sich diese Ziele formuliert und in Bezug auf einzelne Projektvorhaben konkretisiert.

2017 konnten von dem Jugendforum in fünf Sitzungen in der ersten Jahreshälfte unterschiedliche kleinere Vorhaben vorbereitet und anschließend mit einer unterschiedlichen kommunalen Sichtbarkeit realisiert werden. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurde ein Logo entwickelt und Maßnahmen durchgeführt, über die angestrebt wurde, das interne Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Die teambildenden Aktionen konnten auch 2018 und 2019 durchgeführt werden. Mittels peerbezogener Aktionen sollten zudem an ausgewählten Schulen neue Aktive gewonnen werden.

Über ein Graffitiprojekt sowie Aktionen auf drei Weihnachtsmärkten wurde zudem versucht, die demokratiefördernden Aktivitäten zu dezentralisieren, also in den unterschiedlichen Gebieten der Region bekannt zu machen. Besondere Aufmerksamkeit fand ein 2018 durchgeführtes, von den Jugendlichen des Jugendforums initiiertes und von weiteren Jugendlichen mit vorbereitetes Open-Air-Konzert auf dem Gelände des »Johannitergutes Beinrode« mit über 200 jugendlichen Teilnehmer*innen.

Im Jahr 2019 trafen sich die Mitglieder des inzwischen personell leicht erweiterten Jugendforums zu mehreren, in drei Protokollen dokumentierten Sitzungen. Im Rahmen dieser Treffen fanden auch weiterhin teambildende Maßnahmen und ein Planspiel zur

Kommunalpolitik 2019 statt. Dem Jugendforum Eichsfeld wurde zudem eine Stimme im Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie Eichsfeld zugesprochen und Mitglieder des Forums nahmen 2019 auch an mehreren Sitzungen des Ausschusses teil. Von den Jugendlichen wurde zudem das »GutsRocker-Festival« geplant und verantwortlich durchgeführt.

Die 2018 erprobte sozialräumliche Aktion »Jugendforum on Tour« konnte in dem anschließenden Zeitraum nicht umfänglich fortgeführt werden. Niedrigschwellige, dezentrale Aktionen sollen dennoch weiterhin geplant und mit respektive von den Jugendlichen durchgeführt werden, insbesondere auch, um mehr Jugendlichen die Möglichkeit zur Partizipation anzubieten.

Von den Koordinatorinnen wird die Etablierung des Jugendforums als gelungen und förderlich beschrieben. Diese Form der Jugendpartizipation sollte als eine Ressource unbedingt beibehalten werden. Die Problematik der nicht durchgängig möglichen Anwesenheit der Vertreter*innen des Jugendforums in den Sitzungen des Begleitausschusses wurde bereits beschrieben (siehe 3.3). Als Herausforderung wird darüber hinaus benannt, dass die Vertreter*innen des Jugendforums von Seiten der Gremien des Landkreises wenig Unterstützung erfahren. So seien diese zwar Mitglied im Jugendhilfe-Ausschuss, würden jedoch dort nicht ausreichend in die Arbeit integriert und kaum in ihrer Tätigkeit begleitet und gefördert.

Als Chance und Herausforderung für Partizipation benennen auch die Interviewten das bereits eingangs angedeutete starke Gemeinschaftsgefühl und die hohe Identifikation der Menschen mit der Region. Eine Interviewperson beschreibt das Eichsfeld als einen sehr geschlossenen Raum. Gleichwohl könne sich hier Partizipation entwickeln und Jugendliche zur direkten kommunalpolitischen Mitgestaltung motiviert werden: »Wir müssen als Dorf hier zusammenhalten. Wir kämpfen für unsere Kirche, für unsere Scheune, für unser Gemeindehaus, für unseren Saal, der ja so wichtige Bedeutung hat als Feier-Ort für unsere Kirmes. Das sind hier Dinge, die irgendwie in das Erbgut des Eichsfelders eingeschrieben sind. Die Identität kommt vom Eichsfelder-Sein – weniger vom Thüringer-Sein« (IP C, #00:46:34).

Wie bereits ausgeführt, wird betont, dass Jugendliche für Ausbildungs- und Bildungswege die Region verlassen, jedoch auch häufig in die Region zurückkehren. In diesem Zusammenhang wird Partizipation und Mitgestaltung in der Kommune nicht nur allgemein im Kontext einer Förderung von Rückkehr- und Bleibeperspektiven diskutiert, sondern auch von den Interviewten: »Ich glaube, da wird sich auch das Eichsfeld weiter in diese Richtung entwickeln, dass junge Menschen weggehen und zurückkehren (…) Damit haben wir natürlich dieses Ausdünnen, was in vielen ruralen Bereichen der Fall ist – also mehr Senioren, weniger Angebote für Jugendliche, damit verbunden ein Ausdünnen des Angebotes. Ich merke aber, dass die Eichsfelder durch die Rückkehrbereitschaft, grundsätzlicher Natur wie auch an den Wochenenden nochmal wieder nach Hause zu fahren, dass das nochmal die Chance bietet, die Jugendlichen nicht dauerhaft zu verlieren, sondern dass das in der Mitte der Gesellschaft bleibt. Und sie selber da auch als junge Menschen was mitgestalten für die etwas Jüngeren. Ich glaube, das ist eine Chance für die Gestalt von Jugendarbeit im Eichsfeld« (IP C, #01:37:04).

Die erweiterten Formen der Jugendpartizipation könnten dazu beitragen, dass sich bereits engagierte Jugendliche auch nach einer Rückkehr erneut engagieren. Als wesentlicher Aspekt wird hier jedoch von einigen der Interviewten betont, dass gerade institutionalisierte Beteiligungsverfahren zunächst einmal Jugendliche ansprechen, die über einen bestimmten, meist bildungsaffinen und finanziell besser gestellten Hintergrund verfügen, oft auch aus eher städtisch geprägten Sozialräumen kommen. Die Interviewten plädieren für Projekte, die explizit Jugendliche aus Milieus anzusprechen versuchen, die nicht über die Ressourcen verfügen, die klassisch politisches und soziales Engagement strukturell fördern und »denen dann auch die Plattform gibt, sich zu beteiligen. Da glaube ich, dass das immer ausbaufähig ist« (IP F, #00:20:14). Als Ressource kann hierbei die berichtete Offenheit einiger Ortsbürgermeister gesehen werden: »Die Ortsbürgermeister, die würden sich da teilweise echt mehr wünschen, (…) dass da z. B. Jugendliche in die Gemeinderatssitzung mit reinkommen und daran teilnehmen. Jugendparlament ist da zu hoch gegriffen, aber so ein paar Jugendliche, die sich da engagieren und ihre Meinung mit einbringen, weil das wird von den Ortsteilbürgermeistern halt kaum wahrgenommen, was so die Jugendlichen meinen. Da sind wir gerade dran am Stricken, dass sich da so eine Gruppe entwickelt« (IP D, #00:17:22).

Ausgebaut werden könnten vor diesem Hintergrund auch partizipativ angelegte, sozialraumorientierte Ansätze wie sie beispielsweise von der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Projekts »Zeig mir deine Stadt« umgesetzt wurden, das in Kooperation mit Einrichtungen vor Ort in weiteren Gemeinden des Eichsfeldes einen Auftakt für mehr Jugendpartizipation darstellen könnte.

Ein Weg der Förderung des jugendlichen Engagements könnte auch über eine vermehrte Kooperation mit Schulen und Vereinen erreicht werden. Bereits für 2019 musste auf Grundlage einer Jugendbefragung festgestellt werden, dass Jugendclubs lediglich von rund 23 % der befragten Jugendlichen besucht werden (Borbe & Schinkel, 2019). Einzig in den Orten Bischofferode und Küllstedt verzeichneten sie hohe Nutzer*innenzahlen, was stark an das dortige Personal und Angebote geknüpft zu sein scheint (Borbe & Schinkel, 2019). Die Autorinnen der Studie empfehlen eine flächendeckende Erhöhung der Angebotsqualität. Ähnlich äußern sich die interviewten Personen: »Deswegen finde ich auch die Jugendclubs vor Ort so entscheidend und wichtig. Also zu glauben, man kann sich dort nur in die Zentren zurückziehen, halte ich für keine wirkliche Alternative (…). Das Verlassen des Dorfes ist eine große Herausforderung, das ist ganz wichtig zu beachten« (IP C, #00:30:15).

Von den Interviewten wird insbesondere auch die Arbeitsbelastung der wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter*innen als ein Hinderungsgrund für die Initiierung größerer Projekte z. B. im Kontext von »Demokratie leben!« benannt, da ein solches Projekt auf Kosten der täglichen Arbeit vor Ort ginge – gerade da in den Jugendclubs i. d. R. ohnehin nur einmal pro Woche ein*e hauptamtlich Mitarbeitende*r anwesend sei: Auch vor diesem Hintergrund wird in einigen Interviews der Wunsch geäußert, Projekte gegebenenfalls auch in Kooperation mit Mitarbeiter*innen der Partnerschaft für Demokratie durchzuführen. Interviewpartner*in E würde sich vor diesem Hintergrund von der Partnerschaft für Demokratie die gemeinsame Konzeption von Projekten wünschen, so dass die fachliche Perspektive der Partnerschaft für Demokratie und insbesondere der Koordinierungs- und Fachstelle kombiniert werden könnte mit den jeweils vorhandenen Kenntnissen der Verhältnisse vor Ort und den Problemen der Jugendlichen. Die Zusammenarbeit könnte dem Ziel dienen, Projekte zu initiieren, »die nicht an Jugendlichen vorbeigehen«, diese »gemeinsam stricken. (…) Das ist halt oft schade ist, dass

wenn ich Projekte plane zur Demokratieförderung, dann fehlt mir halt die Zeit in den offenen Jugendtreffs. (…) Ansonsten sind halt ganz viele für vieles offen, wenn es halt sinnvoll ist für die Jugendlichen ist und nicht zu weit weg ist und zu hoch angesetzt« (IP E, #00:32:17).

Neben der Ressource der freien und einrichtungsbezogenen Kinder- und Jugendarbeit kann zusätzlich die Jugendverbandsarbeit fokussiert werden, die von Morgenstern und Kötsche (2016) in ihrem Abschlussbericht zur Jugendhilfeplanung als kaum ausgeprägt beschrieben wird. Im Zusammenhang mit diesem Abschlussbericht kann betont werden, dass zum einen die pauschal vergebenen Gelder zu Lücken in der Schulsozialarbeit führten, die von der mobilen Schulsozialarbeit nicht aufgefangen werden konnte. Zum anderen führte die Verringerung hauptamtlicher Mitarbeiter*innen zu einem Verlust der wahrgenommenen Qualität (Morgenstern & Kötsche, 2016).

3.5 Netzwerkstrukturen

3.5.1 Netzwerke allgemein

Netzwerkarbeit als zentrale Aufgabe leitet sich bereits aus den Leitlinien von »Demokratie leben!« ab. Ein wesentliches Ziel wird darin gesehen, »den Ausbau des kommunalen/regionalen Netzwerks aus kommunalen Organisationen, Politik und Zivilgesellschaft« (BMFSFJ, 2020b, S. 7) zu initiieren. Diese Aufgabe wird laut den Vorgaben des Programms zunächst einmal insbesondere bei der Koordinierungs- und Fachstelle verortet (BMFSFJ, 2020b, S. 5), die jedoch vor allem auch im Rahmen der Umsetzung der sogenannten »Demokratiekonferenz«, verstanden als Arbeitstreffen aller relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie Organisationen vor Ort, Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung und vom federführenden Amt zu unterstützen ist. Das Format der »Demokratiekonferenz« soll dazu beitragen, Stand, Ziele und Ausrichtung der weiteren Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie partizipativ zu reflektieren. Die Umsetzung des zu erarbeitenden Konzepts soll durch Beschlüsse der gewählten Kreis- oder Gemeindevertretungen unterstützt werden. Die Verabschiedung einer Kooperationsvereinbarung mit klaren Aufgabenbeschreibungen zwischen federführendem Amt, Koordinierungs- und Fachstelle und Begleitausschuss wird empfohlen.

Explizit hingewiesen wird auf die Bedeutung der Begleitausschüsse bei der Etablierung von Netzwerken. Zu den Gelingensbedingungen zählen zudem die aktive Förderung von Kooperationsprojekten verschiedener Akteur*innen, unbürokratische Förderung von Kleinstprojekten, Unterstützung während der Projektlaufzeit, Bündelung von Einzelmaßnahmen, bspw. in einer Aktionswoche, und die öffentliche Unterstützung durch lokalpolitische Akteur*innen (Bohn et al., 2019, S. 223 & S. 226). In 70 % der begleiteten Partnerschaften für Demokratie ist die Förderung von Kooperationsprojekten eine zentrale Strategie um leistungsfähige Netzwerke zu entwickeln.

Nicht zu unterschätzen sind potenzielle Mehrfachbelastungen engagierter Akteur*innen durch Doppelstrukturen. Hier scheint es eine erfolgreiche Strategie zu sein, keine genuin eigenen Netzwerke aufzubauen, sondern bereits vorhandene Gremien bzw. Strukturen zu nutzen. Andernfalls könne die Mehrbelastung dazu führen, dass »aktive Köpfe (…) im Zweifel in jedem Gremium« sitzen (Bohn et al., 2019, S. 216). Werden intensive, regelmäßige und bei Bedarf auch problemorientierte Kommunikationen aufgebaut und aufrechterhalten, so wird festgehalten, werden Netzwerke als leistungsfähig wahrgenommen (Bohn et al., 2019, S. 220).

Gleichwohl deuten die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie auch darauf hin, dass »die vorhandenen Ausformungen zivilgesellschaftlicher Beteiligung z. B. hinsichtlich (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen sowie der Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen in den Jahren 2018 und 2019 in Landkreisen skeptischer bewertet wurde als in kommunalen Räumen« (Bohn et al., 2019, S. 40).

3.5.2 Netzwerk Eichsfeld – Themen und Herausforderungen

Als wesentliche Komponenten leistungsfähiger Netzwerke markiert die Studie der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie zum einen die Einbindung relevanter Akteur*inne und zum anderen eine zielgerichtete Zusammenarbeit. Als eine wichtige Gelingensbedingung wird hier für eine Vernetzung sowohl in die Zivilgesellschaft als insbesondere auch in die Verwaltung und Politik eine gute, von personeller Kontinuität geprägte Zusammenarbeit zwischen federführendem Amt und Koordinierungs- und Fachstelle sowie die personelle Kontinuität und die Zusammenarbeit mit anderen Partnerschaften für Demokratie genannt (Bohn et al., 2019, S. 211). Während

letzteres gegeben scheint, ist bzgl. der personellen Kontinuität die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld geprägt von einer hohen Kontinuität und langjährigen Erfahrung der beiden Koordinatorinnen sowie der Fachleitung im Jugendamt einerseits, gleichzeitig aber auch von den bereits benannten Wechseln bzgl. der internen Koordinierung im Jugendamt sowie der – evtl. auch daraus begünstigten – wenig sicheren Vernetzung mit politischen Gremien und Akteur*innen im Landkreis andererseits. Mit Blick auf das Ziel der Vernetzung ist darüber hinaus darauf zu verweisen, dass u.a. auch die öffentliche Unterstützung durch politische Akteur*innen, die i. d. R. zentral vom federführenden Amt angeregt wird, als eine Gelingensbedingung und erfolgversprechende Strategie für leistungsfähige Netzwerke herausgestellt wird (vgl. Bohn et al. 2019, S. 223).

Eine weitere Veränderung wurde mit Beginn der neuen Förderperiode von »Demokratie leben!« umgesetzt, indem die von 2011 bis 2019 beim »Johannitergut Beinrode« verortete Trägerschaft 2020 zum Grenzlandmuseum Teistungen wechselte. Dieser Wechsel ging in der Einschätzung der Koordinatorinnen mit einem Zugewinn an fachlicher Unterstützung ihrer Arbeit einher.

Das Fehlen einer Kooperationsvereinbarung zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt begünstigt unter Umständen auch, dass in Zeiten hoher Belastung ein großer Teil der anfallenden Arbeiten von der Koordinierungs- und Fachstelle als konstantestem Element übernommen wurde, wodurch die wesentliche Aufgabe der Netzwerkarbeit nur in geringerem Umfang fokussiert werden konnte. Dies betrifft u. a. auch die Demokratiekonferenzen als wesentliches Element des Programms: Diese konnten zwar umgesetzt, gleichwohl aber nicht in der vorgesehenen Form dazu genutzt werden, Stand, Ziele und Ausrichtung der weiteren Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie umfänglich partizipativ mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu reflektieren, um hierüber auch zu Ausbau und Verstetigung des Netzwerks in große Teile der Zivilgesellschaft beizutragen.

Zu verweisen ist darüber hinaus auf das Potenzial und die bereits benannte hohe diesbezügliche Bedeutung des Begleitausschusses, so dass dessen Umbesetzung, verbunden mit einer auch strategisch-inhaltlichen Neuausrichtung – auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse des ISS - einen erheblichen Beitrag zur Vernetzung in die Zivilgesellschaft hinein leisten könnten.

In den Interviews wird die Frage der Vernetzung auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Mehrere Interviewpartner*innen äußern sich besorgt bezüglich der fachlichen Vernetzung zum Thema der Kinder- und Jugendarbeit allgemein. Angedeutet wird eine herausfordernde Situation in den offiziellen Gremien der Kinder- und Jugendarbeit auf Ebene des Landkreises, die aus Sicht von Interviewten auch die Zusammenarbeit von Freien Trägern und den vom Landkreis getragenen Angeboten erschwert: »Die Gesprächskultur zwischen den Trägern ist nicht so schön (…). Da entstehen aus fachlichen Auseinandersetzungen persönliche Befindlichkeiten, die auch wachsen können. (…) Der Konflikt hat sich akut zugespitzt in der Frage um einen Jugendförderplan. (…) Das führt zu einem Stillstand, der zu einer größeren Frustration bei den handelnden Akteuren beiträgt« (IP C #01:07:09). Der hier erwähnte Konflikt scheint auch die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie zu tangieren, da die kooperative Einheit von federführendem Amt und extern angesiedelter Koordinierungs- und Fachstelle sowie die starke Präsenz des federführenden Amtes im Begleitausschuss keine vollständige Abgrenzung der Partnerschaft für Demokratie von Konflikten ermöglicht, die im Kern nicht mit der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie selbst zu tun haben.

Gleichzeitig sehen die Interviewten durchgängig die Vernetzung – ergänzt um eine intensive Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Initiativen und insbesondere auch Vereinen – als sinnvoll und notwendig zur Verbesserung der Situation im Landkreis an. »Wo ich so denke, wir haben das Potenzial hier und wir müssten einfach die Sachen, die da sind, besser vernetzen können. Also sei es jetzt der, es ist auch in anderen Landkreisen genauso, in anderen Bundesländern sicherlich auch, jeder kocht so sein eigenes Süppchen und wenn es mal passt, dann ruft man sich mal an und sagt, hier wollen wir das nicht zusammen machen. Und da würde ich mir natürlich vom Landkreis her eine bessere koordinierende Form vorstellen, aber gut« (IP B #01:10:23).

In Bezug auf die Rolle der Partnerschaft für Demokratie wird die Situation der von Konflikten nicht unbelasteten Situation der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis von den Interviewpartner*innen als potenzielle Herausforderung wahrgenommen. An die Partnerschaft für Demokratie wird dennoch der Wunsch und die Hoffnung adressiert, als Organisatorin eines solchen Netzwerks zum Themenbereich von »Demokratie leben!« aktiv zu sein und einen Beitrag zum Ausbau von Strukturen zu leisten, die fachli-

chen Austausch, professionelle Weiterentwicklung und Innovation fördern. Eine interviewte Person benennt als einen Grund für diesen Wunsch selbstkritisch, dass »dadurch, dass man jetzt auch schon nach mehreren Jahren hier in der Region die Leute kennt (…), aber da man auch immer wieder Gefahr läuft, sozusagen in den alten Strukturen zu verharren und nicht irgendwie neue Wege zu gehen und dort sich neue Zielgruppen zu erschließen. Und da wäre vielleicht nochmal ganz gut, wenn da Partnerschaften und Wege geschaffen werden, dass man da ins Gespräch kommt (…), wo liegen denn die Schnittstellen mit den unterschiedlichen Einrichtungen, mit den unterschiedlichen Multiplikatoren. Wenn man dann diese identifiziert hat, wo können wir und wie gemeinsame Bildungsformate entwickeln« (IP A, #00:36:02).

Hinsichtlich der Auswahl potenzieller Netzwerk- oder Kooperationspartner*innen setzen die Interviewten verschiedene Schwerpunkte. Explizit benannt wird der Bereich Schule und Schulsozialarbeit – verbunden mit der Hoffnung, auf diese Weise die Jugendlichen gezielter ansprechen zu können oder gegebenenfalls mehr Teilnehmende für die eigenen Angebote zu erreichen: »Die kennen sich dort aus, die kennen die Jugendlichen, die wissen, wie man die anpackt, die können die begeistern für die Projekte. Ich glaube, da könnte auch, vielleicht dann auch gerade die Partnerschaft für Demokratie in der Pflicht, da irgendwie Vernetzung, Kooperation zu schaffen, dass die Schulsozialarbeiter die Jugendlichen da begleiten und dann auch immer ein organisatorischer und logistischer Aufwand bei diesen Projekten, dass es auch gewährleistet ist, dass die dann, wenn wir das nicht vor Ort machen, auch hier her kommen zu uns und da können die uns unterstützen« (IP A, #00:36:02). Auch finden sich Hinweise auf die Folgen des erwähnten Konflikts auf anderer Ebene, da dieser sich auf die Zusammenarbeit der Partnerschaft für Demokratie mit Schulsozialarbeiter*innen Freier Träger negativ auszuwirken scheint.

Thematisiert wird in den Interviews auch die Frage nach den Potenzialen von Vernetzung in Bezug auf die ländlichen Räume des Eichsfelds. Hingewiesen wird durchgängig darauf, dass gerade die vorzufindenden Strukturen es notwendig machten, beispielsweise über Multiplikator*innen explizit und gezielt Kontakte zu den eher informellen Strukturen und Initiativen aufzubauen. Verwiesen wird auf die bereits bestehenden Sozialraumkonferenzen im Eichsfeld, wo an bestehende Strukturen angeknüpft werden

könnte (vgl. auch Morgenstern & Kötsche, 2016). Darüber hinaus genannt werden kommunale und sozialräumliche Arbeitskreise und Teams sowie kirchlich geprägte Strukturen in den Gemeinden und die dort tätigen Pfarrer*innen und Gemeindereferent*innen als Ansprechpartner*innen, über die Angebote in den Gemeinden realisiert werden könnten. Auch die Leitungen von Kindertageseinrichtungen werden als relevante Personen genannt. Für wünschenswert erachtet wird eine multiprofessionelle Vernetzung, die von einer Interviewperson so benannt wird: »Es ist gut, die lebensweltorientierte Arbeit auch in den jeweiligen Orten hinzukriegen, also auch die Leute an den Tisch zu kriegen, auch die Pfarrer, auch wenn sie sich da manchmal schwertun« (IP C, #00:57:47).

Als wesentlich wird darüber hinaus immer wieder die Bedeutung der ehrenamtlichen Vereinsstrukturen hervorgehoben: »Ich erlebe Kinder und Jugendliche oft sehr engagiert in Faschingsvereinen, bei Feuerwehren und in Sportvereinen« (IP C, #00:07:02). Insbesondere für junge Heranwachsende werden zudem die »Kirmesburschenschaften« erwähnt, die eine wichtige Rolle für und in den Dörfern spielen, weil »die integrieren auch viele junge Menschen (…) und spielen auch eine Rolle für den Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft« (IP C, #00:09:10). Diese Sichtweise und Bewertung der Bedeutung der genannten Einrichtungen – nicht nur in präventiver, sondern auch intervenierender Perspektive – wird durch Ergebnisse gestützt, die in Bezug auf das Thüringer Landesprogramm positiv hervorheben, dass »auch lokale Verbandsstrukturen wie Sportvereine oder die Freiwillige Feuerwehr im Fokus des Landesprogramms stehen, da diese gerade aufgrund ihres unpolitischen und integrativen Charakters beliebte Rekrutierungsziele rechtsextremer Akteure bilden« (Michelsen et al., 2020, S. 46).

Die erwähnten Schwierigkeiten, Wünsche an und Notwendigkeiten der bestehenden Vernetzungsformen werden insbesondere von den Mitarbeiterinnen der Koordinierungs- und Fachstelle ebenfalls explizit thematisiert, indem festgestellt wird: »Dann hätten wir Zugang. Also wenn wir, sozusagen, da Kontaktpersonen, Vertrauenspersonen hätten, die natürlich dann auch in ihren kleinen Strukturen ein Netzwerk haben, dann könnten wir ja auch versuchen, dann auch Angebote sozusagen zu stricken für dieses Dorf oder so. Wir würden uns dem ja auch anpassen. Aber uns fehlen die Kontaktpersonen, die dem ganzen offen gegenüberstehen« (IP KuF, #00:44:08).

Neben dem erwähnten, die Arbeit behindernden Konflikt ist nicht vollständig zu rekonstruieren, an welchen Stellen (andere) Hürden eine erweiterte Netzwerkbildung behindern. Möglicherweise trägt die Belastung mit administrativen Tätigkeiten und die enorm aufwendige Begleitung der Antragstellung dazu bei, dass auch Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, Netzwerkbildungsprozesse zu intensivieren. Sicherlich fördert die Umbruchsituation sowohl im Begleitausschuss als auch in der internen Koordinierung beim Jugendamt den Netzwerkbildungsprozess nicht nachhaltig. Darüber hinaus ist auch hier auf die Entfernungen innerhalb des Eichsfeldes zu verweisen, die eine Vernetzungstätigkeit oder auch den Aufbau niedrigschwelliger Kooperationsbeziehungen in die einzelnen Gemeinden jeweils sehr zeitaufwändig werden lassen.

Rekonstruieren lässt sich darüber hinaus in einigen Interviews mit Akteur*innen auf verschiedensten fachlichen Ebenen eine Tendenz zur Tabuisierung bereits bestehender rechtsnationaler Strukturen in der Zivilgesellschaft des Eichsfeldes – in weiteren Interviews wird genau diese Tendenz reflektiert und problematisiert. Die Existenz gruppenbezogen menschenfeindlicher beziehungsweise ethnozentrischer, national-autoritärer und tendenziell auch neo-nationalsozialistischer Einstellungen in der Region scheint inzwischen Teil einer zwar nicht akzeptierten, jedoch nicht mehr durchgehend irritierenden und verunsichernden Alltagsrealität zu sein. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Thüringen-Monitors, in dem notiert wird, dass inhumane, ethnozentrische und rechtspopulistische Positionen seit zwei Dekaden von ungefähr einem Viertel der Thüringer Bevölkerung geteilt werden, kann durchaus angenommen werden, dass Positionen aus diesem Spektrum einen Prozess der »Normalisierung« erfuhren und immer noch erfahren. Diese Normalisierung fördert potenziell nicht die Motivation, im Alltag rechtspopulistischen Rhetoriken aktiv und engagiert mit Argumenten zu widersprechen. Gestützt wird diese These partiell auch durch Aussagen der Koordinatorinnen. Berichtet wird, dass sie mehrfach – insbesondere auch von Schulen – zur Durchführung von präventiven Veranstaltungen angefragt wurden, sich dann jedoch vor Ort herausstellte, dass in den jeweiligen Lerngruppen bereits ein massives Problem mit offen rechtsnationalen, national autoritären und rassistischen Positionen bestand. Gleichzeitig zeigen sich in Interviews auch Hinweise darauf, dass sich zumindest in Teilen der Zivilgesellschaft ein Bewusstsein für die Gefährdung der demokratischen Kultur gebil-

det hat und somit die Möglichkeit zur Mobilisierung gegen antidemokratische, neurechte und menschenfeindliche Positionierungen gestiegen ist. Berichtet wird von gut abgestimmten, organisierten Bündnissen aus Bürger*inneninitiativen, Vereinen, professionellen Akteur*innen und Kirchen und auch spontanen Aktionen gegen rechtsnationale Veranstaltungen und Einflussnahmen. Hingewiesen wird auf entsprechende Aktionen beispielsweise in Heilbad Heiligenstadt. Gleichwohl ist dafür zu sensibilisieren, dass rechtsextreme Akteur*innen hierauf oft mit einer Strategie des Ausweichens in umliegende, ländlichere Regionen reagieren (Michelsen et al., 2020, S. 46).

In Bezug auf den professionellen Umgang mit Herausforderungen von konkret demokratiefeindlichen, rechtsnationalen Initiativen und Einzelpersonen zeigen sich in einigen Interviews auch Hinweise auf einen spezifischen Beratungsbedarf. Betont wird die Besonderheit von peripheren Räumen der Region, die nach Einschätzung der Interviewpartner*innen andere Handlungsstrategien erfordern als z. B. im Heilbad Heiligenstadt. Auch diesbezüglich wird mit einer stärkeren Vernetzung die Vorstellung verbunden, gerade bei herausfordernden, krisenhaften Entwicklungen Unterstützung zu erhalten – entweder durch Netzwerkstrukturen oder durch die Mitarbeitenden der Partnerschaft für Demokratie. Insbesondere der Koordinierungs- und Fachstelle wird diese Expertise von den Interviewten durchgängig zugeschrieben. Interviewte äußern jedoch gleichzeitig Unsicherheiten bzgl. der Zuständigkeit für solche Fragen. Die Möglichkeit der Nutzung von Beratungsangeboten aus dem Programm von »Denk bunt«, die von den Mitarbeiterinnen der Koordinierungs- und Fachstelle als relevante Kooperationspartnerschaften bei entsprechenden Anfragen benannt werden, scheint den interviewten Personen nicht durchgängig bekannt.

In der Wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation der Partnerschaften für Demokratie durch das ISS wird zur Förderung der Vernetzung darüber hinaus auf die Bedeutung der sogenannten Miniprojekte verwiesen, deren Förderung möglichst unbürokratisch ermöglicht werden sollten (vgl. Bohn et al., 2019, S. 223). Dies wird auch im Landkreis Eichsfeld über den Miniprojektfond gewährleistet. Anzuregen ist vor diesem Hintergrund darüber hinaus die aktive Förderung von Kooperationsprojekten verschiedenster Träger oder unter direkter Beteiligung der Koordinierungs- und Fachstelle selbst sowie eine zeitliche und räumliche Bündelung von Einzelmaßnahmen, beispielsweise über eine »Woche gegen Rassismus« (vgl. Bohn et al., 2019, S. 224). Nachdrücklich

ist darauf zu verweisen, dass Kapazitäten zwischen den verschiedenen Akteuren der Partnerschaft für Demokratie so verteilt sein sollten, dass die – von den Antragstellenden i. d. R. als sehr unterstützend wahrgenommene - Begleitung und aktive Unterstützung in der Umsetzung der Projekte durch entweder die Koordinierungs- und Fachstelle oder auch mithilfe des im Eichsfeld genutzten Modells der Übernahme von Projektpatenschaften durch erfahrene Mitglieder des Begleitausschusses im stärkeren Umfang wieder aufgenommen werden kann.

3.6 Öffentlichkeitsarbeit

3.6.1 Allgemeine Hinweise

Die Betrachtung der Öffentlichkeitsarbeit wurde in der wissenschaftlichen Begleitung durch Bohn und Kolleg*innen qualitativ erhoben und in die drei Bereiche »allgemeine Öffentlichkeit«, »Fachöffentlichkeit« und »lokale politische Öffentlichkeit« unterteilt.

Im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit konnte von deutlichen Verbesserungen berichtet werden, wenngleich externe Akteur*innen dazu tendieren, dass der Öffentlichkeitsarbeit zu wenig Beachtung geschenkt würde (Bohn et al., 2019, S. 231). Insbesondere für die allgemeine Öffentlichkeit bedarf es einer angemessenen Sprache in der Vermittlung und eine direkte Ansprache, was einen hohen Aufwand mit sich bringt (Bohn et al., 2019, S. 237). Auch im Bereich der Fachöffentlichkeit konnte von guten Entwicklungen berichtet werden. Hier werden insbesondere die Informationsvermittlung – bezogen auf die Arbeit und Ziele der Partnerschaften für Demokratie – angesprochen sowie eine Aktivierung der Fachakteur*innen – beschrieben als das Einsetzen für eben jene Arbeit und Ziele (Bohn et al., 2019, S. 231). Die Öffentlichkeitsarbeit mit lokalen politischen Akteur*innen wurde als tendenziell verschlechtert beschrieben. Als einer der Gründe ist diesbezüglich dem Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung zu entnehmen, dass die Kraft und Ressourcen der Koordinator*innen verlagert wurden aus dem Bereich der Arbeit mit politischen Akteur*innen in den Bereich der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit (Bohn et al., 2019, S. 233).

Eine gelingende Öffentlichkeitsarbeit basiert auf der Mischung der Bereiche, als erfolgversprechend Strategien werden insbesondere genannt: Informationsvermittlung über direkte Ansprache der Bürger*innen und der Jugendlichen in ihrer Lebenswelt und Nutzung ungewöhnlicher Formate (z. B. (Kunst-)Aktionen im öffentlichen Raum, auch in

oder an öffentlichen Verkehrsmitteln); direkte Ansprache von Bürger*innen zur Motivation zur Beteiligung (z. B. auch durch die Mitglieder des Begleitausschusses); Unterstützung der Projekte auch während der Projektlaufzeit in inhaltlichen und administrativen Fragen durch die Koordinierungs- und Fachstelle; öffentliches Eintreten und Unterstützung für die Ziele der Partnerschaft für Demokratie durch politische Akteur*innen vor Ort; Entwicklung einer Strategie für Öffentlichkeitsarbeit (Nutzung verschiedener Kommunikationsebenen, insbesondere auch sozialer Medien, Rückgriff auf professionelle Unterstützung) (Bohn et al., 2019, S. 236).

3.6.2 Sichtbarkeit und Resonanz der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld

Durchgängig genießt die Partnerschaft für Demokratie bei allen interviewten Personen ein hohes Ansehen bzgl. der attestierten Fachlichkeit und auch hinsichtlich der Relevanz ihrer Tätigkeit im Eichsfeld. Überwiegend teilen die Interviewten jedoch gleichzeitig die Einschätzung, dass die Partnerschaft für Demokratie zwar innerhalb der Kreise, die sich explizit mit demokratiefeindlichen Tendenzen auseinandersetzen, sowie in Einrichtungen des Landkreises eine hohe Bekanntheit habe, möglicherweise jedoch nicht durchgängig bei Personen, die in anderen Kontexten mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (z. B. Kindertageseinrichtungen, offene Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Gemeindearbeit und ehrenamtlich Tätige u. a. in Vereinen).

Dementsprechend werden auch in den Berichten derjenigen Interviewten, die noch wenig eigenen Kontakt zur Partnerschaft für Demokratie hatten oder deren letzter Kontakt bereits mehrere Jahre zurückliegt, Unsicherheiten bzgl. des Arbeitsspektrums und der Möglichkeiten der Partnerschaft für Demokratie geäußert. In drei Interviews wird z. B. beschrieben, dass die befragten Personen davon ausgehen, dass die Partnerschaft für Demokratie auch oder sogar vor allem eigene Angebote mache.

Vorgeschlagen wird in diesem Zusammenhang von den Interviewten eine stärkere Nutzung der Kontakte von Mitgliedern des Begleitausschusses und eventuell auch dessen (Um-)Besetzung nach der Maßgabe, in welchen Bereichen – geografisch und hinsichtlich des Arbeitsfeldes – eine stärkere Vernetzung und Bekanntheit der Arbeit fachlich geboten erscheint. Ergänzend hierzu würden - nach Einschätzung der Interviewten – die (in der Zwischenzeit bereits vorgenommene) Neugestaltung des Inter-

netauftritts, eine verstärkte Präsenz in den sozialen Medien sowie einfaches Info-Material wie Flyer unterstützend wirken: »Die Homepage ist ein wichtiger Ort, die muss aktualisiert werden und dort können sich z. B. auch Gemeinden oder die Jugendlichen informieren. Dass man Informationsmaterial über die Partnerschaft für Demokratie zusammenstellt, was man vielleicht auch für die Kinder und Jugendlichen, aber vor allem auch für die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteure gebündelt zur Verfügung stellen könnte« (IP C, #01:31:12).

Weitere Ideen beziehen sich – neben den o. g. Ansätzen zur Stärkung der Netzwerkarbeit – auf das Angebot von Fortbildungen für Multiplikator*innen (und damit Antragsteller*innen) oder die Umsetzung von kleineren Tagungen oder einem »Markt der Möglichkeiten«, unter anderem beispielsweise mit einer Präsentation der umgesetzten Projekte: »Vielleicht einfach mal zu einer Tagung einladen, dass man im Kleinen eine Vorstellungsrunde schafft, nochmal, was weiß ich, einen Markt der Möglichkeiten, könnte man ja notfalls auch digital machen und da vielleicht gewissen Dinge nochmal anzustoßen, dann vielleicht aber auch nochmal direkt dann nochmal Ansprechpartner hat, vielleicht auch vom Landkreis, die das dann vielleicht auch nochmal unterstützen, aus dem Bereich vom Jugendamt, die dann vielleicht ihre Erfahrungen nochmal einbringen können, wo sie dann auch Bedarfe sehen« (IP A, #00:36:02).

Die Umsetzung dieser Idee würde eine Neuausrichtung der Rolle der Partnerschaft für Demokratie voraussetzen. Sie könnte zukünftig im stärkeren Maße selbst als Bildungsakteurin auftreten und ergänzend zur bestehenden Arbeit eigene Veranstaltungen entwickeln – dies wäre nur denkbar auf Basis eines von allen Akteuren der Partnerschaft für Demokratie verbindlich getragenen Entscheidung, hier entsprechende Kapazitäten und Arbeitsbereiche neu zu verteilen. Empfehlenswert erscheint, dass es hier nicht um Angebote gehen sollte, die in Konkurrenz zu Angeboten anderer Träger stehen. Die Angebote sollten diejenigen adressieren, die sich in der Region aktiv beruflich und ehrenamtlich engagieren. Einzelne, diesbezügliche Bildungsprojekte könnten auch über Kooperation mit Freien Trägern oder Initiativen in den Gemeinden vor Ort die Netzwerkstrukturen stärken.

Weiteres Potenzial insbesondere in Bezug auf die verschieden ländlichen Territorien wird darin gesehen, die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen von Jugendclubs und Jugendräumen regelmäßig zu kontaktieren sowie insbesondere auch ehrenamtlich in Ju-

gendclubs tätige Jugendliche stärker über die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie zu informieren. Eine*r der Interviewten überlegt »ob das auch mal so ist, dass die Mitarbeitenden der Partnerschaft für Demokratie dort auftauchen. Es ist ja so, dass die Jugendclubs von Jugendlichen beaufsichtigt werden sollen, dass die Verantwortung nur von Jugendlichen getragen werden, die so eine JuleiCa-card haben« (IP C, #01:34:13). Diese Aussage spiegelt Erfahrungen projektbezogener und vor allem auch einrichtungsübergreifender Arbeit abseits von Strukturen der Regelversorgung wider, die zeigen, dass – trotz grundsätzlicher Kenntnis der jeweiligen Angebote – diese bei Mitarbeiter*innen, die im engen Adressat*innen-Kontakt stehen, dennoch im Arbeitsalltag schnell wieder in Vergessenheit geraten, wenn sie sich nicht aktiv aufsuchend selbst immer wieder in Erinnerung bringen.

Insbesondere auch die Chance der strukturellen Verankerung von Informationen über die Fördermöglichkeiten im Rahmen von JuLeiCa-Schulungen wird angeregt: »Bei den Kindern und Jugendlichen, da geht es darum, sie zu stärken. Da ist der Schulkontext eine starke Stelle. Und die zweite sehe ich in den Jugendclubs in den Dörfern. Da sehe ich die Chance von Hauptamtlichen, und aber auch von denen, die eine JuLeiCa-Ausbildung haben – da weiß ich nicht, ob die Partnerschaft für Demokratie oder die Fördermöglichkeiten da so bekannt sind. Aber wenn es das nicht wäre, würde ich mir das Wünschen. (…). Dass wir, da das stärken und auch Fördermöglichkeiten deutlicher machen – dass wir das da nutzen sollten, um in die breitere Fläche der Jugendclubs zu kommen« (IP C, #01:35:20). Hier könnten Anbieter*innen von JuLeiCa-Schulungen eine Multiplikator*innen-Funktion übernehmen, indem die Fördermöglichkeiten auch von ehrenamtlicher Arbeit in den JuLeiCa-Schulungen durchgängig vermittelt und auch in Arbeitsmaterialien aufgenommen werden.

Ein weiterer Vorschlag, um ländliche Regionen besser als bislang zu erreichen, könnte darin bestehen, dass die Partnerschaft für Demokratie jedes Jahr eine andere Region im Landkreis Eichsfeld in den Fokus nimmt und Angebote wie etwa »Zeig mir deine Stadt« dort anregt – dies könnte gegebenenfalls auch verbunden werden mit der Umsetzung der jährlichen Demokratiekonferenz in verschiedenen Regionen.

In Abgleich mit den Empfehlungen der ISS-Studie lässt sich für die Partnerschaft für Demokratie Eichsfeld konstatieren, dass bereits einige der durchgeführten Projekte im Sinne einer direkten Ansprache von Jugendlichen und anderen Mitglieder der Zivilgesellschaft ausgerichtet waren wie z. B. das bereits erwähnte Projekt »Zeig mir deine Stadt« oder der ebenfalls im öffentlichen Raum umgesetzte »Kunstspaziergang«.

Ausbaufähig erscheint die Nutzung sozialer Medien – obschon der mit einem tatsächlich aktuellen Social-Media-Auftritt verbundene Zeitaufwand als nicht gering einzuschätzen ist und insofern kaum als weitere Tätigkeit von der Koordinierungs- und Fachstelle übernommen werden kann. Hinsichtlich einer guten Internetpräsenz bestünde die Möglichkeit, die für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehenen Gelder in Beratung und Unterstützung hier in professionellen Aufbau und Pflege der Angebote zu investieren. Auf der Internetrepräsentanz des Kreises findet sich keine Darstellung der Partnerschaft für Demokratie: Sowohl durch die Interviews mit Akteur*innen der Koordinierungs- und Fachstelle, des Begleitausschusses und externer Professioneller im Landkreis verdichtet sich der Eindruck, dass Kernthemen der Partnerschaft für Demokratie, aber auch die Beachtung und Bewerbung der Partnerschaft für Demokratie allgemein, nicht in ausreichendem Maße von lokalpolitischen Akteur*innen öffentlich besprochen sowie sich klar zu ihr/ihnen positioniert wird.

4 Situation und Ressourcen der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld

4.1 Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie

4.1.1 Allgemeine Evaluationsergebnisse

Die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie ist so vielschichtig wie kontextbezogen und eingebettet in die jeweilige Region. Wenngleich mit dem Bundesprogramm, den Leitlinien, aber auch durch das Coaching und die verschiedenen Vernetzungsmöglichkeiten eine erhöhte Vergleichbarkeit verschiedener Partnerschaft für Demokratie angenommen werden kann, so ist es doch die tägliche Arbeit der Akteur*innen nicht.

Mit Blick auf die Identifizierung möglicher Potenziale und Ansatzpunkte für die Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld möchten wir hier zunächst allgemeine Befunde der bundesweit generierten Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung (Bohn et al.,

2019) erörtern, die grundsätzliche Hinweise auf Möglichkeiten aber auch Begrenzungen des Einflussbereichs und der messbaren Effekte der Partnerschaften für Demokratie liefern, bevor wir im nachfolgenden Unterkapitel auf die Situation und Ressourcen der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Eichsfeld fokussieren.

Der vorliegende Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung (Bohn et al. 2019) betont die Schwierigkeit, Aussagen zu Wirkungen der Programme zu treffen. Gleichwohl sind einige Befunde interessant. Im Bereich Rechtsextremismus können demnach insgesamt keine signifikanten[3] oder berichtbaren Veränderungen gesichert festgestellt werden. Das Phänomen sei »nach wie vor virulent und entfalte einen mitunter beachtlichen Problemdruck« (56 % der Koordinator*innen berichten über zwei Jahre hinweg einen hohen oder eher hohen Druck (Bohn et al., 2019, S. 141)). Nach den Bereichen »Ablehnung kultureller Vielfalt« und »Demokratiedistanz« ist Rechtsextremismus damit der am dritthäufigsten als programmrelevante Problemlage adressierte Bereich (Bohn et al., 2019, S. 141 und 347).

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus deuten die Ergebnisse der Studie darauf hin, dass die Partnerschaften für Demokratie einen Beitrag dazu leisten können, dass die kommunale Widerstandskraft erhalten bleibt. Als gesicherte Wirkungswahrnehmung kann hier jedoch vor allem die Stärkung des demokratischen Spektrums (über Erhöhung der Situationskenntnis relevanter Akteure zu rechtsextremen Erscheinungsformen, Vermittlung von Handlungswissen, Stärkung der Mobilisierungsfähigkeit und Erhalt einer kontinuierlichen und proaktiven Auseinandersetzung sowie Gegenrede und öffentliche Positionierung deutungsmächtiger Akteure) benannt werden, weniger das Zurückdrängen von manifestem Rechtsextremismus (Bohn et al. 2019, S. 146f).

Spezifische Wirkpotenziale zeigen sich für Partnerschaften, die einer »Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung« bzw. einer »Strategie der demokratischen Ermunterung« folgen. Während erstere signifikante, wenn auch kleine, positive Effekte in Bezug auf die Verbesserung der Situationskenntnis

[3] *Signifikant* ist ein Ergebnis, wenn statisch-mathematisch davon ausgegangen werden kann, dass das Ergebnis keine zufällige Ausnahme der Realität ist, sondern 'wahr'. Die Signifikanz zeigt an, welche Irrtumswahrscheinlichkeit diesbezüglich besteht. Im Allgemeinen wird maximal eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zugelassen.

zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort erzielt (Bohn et al., 2019, S. 147f)[4], weist die zweitgenannte Strategie ein besonderes Potenzial dahingehend auf, die Bereitschaft deutungsmächtiger Akteur*innen zur öffentlichen Positionierung zu erhöhen (Bohn et al., 2019, S. 149f).

Im Kontext des Themenbereichs »Ablehnung kultureller Vielfalt« und »Abbau von Vorurteilen« wird die zunehmende Emotionalisierung des öffentlichen Diskurses betont. Als hilfreich werden von den Partnerschaften das Bieten von Begegnungsmöglichkeiten, die öffentliche Gegenrede und der konstruktive Dialog von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen genannt. Während insbesondere bzgl. der Idee von Bürger*innenforen bislang keine relevanten Effekte messbar waren, scheinen Kontaktinterventionen, die den Bürger*innen Gelegenheit zur Begegnung z. B. mit Geflüchteten bieten, offenbar wirksame Ansätze darzustellen, um negativ konnotierte Verallgemeinerungen abzubauen (Bohn et al., 2019, S. 153f).

Durchaus gute Veränderungen konnten der Wissenschaftlichen Begleitung zufolge im Themenbereich egalitätsnegierender Tendenzen erzielt werden (Bohn et al., 2019, S. 168f). Die im Rahmen der Studie erhobenen Hinweise darauf, hinsichtlich welcher Handlungsfelder (»Homo- und Transfeindlichkeit«, »Islam- und Muslimfeindlichkeit« sowie »Islamistische Orientierungen und Handlungen«) welche spezifischen Ansätze jeweils besondere Wirksamkeit zu entfalten scheinen, können in diesem Rahmen nicht differenziert dargestellt werden. Sie zeigen jedoch das grundsätzliche Potenzial der Partnerschaften für Demokratie und der verschiedenen dort genutzten methodischen Ansätze im Rahmen dieser Themenschwerpunkte auf – während sich gleichzeitig erneut zeigt, wie schwierig es ist, Wirkungen respektive Effekte von demokratiefördernden Vorhaben empirisch fundiert zu illustrieren und zu belegen.

Mit dem von ihnen auf Basis verschiedener Indizes entwickelten Konstrukt des »PfD-Demokratie-Index« zielen Bohn et al. (2019, S. 21f) darauf ab, die demokratische Qualität von Verfahren der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in den Partnerschaften für Demokratie zu erfassen. Das

[4] Erläuterung der verschiedenen Strategien siehe 4.2.1.

Instrument gliedert sich in die Teildimensionen Partizipation, Autorisierung, Responsivität, Menschenrechtsorientierung, Repräsentanz und Verantwortlichkeit und umfasst 36 Indikatoren.

Im Rahmen der Entwicklung dieses Instruments wurden auch Vertreter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle sowie je ein*e Person, die als Vertreter*in des federführenden Amtes beziehungsweise der Zivilgesellschaft Mitglied des Begleitausschusses im Landkreis Eichsfeld sind, zu ihrer Wahrnehmung bezüglich dieser Indizes befragt: Im Rahmen dieser Selbsteinschätzungen erzielt die Partnerschaft für Demokratie Eichsfeld für die Dimension Partizipation besonders hohe Werte im Bereich der Sicherstellung von Partizipation Jugendlicher an Entscheidungen in der Partnerschaft sowie bzgl. der Kooperation mit allen relevanten Akteuren und Netzwerken vor Ort (wenngleich für beide Bereiche mit sinkenden Werten im Vergleich zwischen 2016 und 2018), in der Teildimension Autorisierung wird insbesondere die Ermöglichung von und Zustimmung zu externer Reflexion (Coaching) positiv eingeschätzt sowie die Kommunikation der Arbeitsgrundlagen und Verfahrensregeln der Partnerschaft gegenüber der Öffentlichkeit und die Information politischer Gremien durch den Begleitausschuss. Hinsichtlich der Responsivität wird insbesondere die Offenheit gegenüber innovativen Ansätzen sowie der Beteiligung neuer Akteur*innen hervorgehoben sowie die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Begleitausschuss. Im Teilbereich Verantwortlichkeit wird hohes Potenzial bezüglich des Umgangs mit unterschiedlichen Meinungen sowie mit Fehlern gesehen (wenngleich auch hier mit sinkender Tendenz im Vergleich von 2016 zu 2018). In der Teildimension Repräsentanz zeigt sich eine positive Entwicklung bzgl. der Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte. Gleichzeitig lassen sich auch Tendenzen erkennen, die einer Bearbeitung bedürfen können. Hier ist zunächst zu nennen, dass im Bereich der Menschenrechtsorientierung im Vergleich zwischen 2016 und 2018 bezüglich aller Items sinkende Werte angegeben wurden: Dies betrifft vor allem die Selbsteinschätzung der von der Partnerschaft angeregten Prozesse zum Abbau struktureller Diskriminierung, die vom in 2016 'mittleren' Bereich in 2018 noch einmal gesunken sind, sowie den Schutz von Opfern politisch motivierter Gewalt und Hasskriminalität, die weniger

gut gewährleistet wurde/werden konnten. Darüber hinaus können seit 2016 nur wenige (in der Tendenz gar sinkend) Akteur*innen aus der Wirtschaft zur Unterstützung gewonnen werden (Teildimension Repräsentanz).

Trotz einer verbesserten Weitergabe von Arbeitsergebnissen an und der Information von politischen Gremien sinkt die in der Teildimension »Autorisierung« erhobene aktive und öffentlich wahrnehmbare Unterstützung durch lokale Entscheidungsträger*innen. Noch deutlicher wird dieser Veränderung, wenn die Situationswahrnehmungen der Befragten mit Blick auf den Arbeitsbereich »Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext von Flucht und Migration« hinzugezogen werden: Für diesen Bereich wird in 2018 wahrgenommen, dass keine abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung bei fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen stattfinden und politische sowie weitere deutungsmächtige Akteur*innen in der Öffentlichkeit nicht klar für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte Gesellschaft einstünden. In der Wahrnehmung der Situation im Eichsfeld sinkt der öffentlich konstruktive Dialog zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, rechtspopulistische Bewegungen werden im öffentlichen Raum dagegen im zeitlichen Verlauf als weniger präsent wahrgenommen.

Im Arbeitsbereich »Demokratiedistanz« stechen bezüglich möglicher Handlungsansätze der Partnerschaft für Demokratie zwei Ansätze hervor. Als sehr positiv zu nennen ist hier das erfolgreiche Schaffen von Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements in der lokalen politischen Kultur durch Bürger*innennetzwerke, Vereine und anderer zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie eine Steigerung im Bereich der wahrgenommenen Vielfalt demokratisch engagierter Akteursgruppen. Als wirksame Ansätze werden darüber hinaus die Senkung von Hürden und Vorbehalten politischer Partizipation von Bürger*innen gelten, für die sich auch Politik und Verwaltung einsetzen können (bspw. durch Bürger*innendialoge, -konsultationen, -sprechstunden) (Bohn et al., 2019, S. 163), hinsichtlich derer in der Einschätzung der befragten Akteur*innen der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld bereits 2016 Verbesserungsbedarf bestand, der 2018 noch weiter gestiegen ist.

4.1.2 Praxis gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Wahrnehmungen in den und Behinderungen der Partnerschaften für Demokratie

Die nachfolgend referierten Angaben basieren auf den Einschätzungen der in der wissenschaftlichen Begleitung des ISS befragten Partnerschaften für Demokratie. Insgesamt verweisen die Ergebnisse des ISS (Bohn et al., 2019, S. 40) darauf, dass in den neuen Bundesländern häufiger als in vorigen Analysen Aktivitäten demokratiefeindlicher Organisationen und Gruppierungen sowie Anfeindungen respektive Übergriffe gegenüber geflüchteten Menschen und demokratisch engagierter Akteur*innen berichtet werden (Bohn et al., 2019, S. 40). Demnach seien im gesamten Bundesgebiet Anfeindungen gegen Geflüchtete und Menschen mit einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit (bspw. ethnisch, religiös, geschlechtsidentitätsbezogen, aber auch jugendkulturelle Gruppen) im Zeitverlauf relativ stabil und hoch. Hasskriminalität gegenüber Menschen wegen einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit wird aus den neuen Bundesländern stärker als aus alten zurückgemeldet – wobei hier als Betroffene Geflüchtete (73 % im Vergleich zu 62 %) und Mitglieder jugendkultureller Gruppen (41 % im Vergleich zu 28 %) häufiger benannt werden (Bohn et al., 2019, S. 173). Ebenso stabil, jedoch weniger hoch sind eher allgemeine Phänomene von Demokratiefeindlichkeit (Bohn et al., 2019, S. 178). Mit Blick auf Anfeindungen gegenüber Politiker*innen und Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, die sich für eine offene und demokratische Gesellschaft engagieren, lässt sich eine Zunahme aus den Rückmeldungen der Partnerschaften für Demokratie erkennen (36 % im Zeitraum 2017-2018 zu 42 % im Zeitraum 2018-2019; Bohn et al., 2019, S. 395). Mitarbeiter*innen bzw. Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie sind in der selbst vorgenommenen Einschätzung am wenigsten von Anfeindungen betroffen (15% sind vereinzelt oder wiederholt betroffen; ebd., S. 395). In 42% der befragten Partnerschaften für Demokratie wird jedoch von Versuchen berichtet, die Arbeit z. B. über Delegitimierungs- oder Diffamierungsversuche zu be- oder zu verhindern (Bohn et al., 2019, S. 188). Positiv hervorzuheben ist, dass zivilgesellschaftliche Solidarisierungsprozesse und das Engagement für Demokratie und Vielfalt trotz verschiedener Bedrohungslagen in der Einschätzung der befragten Koordinator*innen stabil bleiben (Bohn et al., 2019, S. 184).

Einschränkungsversuchen wird mit verschiedenen Strategien begegnet. Dazu gehören das Antizipieren von Einschränkungsversuchen, was auch dem Schutz der Koordinator*innen selbst und engagierter Akteur*innen dienen soll (Bohn et al., 2019, S. 190f). Darüber hinaus werden Erfahrungen anderer Partnerschaften und professionalisierter zivilgesellschaftlicher Akteur*innen herangezogen sowie Know How der Verwaltungen aktiviert (bspw. bei parlamentarischen Anfragen, die neben der Diskreditierung der Partnerschaften für Demokratie oder von Projekten zu den häufigsten Vorkommnissen zählen (19%; Bohn et al., 2019, S. 480)), Solidarisierungen mit den Betroffenen gefördert und das Kooperationsnetzwerk ausgebaut (Bohn et al., 2019, S. 191ff.). Aber auch das Einfordern von Positionierungen sowohl von deutungsstarken Akteur*innen aus der Bevölkerung als auch von politischen Akteur*innen zählt dazu. Diesbezüglich wird erneut die Bedeutung der funktionierenden Kooperation der an den Partnerschaften beteiligten Akteur*innen und ein auch darüber hinaus reichendes Netzwerk sowie die Verfügbarkeit von Schlüsselpersonen betont (Bohn et al., 2019, S. 194).

Für die konkrete Umsetzung von Projekten stellen die Angst vor bzw. tatsächlich erlebte Anfeindungen und Angriffe einen Faktor dar, der sich potenziell negativ auf die Zielerreichung auswirkt. Insbesondere Projekte, die auf Unterstützung für benachteiligte Gruppen abzielen, werden durch entsprechende Ängste in ihrer Zielerreichung eingeschränkt – Projekte, die auf Sensibilisierung der Öffentlichkeit fokussieren, jedoch tendenziell erfolgreicher. Erfolgte Angriffe und Anfeindungen scheinen gleichzeitig einen aktivierenden Charakter für Projekte zur Unterstützung benachteiligter Gruppen zu entwickeln, während Verantwortliche mit dem Ziel des Abbaus von Vorurteilen in ihrer Zielerreichung eingeschränkt werden (Bohn et al., 2019, S. 249).

4.1.3 Ablehnungskonstruktionen im Eichsfeld

Im Rahmen der geführten Interviews wird von den Akteur*innen der Partnerschaft für Demokratie und denjenigen Professionellen, die über die Partnerschaft für Demokratie Projekte umsetzten, kaum von Anfeindungen berichtet. Hierzu können unterschiedliche Hypothesen aufgestellt werden, die jedoch gegebenenfalls der weiteren Überprüfung bedürfen: Eine Begründung könnte in der thematischen Ausrichtung der Projekte liegen, die in diesen Fällen auf Förderung von Bürger*innenbeteiligung und der Demokratiepädagogik im weitesten Sinne abzielten und nicht auf Projekte, die sich konkret und

explizit gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richteten. Gleichzeitig berichteten Interviewpartner*innen von anderen Bereichen ihrer Tätigkeit, z. B. in der Unterstützung von Geflüchteten oder auch in Formen antirassistischer Arbeit, in denen sie Anfeindungen im privaten Umfeld wie z. T. auch öffentlich ausgesetzt waren bzw. sind. Entsprechend ließe sich die Hypothese aufstellen, dass die seltene Beantragung von Projekten, die demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen expliziter adressieren, auch einer Antizipation entsprechender Anfeindungen geschuldet sein könnte – insbesondere da die diesbezügliche Sensibilisierung auf politischer Ebene als eher schwach eingeschätzt wird, so dass von dieser Seite keine ausreichende Rückendeckung erwartet wird – ebenso wie auch das professionelle Unterstützungsnetz insbesondere für die ländlichen Regionen als nicht ausreichend eingeschätzt wird, so dass in den berichteten Fällen eher auf private Netzwerke zurückgegriffen wurde.

4.2 Strategische und inhaltliche Ausrichtungen der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld und der geförderten Projekte

4.2.1 Orientierungen der Partnerschaft für Demokratie allgemein

In dem schon zitierten Bericht des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Bohn et al. 2019) werden fünf idealtypische Ansätze der strategischen Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie beschrieben.

Strategie der pluralen Gemeinschaft

Bei diesem Typ wird der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe durch gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens gelegt. Bürger*innen werden als Gestalter*innen des eigenen Nahfeldes adressiert. Das Engagement ist sowohl auf Integration von Minderheiten als auch auf beteiligungsoffene Auseinandersetzungen mit dem kommunalen Gemeinwesen als verbindender Sozialraum gerichtet (n=68; Bohn et al., 2019, S. 137).

Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden

Partnerschaften werden diesem Typ zugeordnet werden, wenn sie einen breiten Ansatz der Demokratieförderung wählen, ohne unmittelbar Problemlagen zu fokussieren. Im Vordergrund stehen personale Kompetenzen und relevante Grundwerte durch das Angebot des Erwerbs von Schlüsselkompetenzen wie Selbstwirksamkeit, Empathie und

Eigeninitiative. »Mit diesem eher generellen bzw. auf eine allgemeine Demokratieförderung ausgerichtetem Ansatz wird von einer direkten, öffentlich-mobilisierenden Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Phänomenen Abstand genommen« (ebd., S. 138), sie werden prinzipiell dennoch adressiert (n=59; Bohn et al., 2019, S. 138).

Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Diese Partnerschaften für Demokratie adressieren insbesondere extrem rechte Phänomene bzw. Ablehnungen kultureller Vielfalt. Es werden Akteur*innen und Gruppierungen der aktiven, extremen Rechten identifiziert. Es bestehen bei diesem Typus Befürchtungen, dass demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen auch in der breiten Bevölkerung Anklang finden könnten. Ein Ziel ist die Förderung eines demokratischen Gegenpols. Für diese Etablierung wird sehr stark auf Subjektebene angesetzt (n=47; Bohn et al., 2019, S. 137).

Strategie der demokratischen Ermunterung

Dieser Typ ist häufig anzutreffen in strukturschwachen Regionen mit Herausforderungen bei den gegebenen Rahmenbedingungen. Es fehlen Kristallisationspunkte gelebter Demokratie und Anknüpfungspunkte zur Bündelung bzw. Aktivierung zivilgesellschaftlicher Potenziale. Im Zentrum stehen niedrigschwellige Impulse zur Aktivierung einer potenziell passiven politischen Kultur (n=18; Bohn et al., 2019, S. 136).

Strategie der demokratischen Gegenwehr

Partnerschaften dieses Typs reagieren auf einen wahrgenommenen Problemdruck mit manifesten Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie auf Ablehnungen kultureller Vielfalt. Zentral sind konkrete Reaktionen des demokratischen Spektrums in Form von Gegenpositionen. Die Partnerschaften für Demokratie verstehen sich als aktive Akteur*innen weit über die Förderung von Projekten hinaus (n=12; Bohn et al., 2019, S. 136).

4.2.2 Profil und Themen der geförderten Projekte 2017 bis 2019

Hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld zeigt sich in Relationierung der Ergebnisse der Interviews mit den analysierten Projektanträgen ein herausforderndes Bild. Untersucht wurden Projektanträge zwischen

2017 und 2019, darunter 27 Vollanträge von bewilligten Projekten und 7 von abgelehnten sowie 58 Anträge von bewilligten Miniprojekten und 3 von abgelehnten.

Die Analyse der Anträge zeigt, dass der Schwerpunkt der beantragten wie auch bewilligten Projekte auf Ebene eines sehr weiten Verständnisses von Demokratiepädagogik im Sinne der zuvor beschriebenen Strategien zwei und vier liegt. Bei der von den Antragstellenden von Vollanträgen selbst vorgenommenen Zuordnungen zu den vorgeschlagenen Themenschwerpunkten sind Mehrfachnennungen zu erkennen.

- Nahezu alle der genehmigten Projekte ordnen sich dem Thema »Demokratie- und Toleranzerziehung« zu,
- je etwa die Hälfte den Schwerpunkten »Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft«, »soziale Integration« »interkulturelles und interreligiöses Lernen«, »kulturelle und geschichtliche Identität« und »Jugendbeteiligung«,

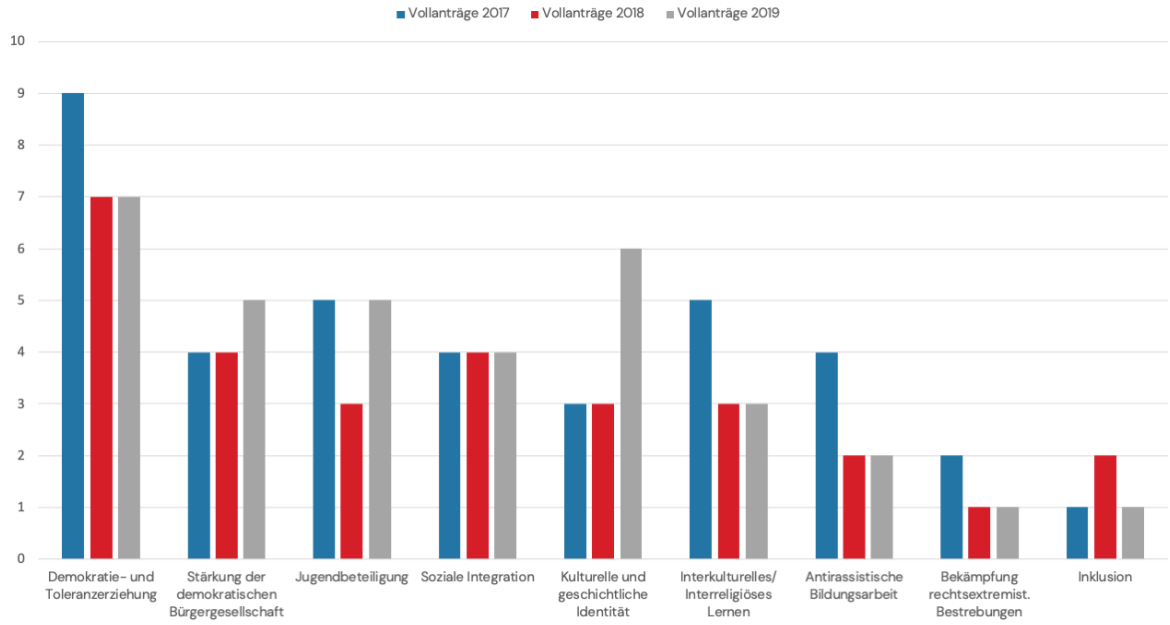
jedoch

- nur 30% dem Themenfeld der antirassistischen Bildungsarbeit

und

- nur 14% der geförderten Projekte dem thematischen Bereich der Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen.

Abbildung 1: Schwerpunktthemen genehmigter Vollanträge (Mehrfachnennungen möglich)



Wird die Gesamtzahl aller eingereichten Anträge betrachtet – inklusive der Miniprojekte, bei denen eine Zuordnung in der Analyse der Anträge vorgenommen wurde – findet die obige Übersicht tendenziell Bestätigung. Insgesamt können etwa zwei Drittel der Anträge (68 %) dem Schwerpunkt Demokratie- und Toleranzerziehung und 40 % der Angebote der Überschrift »Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft« zugeordnet werden. Eine Zuordnung zu den Bereichen »Soziale Integration«, »interkulturelles und interreligiöses Lernen« und »Jugendbeteiligung« kann bei jeweils einem Drittel erfolgen und immerhin fast ein Viertel der Anträge (24 %) lassen sich dem Bereich »kulturelle und geschichtliche Identität« zuordnen. Seltener, mit je knapp 17 % beziehungsweise 14 %, wird das entwickelte Angebot den Schwerpunkten »antirassistischer Bildungsarbeit« und »Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen« zugeordnet, »Inklusion« – hier ausschließlich verstanden als »Inklusion von Menschen mit Behinderung« – wird kaum als Schwerpunkt angegeben (8 %). Bemerkenswert erscheint, dass damit diejenigen Schwerpunkte, die explizit auf eine Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fokussieren, durchgängig deutlich seltener gewählt werden als diejenigen, die auf Demokratieförderung im weitesten Sinne abzielen.

Die sich hier abzeichnende, inhaltliche – programmatische – Ausrichtung der Projekte zeigt sich in einem vergleichbaren Maß auch in den von den Antragstellenden benannten Primär- und Teilzielen, die auch in den Vollanträgen von den Antragstellenden selbst formuliert werden. In gut der Hälfte der Anträge (52 %) werden Ziele benannt, die dem Bereich Demokratiepädagogik zugeordnet werden können. 44 % der Anträge formulieren weit gefasste Ziele, die auf ein gegenseitiges Kennenlernen fokussieren, bei denen insbesondere Anlässe der Begegnung zwischen im Eichsfeld geborenen Menschen und Menschen mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund geschaffen werden sollen, teilweise auch erwähnend, dass versucht werden soll, Jugendliche unterschiedlicher »Schichten«, »Milieus« und »Kulturen« anzusprechen. Ergänzend hierzu werden bei einigen dieser Projekte Ziele benannt, in denen entweder der aus dem Eichsfeld stammenden Bevölkerung Informationen über Herkunftsländer geflüchteter Menschen vermittelt werden sollen (8 %) bzw. Menschen mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund Informationen zur »Kultur« des Eichsfelds oder auch Deutschlands allgemein vermittelt werden sollten. Bei den von den Antragstellenden

formulierten Zielen finden sich darüber hinaus Schwerpunktsetzungen im Bereich der Förderung von Selbstkompetenzen wie z. B. »Selbstbewusstsein«, »Selbstwirksamkeit« (24 %), deutlich weniger im Bereich der Sozialkompetenzen (12 %).

11 % der Antragstellenden formulieren Bildung und Informationsvermittlung zur deutsch-deutschen Teilung, zur Erfahrung der Diktatur oder zur Geschichte des Eichsfelds während der DDR-Zeit als wesentlich. In 9 % der Anträgen wird angegeben, explizite Bildungsmöglichkeiten gegen rechte Positionen über die Vorhaben vermitteln zu wollen. Erwähnenswert ist, dass auch bei diesen, eigentlich auf Inklusion abzielenden Anträgen tendenziell Formen des »Othering« zu erkennen sind und auch die methodisch-didaktischen Überlegungen eher auf Assimilation als auf Integration oder Inklusion orientieren.

Interessant erscheint, dass der in den gewählten Themenschwerpunkten relativ häufig angegebene Fokus auf Jugendbeteiligung sich in den entsprechenden Anträgen – mit Ausnahme der explizit auf Förderung von Beteiligungsverfahren wie z. B. Jugendparlamenten abzielenden – vergleichsweise lediglich unscharf rekonstruieren lässt. Zwar wird in einigen Anträgen formuliert, Selbstkompetenzen wie Selbstwirksamkeit stärken zu wollen, jedoch wird dieses Ziel längst nicht durchgängig im Sinne einer Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe und Einflussnahme gerahmt.

Insofern sich die Anträge auf öffentlich vielerorts marginalisierte Gruppen, beispielsweise Menschen mit Migrationserfahrung, Migrationshintergrund oder mit Behinderung beziehen, lässt sich nachzeichnen, dass sie überwiegend stärker in einer Logik der Notwendigkeit der Integration als der Inklusion argumentieren und in einigen (wenigen) Fällen auch als Angebote mit dem Ziel der Assimilation, also der Anpassung an die okzidental hegemoniale Vorstellung von Kultur, gelesen werden können.

Hinsichtlich der Zielsetzung der expliziten Stärkung von Demokratie im Sinne einer Stärkung von Partizipation und Beteiligungsoptionen zeichnen die Anträge ein ambivalentes Bild. Einerseits finden sich sehr anspruchsvolle und überzeugende Konzepten zur Initiierung und Stärkung organisierter Beteiligungsformen (z. B. Jugendparlamente, Peer-Teaching-Ansätze) sowie größere Projekte, die eine explizite Mitwirkung von Jugendlichen an der Gestaltung ihres Sozialraums ermöglichen. Daneben finden sich al-

lerdings in den Anträgen auch Ansätze, die – obschon z. T. explizit auf Jugendbeteiligung abzielend – auf methodischer Ebene lediglich darauf abzielen, Information, Anhörung und bestenfalls Einbezug, also Vorstufen von Partizipation (Wright, von Unger und Block, 2010), ermöglichen zu wollen.

Insgesamt wird, abgesehen von wenigen Ausnahmen (z. B. Organisation einer Gegendemonstration gegen eine rechtspopulistische Kundgebung), davon Abstand genommen, auf bestehende Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verweisen oder gar eine direkte, öffentlich-mobilisierende Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Phänomenen zu initiieren. Rechtspopulistische oder -nationale Gruppierungen und Akteur*innen werden nicht adressiert, eine davon potenziell ausgehende Gefahr, dass demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen auch in der Bevölkerung Anklang finden könnten, wird i. d. R. nicht thematisiert. Präventionslogisch erscheinen die Angebote in ihren Selbstdarstellungen damit nahezu durchgängig im Bereich der Primär- und Generalprävention verortet.

Dieser, über die Auswertung der von 2017 bis 2019 vorliegenden Anträge gewonnene Befund spiegelt sich auch in den durchgeführten Interviews. Insbesondere Akteur*innen, die in der direkten Zusammenarbeit mit Adressat*innen aktiv sind, scheinen sich demnach zunächst einmal sehr stark auf die Notwendigkeit der Förderung von Partizipation und Teilhabe sowie politischer Bildung im weitesten Sinne zu konzentrieren. Ausgehend von der mehrfach aufgerufenen – empirisch jedoch sich nicht umfänglich zu bestätigen scheinenden – Hypothese einer Politikmüdigkeit bei Jugendlichen werden in den Anträgen Ansätze betont, die darauf abzielen, Kindern und Jugendlichen die Mitgestaltung ihres direkten Lebensumfeldes zu ermöglichen und sie hierüber Erfahrungen mit demokratischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen sammeln zu lassen. »Da die Politikmüdigkeit bei Jugendlichen natürlich groß ist, muss man den Jugendlichen Räume geben, wo sie sich treffen können. Denn wenn schon Jugendliche da sind, die was bewegen wollen, dann müssen wir zweierlei: einmal bei denen, die vielleicht noch nicht so politisch interessiert sind, Interesse wecken in ihrem nahen Umfeld tätig zu werden, bzw. wenn sie schon parteipolitisch engagiert sind, denen Räume geben« (IP F, #00:06:17). Und ergänzend wird herausgestellt: »Wichtig ist immer, das ist

meine Erfahrung, es ist nicht die große Politik, sondern Politik zum Anfassen für junge Leute, wenn es im direkten Lebensumwelt, wenn es zum Anfassen passiert« (IP F, #00:14:39).

Gleichzeitig wird hier in den Interviews immer wieder auch auf die Bedeutung der Partnerschaft für Demokratie bzw. der mit ihr assoziierten Themenstellungen und politischer Bildung allgemein verwiesen und betont, dass Wissen und Erfahrung mit demokratischen Institutionen und Prozessen der Beteiligung und Entscheidungsfindung vermittelt werden sollen – als Beispiel wird mehrfach die Begleitung der anstehenden Wahlen im Jahr 2021 durch Angebote für Jugendliche angeführt und beispielsweise darauf hingewiesen, »wenn z. B. eine Wahl im Kreis ansteht im Kreis, im Eichsfeld oder auch eine Bürgermeister-Wahl, dann sage ich den Jugendlichen, jetzt lass uns doch mal überlegen, auch im Zusammenhang mit der Schulsozialarbeit im Fach politische Bildung, so wir haben jetzt die und die Kandidaten, um sich überhaupt ein Bild zu machen, was der Unterschied ist, um sich überhaupt einen Überblick zu machen, was der und der bringen will, in dem was er sagt, bzw. in dem was er in der Kommune oder in der Stadt Heiligenstadt vorhat. Lass uns denen doch mal auf den Zahn fühlen. Lass uns doch mal Interviewfragen überlegen, um zu fragen, wie ehrlich meint der das denn. Und dann diese Fragen auch nach nem halben Jahr zu schauen, inwieweit hat der das eingehalten« (IP E, #00:14:39).

Doch trotz dieser, in einigen Interviews betonten Schwerpunktpunktsetzung im Bereich eines weiten Verständnis von Demokratiepädagogik, betonen alle interviewten Personen im Laufe der Gespräche einen Bedarf im Bereich der Bekämpfung von rassistischen und rechtsnationalen Tendenzen. Berichtet wird von unterschiedlichen Erscheinungsformen solcher Tendenzen in eher städtisch und eher ländlich geprägten Regionen: »In den Städten kommt das mehr zum Vorschein als auf den Dörfern. Da gibt's das aber auch, auf jeden Fall (…) das ist nicht so, dass das so offensichtlich gelebt wird. (..) das war mal eine Zeit, da haben die hier so Gedenkfeiern, so verherrlichend an irgendwelche Weltkriegstote organisiert, aber das ist jetzt nicht mehr. Das war mal ne Zeit, da haben sich alle aufgeregt, aber so richtig gemacht hat keiner was« (IP D #00:25:59).

Konsens scheint bei den Interviewten in der Einschätzung eines akuten Handlungsbedarfs hinsichtlich einer konkreten Adressierung von Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu bestehen. Ein*e Interviewte*r schildert: »Also der Bedarf ist auf jeden Fall im Bereich Ausländerfeindlichkeit. Also da sind wir gerade, also da besteht ganz viel Bedarf, dass man da einfach nochmal mehr Projekte macht zum Thema Ausgrenzung, weil wir da schon, also wir haben die AFD hier, also im Eichsfeld stark vertreten, wir haben QAnon sehr stark vertreten, wo ja auch sehr viele Reichsbürger mitwirken. Wir haben die NPD sehr stark vertreten und mit der Flüchtlingswelle 2015 haben die nochmal mehr an Fahrwasser gewonnen. Es gibt immer wieder ja ausländerfeindliche Bemerkungen. (...) und da sehe ich halt ganz viel Bedarf. Auch so im ländlichen Raum, ich hatte eine Schülerin mit syrischen Wurzeln, die auch ganz stark diskriminiert wurde von seitens der Mitschüler. Da ist wirklich, wirklich Bedarf da, gerade im Eichsfeld« (IP E, #00:21:44).

Inwieweit im Eichsfeld tätige rechtspopulistische, –nationale Organisationen aktiv versuchen, Jugendliche zu binden und planvoll den Ausbau entsprechender Strukturen vorantreiben, wird von den Interviewten unterschiedlich eingeschätzt: »Wir haben ja auch die AfD hier im Eichsfeld, der Höcke hat da ja auch sein Büro. Ich glaube, die versuchen schon da in die Vereine einzudringen und hier Jugendliche zu werben« (IP D, 00:17:54). Ein*e andere*r Interviewte*r schildert ausführlich und anschaulich, wie er Prozesse der Radikalisierung von ganzen Dorfgemeinschaften im Eichsfeld wahrnimmt: »Ich hatte jetzt nicht so das Gefühl, dass Missionare durch die Welt geschickt werden. Man kann das als Grassroot-Bewegung bezeichnen. Da gibt es Leute, die enttäuscht sind und sich dann selbst radikalisieren, wie auch immer sie das tun – mit den modernen Internet-Medien geht das ja ziemlich schnell, wie wir ja jetzt gerade in der Pandemie-Zeit sehen. Und die docken sich dann an irgendeiner Stelle an. Die suchen Kontakt oder werden gefunden als Kontakt. Das hilft ihnen dann, dass sie sich als geschützte Gruppe bedeutend fühlen, ein Entwicklungspotenzial innerhalb des Eichsfeldes finden. Ein Gefühl von einem gesellschaftlichen Aufstieg, einer Zugehörigkeit zu einer Gruppe, einem Elite-Bewusstsein. Und das tatsächlich, nach meiner Einschätzung, die Situation nochmal verstärkt, bis dahin, dass in manchen Orten, ist es dann, glaub ich schon so, dass man dazugehören will und sich deshalb anschließt, und sich deshalb in diesem

Bereich engagiert. Das sind dann die gefährlichsten Situationen, weil dann offensichtlich schon die Mehrheit woanders hingegangen ist. Aber ich glaube, dass das nicht immer organisiert ist. Zumindest scheint mir da kein nachhaltiger Plan vorzuliegen oder ich habe ihn nicht durchschaut – auch das ist sehr gut möglich. Ich will es nicht ausschließen« (IP C, #00:50:01).

Die Schilderung greift verschiedene Begründungsfiguren für die Erreichbarkeit der Bevölkerung für rechtspopulistische Tendenzen auf, wie sie auch in den Ergebnissen zur Entwicklung rechtspopulistischer Argumentationen dargestellt werden (Koch et al., 2021). Dieser Befund ist allerdings um die Ergebnisse von Michelsen et al. (2020) (siehe Kapitel 2.2) zu komplettieren, nach denen davon auszugehen ist, dass es sich nicht nur um eine organisch und ohne gezielten Einfluss von außen organisierende »Graswurzel-Bewegung« handelt, sondern gerade auch im Umkreis des organisierten rechtsnationalen Milieus angenommen werden kann, dass solche Infiltrierungsprozesse und Entwicklungen in informellen Strukturen Ergebnis gezielter Strategien der entsprechenden Akteur*innen sind .

Motiviert durch den Eindruck einer tiefen Verankerung rechtspopulistischer Tendenzen in einigen Gemeinden, halten Interviewte Handlungsansätze für notwendig, die einerseits Beteiligung fördern, dem Gefühl oder dem Erleben, des »Abgehängt-Seins« vorbeugen oder entgegenwirken und gleichzeitig sehr klar rechtsnationale und menschenfeindliche Strukturen oder auch Einzelpersonen adressieren. »Und das ist nicht nur der Herr Heise oder der Herr Höcke, das sind tatsächlich Biotope, die da entstanden sind, die wir austrocknen müssen, wenn wir wirklich in einer Demokratie leben wollen. (…) Ich glaube, wir werden einige Dörfer haben, die tatsächlich weiterhin rechtsextreme Tendenzen haben und wir müssen schauen, dass sie nicht in den jeweiligen Dörfern komplett – ich sage es jetzt so negativ– durchseucht werden mit dieser rassistischen Ideologie, sondern dass wir da den Fuß in der Tür behalten und die Tür wieder aufstoßen für andere Erfahrungsräume. Wir müssen positiv auch über die Bereicherung reden. Dieser Schutzraum, dieser Schonraum, den es bisher gab, der führt auch dazu – einfach, weil sie diese Fremdheit nicht kennen, haben sie keinen positiven Bezug dazu. Das Einzige, was ihnen dann angeboten wird, ist das Stereotyp von Ablehnung, von

Identitätssicherung in ihrer Gemeinschaft. Das ist erst mal gar nichts aktiv Böses, das ist erst mal einfach nur die persönliche Vergewisserung unserer geschützten Identität und Gruppe und da kommt ein Eindringling, des das infrage stellt« (IP C, #01:37:04).

Insgesamt lässt sich bei den Interviewten durchgängig die Einschätzung rekonstruieren, dass die aktuellen Entwicklungstendenzen der Region eine Ergänzung der Angebote um stärker intervenierend ausgerichtete Projekte ratsam erscheinen lassen. Zudem, wie es IP C zusammenfasst, wird insgesamt die »politische Bildung, demokratische Beteiligung grundsätzlich für wichtig« (IP C, #01:53:10) erachtet. Diesen Hinweis aufgreifend könnte überlegt werden, stärker antirassistisch ausgerichtete Programme, wie sie unter anderem im Kreis Göttingen entwickelt wurden, zu initiieren.

Darüber hinaus wird von Interviewten der konkrete Wunsch geäußert, die Koordinierungs- und Fachstelle möge weitere Fortbildungsangebote entwickeln, die konkreter als die Landesprogramme die Probleme vor Ort adressieren. Eine*r der Interviewten erinnert sich, dass »eine Fortbildung über ‚Demokratie leben' über gerade diese Verschwörungstheorien organisiert wurde. (…) Aber das war wirklich, das war sehr gut, also sehr informativ, inhaltlich sehr gut, sodass man, ich sag jetzt mal, erstmalig so einen kompletten Einblick da drinnen erhalten hat über diese ganzen Verschwörungstheorien. Wir haben dann auch Fallbeispiele durchgesprochen. Das war wirklich sehr gut. Auch in meinem Fall bin ich da so viel weitergekommen« (IP E, #00:40:44). Ein*e andere*r Interviewte*r ergänzt: »Fachliche Qualifikationen nochmal zu stärken, z. B. in Kindertageseinrichtungen zum Thema Islam, in Schulen gibt es so was. Dass man da nochmal für die Erzieherinnen als Multiplikatorinnen wirbt, denn dort erreichen wir Familiensysteme und machen zwar indirekte Hilfe für Kinder und Jugendliche, aber die dafür sehr deutlich« (IP C, #01:19:49).

Die durch die Betrachtung des Engagements der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld gewonnenen Ergebnisse schließen an Ergebnisse einer Expertise zum Landesprogramm »Denk bunt« aus dem Jahr 2016 (Quent et al., 2016) an. Auch hier wird vor dem Hintergrund der in Thüringen sich abzeichnenden, über rechtsnationale und -populistischer Szenen provozierten Herausforderungen angemerkt, dass hauptsächlich präventiv ausgerichtete Maßnahmen rechtsnationale Einstellungen dort, wo sie bereits ausgebildet sind, kaum mehr beeinflussen können (Quent et al., 2016, S. 77). Hingewiesen wird hier insbesondere auf erkennbare, partielle Übereinstimmungen wie sie im

Thüringen-Monitor und wie sie auch von den im Rahmen dieses Berichtes befragten Personen für das Eichsfeld beschrieben werden: Gerade dieser ideologischen Nähe könnte durch aufklärende politische Bildungsarbeit und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements und »mit allen gebotenen Mitteln der demokratischen Politik« (Quent et al., 2016, S. 78) und vor allem auch durch eine stärker intervenierende Strategie entgegengetreten werden. Die tendenziell eher primärpräventive Ausrichtung der bislang durchgeführten Projekte scheint den hegemonialen, favorisierten Umgangsweisen mit dem rechtsnationalen Milieu in der Region zu entsprechen. Wahrnehmend, dass die politischen Akteur*innen des demokratischen Spektrum nicht durchgehend und kontinuierlich die Präsenz von rechtsnationalen, rechtspopulistischen Szenen in der Region thematisieren, werden, um nicht mit den politischen Akteur*innen in Konflikt zu geraten, entsprechend dieser defensiven Haltung möglicherweise auch die Projekte ausgerichtet.

4.2.3 Antragsverfahren für Projekte

Eine der zentralen Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle besteht in der inhaltlichen Betreuung im Prozess der Bewilligung und Begleitung von Projekten in Zusammenarbeit mit dem Begleitausschuss. Allein in den Jahren 2017 bis 2019 wurden 33 Großprojekte beantragt, von denen 26 bewilligt wurden, sowie 64 Miniprojekte, von denen 50 bewilligt wurden.

Hierzu wird im Eichsfeld zu Beginn jeden Jahres in einer gemeinsamen Entscheidung von Begleitausschuss und Koordinierungs- und Fachstelle das Jahresthema für die nachfolgende Förderphase festgelegt, das sich an den jeweils aktuellen Entwicklungen und Bedarfen des Kreises orientieren soll. Hierbei werden jeweils mindestens 10.000 € für die Förderung von Miniprojekten festgesetzt. Der Start der Antragsphase wird über eine Pressemitteilung der Koordinierungs- und Fachstelle verbreitet. Die Phase der Anfragen und Erarbeitung von Anträgen wird von der Koordinierungs- und Fachstelle engmaschig beratend begleitet. Während Mini-Projekte (bis 1.000 €) i. d. R. im Umlaufverfahren vom Begleitausschuss begutachtet werden, sieht die bisherige Geschäftsordnung des Begleitausschusses vor, dass Großprojekte von den Beantragenden persönlich vor dem begutachtenden Begleitausschuss vorgestellt werden. Anschließend

stimmen die Mitglieder des Ausschusses über die Bewilligung ab, wobei die Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle nicht stimmberechtigt sind. Das Ergebnis – Genehmigung, Ablehnung oder Ablehnung mit der Möglichkeit zur Überarbeitung mit Fristsetzung – wird den Antragstellenden im Anschluss an die Sitzung von der Koordinierungs- und Fachstelle schriftlich und mit Begründung auf Basis der Kriterien der Förderlinie mitgeteilt.

Die Anträge der Großprojekte bei der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld zeigen deutlich das Bemühen um die Formulierung von Zielsetzungen, die den »SMART«-Maßgaben entsprechen (SMART: specific, measurable, achievable, resaonable, time bond) wie es auch für die Zielsetzungen der Partnerschaften für Demokratie insgesamt empfohlen wird (Bohn et al., 2019, S. 217 f). Geschuldet ist diese Vorgehensweise u. a. auch den Vorgaben der Förderlinie in der Berichterstattung zur Mittelverwendung, die entsprechende Formulierungen notwendig machen. Wenngleich die positiven Effekte auf Ebene der Gestaltung der programmatischen Ausrichtung hervorgehoben werden, wird diese Fokussierung jedoch von den Antragstellenden teilweise als Hürde wahrgenommen beziehungsweise als zu starre Voraussetzung erlebt, in die sich im Einzelfall erst eingearbeitet werden muss. Gleichzeitig entsteht hierüber ein erheblicher Mehraufwand für die Koordinatorinnen. Die Möglichkeit jedoch, bereits für eine Konzeptentwicklung finanzielle Ressourcen anzufragen, wird nicht durchgehend wahrgenommen: »Das haben wir noch gar nicht erlebt, dass sich das hat jemand finanzieren lassen« (IP KuF #01:03:27).

Entsprechend wird die Praktikabilität des Antragsverfahrens von den Interviewten unterschiedlich erlebt: Durchgängig positiv hervorgehoben wird das Angebot der Koordinierungs- und Fachstelle, die Phase der Erarbeitung des Antrags zu begleiten: »Was ich auch immer angenommen habe, das Angebot, das ich dann auch sehr gut fand. Zum einen für die Antragsstellung, aber es gab auch immer hilfreiche Hinweise zur Nachnutzung, wen man noch mit an das Boot holen kann und das fand ich schon hilfreich dieses Beratungsgespräch im Vorfeld« (IP A, #00:16:56). Als sehr unterstützend wird auch die Begleitung hinsichtlich formaler Anforderungen beschrieben und betont, dass »die letzten Projekte (…) gemeinsam mit den Mitarbeitern vor Ort abgesprochen wurden, die sich dann viel um den Bürokratie-Kram gekümmert haben, das war schon sehr in Ordnung, fand ich« (IP D, #00:34:47). Zusammengenommen scheint das Nichtwahrnehmen

der finanziellen Förderung bei der Konzepterstellung und die intensive Betreuung von Antragstellenden bei den Koordinatorinnen zu einem erheblichen Mehraufwand zu führen.

Insbesondere von Interviewpartner*innen, die nicht Mitglied des Ausschusses sind, wird dieser teilweise als sehr groß wahrgenommen. Diese Aussagen stehen i. d. R. im Zusammenhang mit dem Erleben der zweiten Stufe des Bewerbungsverfahrens, d. h. der Vorstellung der jeweiligen Projekte vor dem Ausschuss, die von den Beantragenden partiell als eine nicht notwendige Hürde erlebt oder als eine eher belastende »Prüfungssituation« erlebt wird. Aus Perspektive der Beantragenden wird z. T. Skepsis bzgl. des Mehrwerts geäußert, der durch die Vorstellung eines ohnehin schon als sehr differenziert – und insbesondere bei Großprojekten auch als aufwändig erlebten – schriftlichen Antrags vor dem Ausschuss erwachsen könnte: »Das heißt, muss es dann zwingend diese persönliche Vorstellung nochmal sein vor Ort? Vor allem, mein Eindruck war immer, dass eigentlich es überhaupt keine neuen Informationen meinerseits geben konnte bei dieser persönlichen Vorstellung der Projekte und tatsächlich jetzt auch nicht irgendwelche Fragen kamen, die über das, was im Antragsformular stand, hinausgehen« (IP A, #00:16:56). Aufgeworfen wird hier die Frage, ob nicht auf Basis der Projektbeschreibung im Antrag eine Entscheidung im Umlaufverfahren getroffen werden könne, bei der sich die Mitglieder des Ausschusses nur bei Bedarf mit Rückfragen melden.

Hier steht die Intention von Mitgliedern des Begleitausschusses, die durch dieses Verfahren die Antragstellenden in der Präzisierung ihres Vorhabens unterstützen wollen, in Kontrast zu dem Erleben dieser Situation durch die Beantragenden. So wird durch Mitglieder des Begleitausschusses u. a. als Ziel benannt: »Das zu unterstützen, also einfach dazu beizutragen, dass dieses Projekt stattfinden kann« bzw. »eben auch den ein oder anderen Hinweis zur Umsetzung zu geben. Wenn der Beachtung findet, dann ist es natürlich toll, wenn dadurch sozusagen das Projekt nochmal bereichert wird«.

Während die Begleitung bei der Erarbeitung des Antrags durch die Koordinatorinnen i. d. R. als sehr unterstützend erlebt wurde, zeigt sich in einzelnen Rückmeldungen der Antragstellenden, dass die Rückmeldung und Begründung für anschließende Ablehnungen von Anträgen durch den Begleitausschuss als nicht ausreichend und zu wenig

transparent erlebt wird. Gerade vor dem Hintergrund des als konstruktiv erlebten Prozesses der Erarbeitung des schriftlichen Antrags werden Ablehnungen von Projekten als besonders enttäuschend und nicht immer nachvollziehbar erlebt: »Ich konnte auch die ein oder andere Entscheidung dann im Nachgang, wenn es darum ging, welches der Projekte bei uns oder auch bei anderen Häuser bewilligt man, nicht ganz dann nachvollziehen. Da fehlt mir so ein bisschen die Transparenz« (IP A, #00:16:56). Insbesondere zwei der interviewten Personen berichten von Frustrationen bei sich und im beruflichen Umfeld, wenn keine Erklärungen für eine Ablehnung gegeben werden: »Und da habe ich dann unerwarteterweise eine Absage erhalten ohne Begründung« (IP A, #00:21:58). Die Aussage dieser interviewten Person steht gleichwohl im Widerspruch mit dem berichteten Verfahren der Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses, das jeweils Begründungen für Ablehnungen von Anträgen vorsieht, so dass hier möglicherweise von einer Ausnahme auszugehen ist.

Ein ähnliches Missverständnis liegt bzgl. der Möglichkeit einer Überarbeitung und erneuten Einreichung der Anträge vor: Auch diese wird von der Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld vorgesehen, ebenso wie es keinen festen Termin zur Beantragung von Projekten gibt. Hier scheint in der Außenwahrnehmung dadurch, dass die Projektmittel bis 2019 immer jeweils sehr kurz nach Ausschreibung aufgebraucht waren, bei einigen Professionellen der Eindruck einer einmaligen Abgabefrist entstanden zu sein. Insbesondere da gerade für Miniprojekte auch im späteren Jahresverlauf häufig noch Gelder vorhanden sind, so dass flexibel auf aktuelle Ereignisse reagiert werden kann – und dies im Corona-Jahr 2020 auch für die Großprojekte galt – wird hier vorgeschlagen, das Beantragungs- und Bewilligungsverfahren auch öffentlich prominenter transparent darzustellen (z. B. auf der Internetpräsenz der Partnerschaft für Demokratie).

4.2.4 Umsetzung von Projekten

Allgemeine Erkenntnisse

Zu den häufigsten Zielsetzungen durchgeführter Projekte in 2016 bis 2017 zählen bei den Partnerschaften für Demokratie insgesamt der »Abbau von Vorurteilen« (65 %) und die »Sensibilisierung der Öffentlichkeit« (55 %) (N=1190; Bohn et al., 2019, S. 242), die jedoch überwiegend in geringerem Maße erreicht werden als die nicht näher definierten individuellen Zielsetzungen (94 %), die Informationsvermittlung (92 %) oder die

Schaffung und Verbesserung von Freizeitangeboten (80 %). Probleme in der Projektumsetzung werden weniger häufig beschrieben. Dennoch berichten jedes vierte Projekt von Problemen auf den Ebenen »zu wenig Zeit oder »zu geringe finanzielle Ressourcen« (29 % und 24 %; Bohn et al., 2019, S. 246).

Anträge und Projekte im Eichsfeld – organisatorisch-konzeptionelle Rahmenbedingungen

Werden die zwischen 2017 und 2019 beantragten Projekte hinsichtlich ihrer Träger betrachtet, so zeigen sich zwei Schwerpunkte: Knapp ein Drittel der Projekte wurde jeweils im Bereich Schule bzw. von Schulfördervereinen beantragt (30 %) und ebenso viele von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, hauptsächlich im Bereich der Hilfen für Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien – von den hier vertretenen Trägern gehören ca. 65 % den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege an (Diakonie, DRK, Caritas). Die restlichen Beantragungen rekrutieren sich zum einen aus gemeinnützigen Vereinen im Bereich der Kulturellen Bildung (13 %) und Frauenbildung (6 %). Hauptsächlich ehrenamtlich organisierte Strukturen wie Sportvereine sind mit insgesamt 6 % am seltensten vertreten. Insoweit sich dies über den betrachteten Zeitraum von drei Jahren nachzeichnen lässt, nutzt ein großer Teil der Antragsteller*innen das Programm in mehreren aufeinander folgenden Jahren – wobei sich diese wiederholte Nutzung stärker bei größeren Verbänden abzeichnet.

Da sowohl durch die Regionale Aktionsgruppe Eichsfeld (2018) und auch in den von uns geführten Interviews immer wieder betont wird, dass das kulturelle Leben im Eichsfeld maßgeblich von den örtlichen Vereinen geprägt und gestaltet wird und diese »einen wichtigen Baustein in der Pflege der »Eichsfelder Werte wie Heimatverbundenheit, Traditionsbewusstsein, Naturverbundenheit, kulturelle Identität und Religion« (Regionale Aktionsgruppe Eichsfeld 2018) übernehmen, ist hinsichtlich der Antragstellenden insbesondere die geringe Beteiligung genau dieser Gruppe zu konstatieren, d. h. eine sehr geringe Beteiligung von Sportvereinen und Kirchengemeinden, keine von z. B. Kirmesburschenschaften, freiwilligen Feuerwehren, Karnevalsvereinen etc. Der gerade in Bezug auf ländlich-periphere Regionen als wesentlich markierte Bereich der Zusam-

menarbeit mit Schulen wird in den Anträgen gut abgebildet, Projektanträge von Kindertageseinrichtungen als gerade auch in ländlicheren Regionen verortete Institutionen fehlen gleichwohl fast vollständig.

Nicht aus allen Projektanträgen geht eindeutig hervor, wer als umsetzende Personen vorgesehen sind. Insoweit erkennbar handelt es bei etwa zwei Dritteln der Anträge um Lehrer*innen oder pädagogisches Personal von Trägern der freien Wohlfahrtsverbände aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Leistungen nach dem SGB II, V und IX. Als Kooperationspartner*innen werden häufig Workshopleitungen ohne konkrete Angaben zu deren beruflichem Hintergrund oder auch Kunst- und Kulturschaffende (14 %) benannt. Insbesondere als Kooperationspartner*innen der Antragstellenden werden in einigen Fällen ehrenamtliche Initiativen oder im Verein ehrenamtlich Engagierte genannt (je 9 %).

Bezüglich des zeitlichen Rahmens war etwa ein Viertel der Projekte (26 %) als eintägige Veranstaltungen konzipiert, etwa ein Fünftel (19 %) dauerte bis zu 3 Tagen. Den größten Anteil nahmen mit 37 % Projekte ein, die mit mehr als 3 Tagen angesetzt waren. Nur knapp 6 % der Projekte erstreckten sich auf einen noch längeren Zeitraum (bis ein Jahr). Etwas ein Achtel der Projekte (12 %) fokussierte auf die Erstellung eines Produkts (wie z. B. Flyer für Demos und Informations-Schriften). Eine Bezuschussung bereits laufender oder bestehender Angebote erfolgte nicht.

Der finanzielle Rahmen liegt bei nahezu der Hälfte der Projekte (44 %) zwischen 500 € und 1.000 €, jeweils etwa 15 % der Projekte bewegen sich in den beantragten Mitteln unter 500 €, zwischen 1.000 € und 2.000 €, zwischen 2.000 € und 3.000 €, zwischen 3.000 € und 4.000 €, zwischen 4.000 € und 5.000 €, ca. 12 % beantragten mehr als 6.000 €.

*Adressat*innen*

Wird die Zielgruppe hinsichtlich des Altersspektrums differenziert, so richteten sich über die Hälfte der Angebote explizit (auch) an Jugendliche (52 %), während sich nur 29 % dezidiert (auch) an Kinder richten wollten. 38 % sahen Erwachsene als Zielgruppe vor, 15 % grenzten bezüglich des Alters nicht ein.

Wird die Zielgruppe hinsichtlich anderer Merkmale beschrieben, so sehen etwa 40 % Schüler*innen als Zielgruppe vor. Weitere relevant gesetzte Merkmale sind familiäre Hintergründe wie die Zuschreibung der Zugehörigkeit zu als »sozial schwach« oder »bildungsfern« markierten Familien (insgesamt 10 %) sowie eine Auswahl der Adressat*innengruppe aufgrund eines Wohngebietes, das als »strukturschwach« beschrieben wird (17 %). Hinsichtlich der adressierten Erwachsenen werden mit ca. 20 % Lehrer*innen am häufigsten genannt, mit 9 % andere pädagogische Berufe deutlich seltener, ehrenamtlich Tätige mit nur 6 % genauso häufig wie Politiker*innen. Allgemein Multiplikator*innen adressiert werden in 18 % der Anträge. 12 % der geplanten Projekte richten sich explizit an Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Migrationserfahrung.

Hinsichtlich des in der Antragsbegründung benannten Bedarfs der Zielgruppe sind nahezu alle Anträge im Bereich Bildung bzw. Lernen in einem Spektrum zwischen Bildung (30 %) oder genereller Prävention (d. h. ohne Indikation) zu verorten (ebenfalls 30 %). Nur in 6 % der Projekte wird ein expliziter Bedarf für präventive Maßnahmen in Rede gestellt und in nur 3 % eine konkrete Interventionsnotwendigkeit benannt.

Insgesamt zeigt sich ein Schwerpunkt von Angaben, die darauf fokussieren, über Workshops, Vorträge und die Bereitstellung von Informationsmaterialien Bildungs- oder Lernanlässe zu schaffen. Ein vertiefter Blick in die Darstellung der Umsetzungsformen liefert bei einigen Projekten gleichwohl Hinweise auf ein teilweise eher an einer Vermittlung von Wissen als an der Schaffung von (Selbst-)Bildungsanlässen orientiertem Verständnis von Bildung. Dies gilt i. d. R. nicht für diejenigen Projekte, die explizit auf die Ermöglichung und Stärkung organisierter Beteiligungsformen abzielen.

Weitere methodische Schwerpunkte zeigen sich im Bereich von Freizeitangeboten bzw. weitgefasste Formen kultureller Bildung, die neben künstlerischen Aktivitäten, Film und Musik mit einer besonderen Häufung im Bereich Sport sowie gemeinsamem Kochen und Essen zu finden sind. Hier wie auch bei den zahlreich beantragten Ausflügen und weiteren geschlossenen wie auch offenen Gruppenangeboten wird nicht durchgängig der Zusammenhang zwischen den aufgerufenen (Teil-)Zielen und den gewählten Methoden deutlich.

Aufgrund der Analyse der Anträge lässt sich die Hypothese aufstellen, dass einige der Antragstellenden über vergleichsweise wenig Erfahrung in diversitätssensibler inklusiver Sozialer Arbeit verfügen und hierüber Unsicherheiten zu passenden Zielen und Methoden entstehen. Dem entsprechen Aussagen in verschiedenen Interviews, die Ideen zu Fortbildung für Multiplikator*innen formulieren bzw. auch den Wunsch nach fachlichem Austausch zum Umgang mit explizit rechtsnationalem, rassistischem Gedankengut äußern: »Wie gehen wir damit um, was können wir unseren Mitarbeitern an Rüstzeug geben, wie können wir die Schulen, da gibts ja auch diverse Angebote, aber die werden jetzt auch nicht heraus aus dem Eichsfeld geschaffen, dass vielleicht auch nochmal eher eine Partnerschaft, vielleicht auch, weil das ja im Prinzip andere Multiplikatoren (...) betrifft, da nochmal ein gemeinsames Fortbildungsangebot zu schaffen, also wie gehe ich mit extremistischen Parolen, Strömungen, Gruppierungen aus dem rechten Raum um« (IP A, #00:43:22).

4.2.5 Sprachliche Rhetoriken in den Anträgen im Eichsfeld – ein vorsichtiger Exkurs

Insgesamt ist auffällig, dass der Fokus der Anträge klar auf positiven Bezugspunkten liegt, das heißt die Zielvorstellungen scheinen rund um Bezugnahmen auf »Toleranz«, »Beteiligung«, »Begegnung« oder »Abbau von Vorurteilen« zu kreisen. So finden sich beispielsweise allein in den Anträgen für 2017 zahlreiche Projekte, die eine Begegnung zwischen sogenannten migrantischen und ansässigen Jugendlichen und Kindern in den Mittelpunkt rücken. Es handelt sich hierbei u. a. um eine »Adventsbegegnung« in einer Jugendwohngruppe, einen Jugendbegegnungstag eines Fußballvereins, einen Sporttag der Regelschule Worbis, Projekttage des Ju-Jutsu Vereins, ein Integrationsprojekt der Kindertagespflege Beinrode, eine »interkulturelle Sportwoche« des Kreisjugendrings Eichsfeld und ein Jugendprojekt der AWO in Heilbad Heiligenstadt. Außerdem existieren auch einige Projekte, die in verschiedener Weise Aufklärungs- und Informationsarbeit zu Fluchtursachen (2017: Diakonie) betreiben oder Ehrenamtliche für integrative Aufgaben ausbilden (2017: Frauenbildungsstätte KoRaLe, 2019: Building Bridges). Integration von Geflüchteten erscheint in diesen Projektenansätzen als etwas, das sich durch Begegnungen ermöglichen oder wenigstens anstoßen lässt. Wie dabei im Detail diese Begegnungen verstanden oder auch pädagogisch begleitet werden, bleibt zu-

meist unklar. Dies spiegelt sich insofern rhetorisch wider, als dass gefährliche Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus selten bis gar nicht angesprochen werden. Daher lassen die Anträge nicht nur eine klare Linie vermissen, gegen was sie sich positionieren. So ist die Rede häufig von »Vorurteilen«, die abgebaut werden müssten, damit ein gutes Miteinander möglich sei, statt dass konkret menschverachtende oder rassistischen Einstellungen thematisiert werden. Unglückliche Wendungen wie »Fremdenfeindlichkeit« bleiben häufig im Vagen. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Aktivität von Neonazis im Eichsfeld, die sich in struktureller Präsenz und Bedrohungsszenarien widerspiegelt, erscheint diese Einschätzung jedoch eher naiv. Die Annahme scheint naheliegend, ein Gewappnet-Sein für ernste Auseinandersetzungen mit abwertenden und ideologisch gefestigten Einstellungen, die sich nicht allein mit einem gegenseitigen Kennenlernen auflösen lassen, könnte nicht gegeben sein. Zudem findet auch ein Ausschluss und eine Adressierung entsprechend einem fehlendem Ernstnehmen derer statt, die von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus mögen große und breite Kategorien sein. Im Erleben von Menschen, deren Leben von Bedrohungsszenarien geprägt ist, spiegeln allerdings genau diese Wörter reale Erfahrungen wider. Wer Hetze und Einschüchterung erlebt, dürfte sich von Angeboten, die eher als eine Stoßrichtung guten Willens auftreten, weder angesprochen noch ernst genommen fühlen.

Projekte, die sich dagegen explizit negativ an Erscheinungen der Diskriminierungen abarbeiten sind dabei in der deutlichen Minderheit. Zu nennen sind an dieser Stelle beispielsweise explizit antirassistische Schul(pat*innen)projekte (2017: Projekt zu Sucht- und Medienprävention Regelschule Leinefeld,; 2017: Projekttag des Förderzentrum Birkungen, 2019: Building Bridges), Lehrer*innenfortbildung (2017: Grenzlandmuseum Eichsfeld), Bücherlesung (2017: Eichsfelder Bündnis »Gegen Rechts: Brandgefährlich«), eine Gedenkveranstaltung zur Bücherverbrennung und die Gegenveranstaltungen gegen Rechtsrock-Konzerte wie den »Eichsfeldtag« (2017: Eichsfelder »Bündnis gegen Rechts«).

Mit der Betonung von »Begegnung« und »Kennenlernen« und der Tendenz, soziale Konflikte und problematische Einstellungen nicht direkt zu adressieren, gehen aus unserer Sicht rhetorische Auffälligkeiten einher. Problematisch ist die Bezeichnung von Personen als »Ausländer«, die sich in einigen Anträgen finden, zumal sich nicht eindeutig

erschließt, wer genau damit adressiert wird.[5] Ein Beispiel hierfür ist ein Projekt des Thüringer Landfrauenverbands, das Flüchtlingsfamilien »die Möglichkeit geben« möchte, ihre Traditionen und Lebensweisen mit den unseren zu verbinden und unsere Lebensumstände schneller kennen zu lernen«. Und weiter heißt es dort: »Andererseits wollen wir unseren Frauen und Familien die Versorgung und den Umgang der Ausländerinnen mit ihren Kindern vermitteln, Vorurteile Abbauen und Verständnis für andere Kulturen wecken«. Auch in anderen Anträgen finden sich derartige Beschreibungen (2018: Projektwoche der Grundschule Geismar, 2018: Projekt der Diakonie »Fußball«, 2018: Abschlussfest der Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Ausländer in der Villa Lampe, 2017: Thüringer Landfrauenverband).

Die Einteilung von Menschen in »Einheimische« sowie »Ausländer« widerspricht zunächst einmal der gesellschaftlichen Komplexität. Die Kategorie »Einheimische« ist insofern schwammig, als dass sie scheinbar über ein Geburtsrecht argumentiert, aber womöglich Menschen ohne Geburt in der Region die Zugehörigkeit streitig macht – darunter sowohl Migrant*innen als auch Zugezogenen. Dabei lässt sie die entscheidende Frage offen: Wird »Einheimisch«-Sein etwa durch den Wohnort bestimmt oder durch die Staatsbürgerschaft? Diese dichotome Einteilung produziert so womöglich auch einen Ausschluss derer, die als »Ausländer« markiert werden. Oder andersherum wird diese soziale Gruppe explizit zur Zielgruppe bestimmter Programme gemacht, sodass, selbst wenn Integration das Ziel darstellt, zunächst einmal die Differenz von sogenannten Ansässigen und Fremden etabliert werden muss. Dies scheint außerdem eine Einteilung zu sein, die nur aus der Position der hegemonialen Mehrheitsgesellschaft vergeben werden kann. Eine solche Kategorie droht dadurch eine abwertende Exklusion zu befeuern, je nachdem, ob sich das »Ausländer«-Sein anhand von biographischen, juristischen oder etwa in Bezug auf eine stereotype Festlegung auf als fremd wahrgenommene Äußerlichkeiten etwa Haarfarbe, Hautfarbe oder Kleidung bezieht. Es könnte so zu einem Problem der Teilnahme an derlei Programmen werden, trotz eines

[5] In dem Hauptantrag 2017 des Eichsfelds zu »Partnerschaften Demokratie« findet sich folgende Unterscheidung: »2,6% Ausländeranteil […], 3,2% Personen mit Migrationshintergrund« (S. 6). Womöglich übernehmen Antragstellenden diese Logik. Dies lässt sich jedoch nur vermuten, da die Bestimmung von Menschen als »Ausländer« in den Konzeptualisierungen der Projekte nicht näher erläutert wird. Nichtsdestotrotz gilt es u. E. den Begriff zu problematisieren, auch wenn die Adressatin dieser Kritik vielleicht eher die kommunale Verwaltung als die einzelnen Antragstellenden ist.

etwa migrantischen biographischen Hintergrunds eine emotionale und affektive Bindung zur Region geltend zu machen und das eigene Zugehörigkeitsgefühl auch im Sinne einer Partizipation ausleben zu wollen. Es zeigt sich somit zusammenfassend, dass die Bestimmung als »Ausländer« zum ersten nicht praktikabel ist, da sie zu diffus ist und beispielsweise wie beschrieben komplexitätsreduzierend agiert, von Fremdzuschreibungen bestimmt ist und auch potenziell spezifische Unterstützungsbedarfe nicht zu adressieren vermag (bspw. für Menschen mit eigenen Fluchterfahrungen, die seit vergleichsweise kurzer Zeit in Deutschland leben). Zum zweiten erscheint diese dichotome Unterscheidung integrative oder inklusive Perspektiven zu unterlaufen. Vereinzelt werden außerdem die familiären Verhältnisse von Geflüchteten als negativ beschrieben, da Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kindern diesen »entfliehen« können (2017: Kindertagespflege Beinrode).

In den erwähnten Formulierungen deuten sich essentialisierende Vereinheitlichungskategorien an, die eine dichotome Gegenüberstellung von denjenigen, deren Zuhause das Eichsfeld ist, und denjenigen, die nicht wirklich oder noch nicht dazu gehören, zur Folge hat.

Eine weitere Auffälligkeit ist die Exotisierung von Menschen aus anderen Teilen der Erde (z. B. Afrika). Diese beiden Punkte sollen im Folgenden näher erläutert werden.

Bei weitem nicht alle Anträge wären jedoch demgemäß zu kritisieren. Etliche verwenden andere Adressierungen wie »Menschen mit Migrationshintergrund«, »Migrant*innen« oder »Geflüchtete« (z. B. 2017: Jugendbegegnungstag, 2017: Interkultureller Mädchentreff Leinefelde, 2017: Musik ist unsere Brücke, 2017: Sporttag Regelschule Worbis).[6]

[6] Aus diesem Grund wären Bezeichnungen wie Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen in Migration wohl als sprachliche Mittel der Sensibilisierung angemessener. Zwar stellen diese Kategorien auch eine Einteilung dar, die Menschen aufgrund ihrer Abstammungsverhältnisse oder ihres juristischen Status ordnet. Allerdings verweisen die Kategorien nicht so sehr auf eine willkürliche Einteilung der überlegenen Einheimischen, sondern eher auf das universale, aus allen Epochen der Menschheitsgeschichte bekannte Phänomen der Veränderung des Siedlungsgebiets und der Grenzüberschreitung. Diese Kategorie scheint momentan in den Diskursen auch von den betroffenen Personen als Selbstbezeichnung verwendet zu werden. Des Weiteren legt es die gesellschaftliche Gruppe nicht statisch auf diesen Kern fest, ohne ihnen die Besonderheit ihrer Erfahrungen abzusprechen.

Teilweise finden sich jedoch auch Passagen mit Tendenzen oder eindeutigen Elementen der Exotisierung in den Anträgen. Dies findet sich zum einen darin, dass der Islam immer wieder als Anderes zur scheinbar vorherrschenden Kultur gelabelt wird. Die Zugehörigkeit zu dieser Religionsgemeinschaft kann nicht generell allen in Migration Lebenden aus dem Mittleren und Nahen Osten unterstellt werden. Die Differenz eines Gegensatzes des Bestehenden im Gegensatz zu »dem« Islam wird stets so angeführt, als ob sich hieraus prinzipiell Fremdheit ergebe und Integration sowie Begegnungen verkompliziere. Hier werden Unterschiede verallgemeinernd in ihrer Relevanz universalisiert und dabei außer Acht gelassen, dass die religiöse Zugehörigkeit im gesellschaftlichen und sozialen Leben nicht alles durchdringt und beeinflusst. Dabei tradiert sich auch die stereotype Annahme, dass alle Menschen mit Migrationshintergrund aus Staaten mit einer muslimischen Mehrheitsgesellschaft, einen stark religiös geprägten Alltag und damit einhergehende Lebensstile hätten und sich mit dem in Deutschland vorherrschenden säkularen Christentum erst arrangieren müssten. Die vielen Gemeinsamkeiten werden dadurch, dass Alltägliches zur Herausforderung aufgeblasen wird (etwa ein Frühstück) aus den Augen verloren, in dem die Betonung nur auf stilisierte Unterschiede gelegt wird.

Starke Exotisierungen finden sich zu dem in Bezugnahme auf »Afrika«. Dies geschieht teilweise in Kontexten mit der Kulturgruppe »Black and White«, die zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen wurden. Insgesamt wird Afrika und seine Bewohnenden häufig mit dem bestimmten Artikel Singular versehen, etwa »das Afrika« oder »die Afrikaner«. Darin spiegelt sich die kolonialistische Fantasie eines einheitlichen schwarzen Kontinents wider, den man verstehen könne. Die Verwickelung der eigenen Geschichte in kolonialistische Unterdrückungskonstellationen wird zudem nie angesprochen. Ein solches Denken wird nicht nur der kulturellen Vielfalt unzähliger heterogener Nationalstaaten in Afrika nicht gerecht. Es ist Ausdruck eines spezifischen Blickes, der Heterogenität nivelliert, um sie den eigenen Kategorien zu überantworten. Dies kann von Menschen als diskriminierend erfahren werden. Des Weiteren werden damit auch als solche bezeichnete »Afrikaner« zu Repräsentanten eines ganzen, heterogenen Kontinents. Zudem würden viele BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) in Deutschland für sich andere Selbstbezeichnungen wählen, die eben gerade die Hybridität ihrer Herkünfte klarer sichtbar machen, wie etwa »Afrodeutsche« oder das Attribut »afropäisch«. Diese

Exotisierung wird zudem verstärkt, indem Menschen mit Bezug zu Afrika vor allen Dingen ihre Kultur in Form der Stereotype angeborenen Rhythmusgefühls und Musikalität repräsentieren, aber nicht in anderen Bereich etwa Literatur oder Wissenschaft. Ein weiteres Beispiel hierfür bildet der Antrag für ein »inklusives Theaterprojekt« zur »Willkommenskultur« (2017: Lebenshilfe Leinefelde-Worbis), in welchem ein Theaterstück von Kindern (explizit mit und ohne Behinderung oder Migrationshintergrund) einstudiert wurde, in dem es um das Kennenlernen von einer Prinzessin mit einem Schwarzen Jungen geht, den sie im Laufe der Geschichte als menschliches Gegenüber und als Freund (an)erkennt. Ein Ausschnitt aus der Darstellung der Geschichte lautet: »Als Beute von einer fernen Insel hat er ein schwarzes unbekanntes »Wesen«, das aussieht wie ein Menschlein, aber völlig schwarz ist, in der Kiste. Sie haben es eingefangen, um es an einen Zirkus zu verkaufen. Beide Bösewichte wittern ein gutes Geschäft. Das unbekannte Wesen wird zur Prinzessin ins Gefängnis gesperrt. Beide freunden sich an. Aus der anfänglichen Angst voreinander und aus dem Mitleid der Prinzessin mit dem schwarzen Jungen wird Bewunderung. Sie nennt ihn Nepomuk«. In der Geschichte, die die Grundlage für das »inklusive Theaterprojekt« bildet, werden in naiver Weise rassistische und kolonialistische Stereotype und Machtverhältnisse reproduziert und Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe tendenziell exotisiert.

5 Resümee und Handlungsempfehlungen für den Förderzeitraum 2020 bis 2024

Die »Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld« dokumentiert insgesamt ein klares inhaltliches Profil und ist über die institutionelle und organisationale Anbindung an das Grenzlandmuseum Eichsfeld strukturell gut eingebunden. Die an die »Partnerschaften für Demokratie« allgemein adressierten Programmziele werden durch die »Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld« in Kooperation mit dem Lern- und Bildungsort Grenzlandmuseum Eichsfeld und weiten Kooperationspartner*innen den regionalen Erfordernissen angemessen angepasst, weiterentwickelt und umgesetzt. Die Eichsfelder »Partnerschaft für Demokratie« ist in das in Thüringen bestehende Netzwerk der Partnerschaften eingebunden und konnte sich zu einem aktiven Netzwerkknotenpunkt mit einem in der Region sichtbaren und wahrgenommenen Ort der Demokratiepädagogik entwickeln.

Die Kinder- und Jugendarbeit und die Projekte, Vorhaben und die von »Koordinierungs- und Fachstelle« der »Eichsfelder Partnerschaft für Demokratie« initiierten, begleiteten und verantworten Projekte können als Teil der kommunalen wie landkreisspezifischen bildungsbezogenen Infrastruktur im Eichsfeld angesehen werden.

Gleichwohl bleibt undeutlich, in welcher Form und wie umfänglich die »Eichsfelder Partnerschaft für Demokratie« und die »Koordinierungs- und Fachstelle« insgesamt in die soziale und bildungsbezogene Infrastruktur und Angebote des Landkreises eingebunden ist und ob auf Ebene des Landkreises die nichtschulische Bildung, vor allem der Kinder- und Jugendarbeit, durchgehend strukturell, politisch und inhaltlich als Bildungsangebote angesehen und diskutiert werden. Beispielsweise werden in dem vom Jugendamt verantworteten und vom Landkreis Eichsfeld vorgelegten »Sozialbericht 2019« (vgl. Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie 2019) zwar die schulischen Bildungsangebote aufgelistet, nicht jedoch die der nichtschulischen Einrichtungen und der dort angesiedelten Projekte. Erwähnt werden auch nicht die kooperativen Projekte zwischen Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe. Sollten die Projekte der Kinder- und Jugendarbeit allgemein und die »Partnerschaft für Demokratie« konkret bislang nicht als elementarer Bestandteil der landkreisbezogenen Bildungslandschaft angesehen werden, dann wird nachdrücklich empfohlen, dies in den entsprechenden Gremien und Institutionen mit dem Ziel zu erörtern, sie auch im Jugendförderplan zu erwähnen. Zu erörtern wären dann die umfassenden Veränderungen des Aufwachsens der heranwachsenden Generation, der demografische Wandel, die Prozesse der Digitalisierung sowie die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse kultureller, sozialer und bildungsbezogener Angebote und ihrer regionalen Bedeutung. Insbesondere über die Einrichtung von Ganztagsschulen ergibt sich die Herausforderung, das Zusammenwirken von schulischen und nichtschulischen Bildungsangeboten neu zu justieren. Empfohlen wird, in den Betrachtungen auch zu beachten, dass inzwischen strukturell zwischen formalen, non-formalen und informellen Feldern des Erwerbs von Bildung unterschieden wird, allen drei Feldern eine je spezifische Relevanz zugewiesen wird (vgl. Thole 2000) und nicht mehr nur der Erwerb von kognitiven Fähigkeiten in Schulen, sondern auch von sozialen, kulturellen und emotional-affektiven Fähigkeiten mit dem Begriff Bildung belegt ist. Angesichts der existierenden Herausforderungen durch national-autoritäre Positionen und Organisationen in der Region

wird nachdrücklich empfohlen, im Jugendförderplan die demokratiefördernden, antirassistischen und antisexistischen Ziele der nichtschulischen Kinder- und Jugendarbeit zu verankern und die »Partnerschaft für Demokratie« und die Koordinierungs- und Fachstelle als einen der wesentlichen Bausteine dieser Arbeit herauszustellen.

Die über das Bundesprogramm »Demokratie leben!« und das Thüringer Landesprogramm »Denk bunt« finanzierte »Eichsfelder Partnerschaft für Demokratie« und der Koordinierungs- und Fachstelle könnte in den kommenden Jahren eine zentrale Bedeutung bei der Konsolidierung, beim kreativen Ausbau und der Realisierung von Bildungslandschaften und demokratiefördernden Angebote im Eichsfeld zugesprochen werden. Wenn von den kommunalen Akteur*innen der öffentlichen, der privat-wohlfahrtsstaatlichen wie der privat-gewerblichen Kinder- und Jugendarbeit im Eichsfeld eine weitere Qualitätsentwicklung der »Partnerschaft für Demokratie im Eichsfeld« und der hierüber initiierten und geförderten Projekte als Teil der bildungsbezogenen Infrastruktur im Eichsfeld erwünscht und angestrebt wird, dann scheint es empfehlenswert,

1 zeitnah eine Kooperationsvereinbarung zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt abzuschließen, um die kontinuierliche Zusammenarbeit sowie die Aufgabenverteilung verbindlich zu regeln und um die strukturelle wie inhaltliche Zuständigkeit der »Partnerschaft für Demokratie« für Fragen der Demokratiebildung weiter zu stärken.

2 Zudem wird empfohlen, im Rahmen der Formulierung der Kooperationsvereinbarung auch die Rolle und Zuständigkeit des zuständigen Kreisjugendamtes als federführendes Amt für die »Partnerschaft für Demokratie« eindeutiger zu formulieren als bislang. Angestrebt werden sollte zeitnah auch

- eine kontinuierliche, fachlich ausgewiesene Besetzung der internen Koordinierungsstelle beim federführenden Amt

und

- die Formen der Zusammenarbeit, die Zuständigkeiten und die Aufgabenverteilung verbindlicher zu formulieren als gegenwärtig zu erkennen.

3 Nachdrücklich wird empfohlen, in den Gremien und Strukturen der Partnerschaft für Demokratie Jugendliche stärker als bislang kontinuierlich einzubeziehen und eine regelmäßige Teilnahme an Sitzungen des Begleitausschusses zu ermöglichen sowie von Seiten des federführenden Amtes stärker zur öffentlichen Wahrnehmung des Jugendforums beizutragen sowie die Vertreter*innen des Jugendforums stärker in ihrer Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss zu unterstützen.

Im Zuge einer strukturell-formalen Zuständigkeits- und Verantwortungsabklärung wird zudem empfohlen,

4 die Aufgaben des Begleitausschusses inhaltlich neu zu vereinbaren und die dem Ausschuss obliegenden Aufgaben verbindlicher zu formulieren und zu fixieren. Diese Neuausrichtung sollte dem Ziel dienen, den Ausschuss zu einem aktiven Gremium zu entwickeln, das sich aktiv in die inhaltlich-strategische Planung und Organisation und Festlegung von Eckpunkten der Gesamtstrategie einbringt sowie Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements unterstützt und fördert sowie wesentlich dazu beiträgt, dass Netzwerke gebildet und ausgebaut werden. Empfohlen wird, um die Aktivitäten und Beteiligungsformen von Freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu stärken, dass Vertreter*innen des federführenden Amtes im Ausschuss lediglich mit beratender Stimme mitwirken. Das formal gegebene Veto-Recht des Jugendamtes bezüglich der Genehmigung von Projektanträgen bliebe von einer solchen Regelung unberührt. Im Zuge der anstehenden Überarbeitung der Geschäftsordnung könnte diese Empfehlung konkretisiert werden.

Im Zuge der anstehenden Neubesetzung des Begleitausschusses sollten neben der Vertretung der Jugendlichen insbesondere auch Personen mit Migrationserfahrungen berufen werden. Zudem sollten Personen, die nicht einem konkreten Träger verbunden sind, sich in der Region jedoch engagieren, einen Platz im Ausschuss erhalten. Mit dem Ziel einer Verbesserung der Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit wird angeregt, auf eine breite Vertretung verschiedener Handlungsfelder, vor allem aber auch regionaler Einrichtungen im Landkreis zu achten. Insbesondere mit Blick auf die sehr peripheren Regionen

des Landkreises sollte darüber hinaus versucht werden, Personen in den Begleitausschuss einzubinden, die möglicherweise als Multiplikator*innen über Kontakte in verschiedene kleinere Gemeinden verfügen.

5 Angeregt wird, die jährliche Demokratiekonferenz jeweils thematisch auszurichten, sie in wechselnden Regionen des Kreises umzusetzen und neben der Vernetzungsfunktion diese auch als Fort- und Weiterbildungsangebot zu konzipieren.

6 In Bezug auf die Bearbeitung und Förderung von Anträgen wird empfohlen, die bisherigen Steuerungs- und Verfahrensabläufe neu zu justieren und

- neben den thematischen Ausschreibungen zu den jeweiligen Terminen auch verstärkt Anträge zuzulassen, die sich nicht auf die Ausschreibung beziehen und entsprechend die zuteilungsfähige Bezuschussungssumme budgetieren,
- das Antragsverfahren sowie die Förderphasen respektive Förderzeiträume in der Außendarstellung noch transparenter zu gestalten (z. B. auf der Internetpräsenz) sowie auch die Verfahren der Genehmigung und Ablehnung sichtbarer zu kommunizieren,
- das Antragsverfahren zu entbürokratisieren, insbesondere bei kleineren Anträgen,
- das Genehmigungsverfahren in Zusammenarbeit von Begleitausschuss und Koordinierungs- und Fachstelle so zu gestalten, dass der Charakter der Unterstützung in den entsprechenden Beschlusssitzungen deutlicher zum Tragen kommt, oder die persönliche Vorstellung von Projekten durch die Antragstellenden vor dem Begleitausschuss vollständig durch eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren zu ersetzen,
- die Zeiträume der Durchführung von Projekten zu flexibilisieren, also auch Projekte zu initiieren respektive positiv zu begutachten, die längerfristige Ziele verfolgen.

7 Anzustreben ist eine größtmögliche Entlastung der Koordinierungs- und Fachstellen-Mitarbeiterinnen von administrativen Tätigkeiten, um mehr Zeit als bislang in die Herstellung und Pflege von Kontakten zu Vereinen, engagierten

Einzelpersonen und sozialräumlichen Arbeitskreisen in den verschiedenen Gemeinden zur Verfügung sowie zur Entwicklung und Umsetzung eigener Bildungsangebote zu haben.

8 Nachdrücklich wird angeregt, in das regionale Gesamtnetzwerk der Partnerschaft für Demokratie auch Initiativen, Einrichtungen und Projekte einzubinden und gegebenenfalls zu integrieren, insbesondere Initiativen, die nicht durchgehend mit öffentlichen Mitteln oder durch die Partnerschaft für Demokratie gefördert werden. Gemeint ist hiermit, in die kommunikativen Vernetzungen stärker Initiativen einzubinden, die sich selbstorganisiert in der Region gegen Personen und Projekte engagieren, die dem Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind.

Stärker eingebunden werden könnten zudem in Kooperation mit der »Fachberatung für den Bereich der frühkindlichen Pädagogik« und der Freien Trägern Kindertageseinrichtungen und Familienzentren.

9 Angeregt wird auch, Verbundanträge, also Kooperationsprojekte von miteinander kooperierenden Partnern, zu initiieren und die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren zu fördern.

10 Im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie könnte überlegt werden, ob es nicht möglich ist, eigene Projekte zu entwickeln und durchzuführen. Darüber hinaus könnte überlegt werden, in welcher Form an der Entwicklung von Verbundprojekten mitgewirkt werden kann.

11 Eine Initiative, die die Präsenz der Partnerschaft für Demokratie im regionalen Raum erweitert, könnte dazu beitragen, mehr Partizipation an und in der Partnerschaft für Demokratie herzustellen sowie deren Transparenz zu erweitern. Hier könnte bspw. in jedem Jahr der Fokus auf eine bestimmte Region des Kreises gelegt werden.

12 In unmittelbarer Kooperation mit dem Grenzlandmuseum als »Lernort für Alle« sollte überlegt werden, ob und wenn in welchen Formaten mit welchen weiteren Akteur*innen Multiplikator*innenveranstaltungen, -workshops und Qualifizierungsprojekte konzipiert und realisiert werden könnten. Die Erweiterung der

Partnerschaft für Demokratie zu einem Ort der Qualifizierung und Bildung für »Demokratie« könnte ihre Sichtbarkeit und Akzeptanz fördern. Darüber hinaus bestünde über eigene (Fortbildungs-)Angebote in stärkerem Maße die Möglichkeit, Personen im stärkeren Maße als bislang für konkret intervenierende Angebote zu motivieren und zu qualifizieren.

13 Den politischen Parteien, die sich eine Stärkung des demokratischen Bewusstseins in der Region wünschen, wird ebenso wie den kommunalen Verwaltungen nachdrücklich empfohlen, die Bedeutung und die Rolle der Partnerschaft für Demokratie durch öffentliche Hinweise auf sie zu stärken sowie zur Öffentlichkeitsarbeit über das Jugendamt hinaus beizutragen. Insbesondere durch die interne Koordinierung im federführenden Amt könnte stärker als bislang darauf hingewirkt werden, dass die Partnerschaft für Demokratie mit politischen Entscheidungsträger*innen und entsprechenden Gremien kooperiert und eine regelmäßig Vertretung im Jugendhilfeausschuss gewährleistet ist.

Literatur und Quellenverzeichnis

Agentur für Arbeit (2020). Pendleratlas (Datenstand Juni 2020). Auspendler und Einpendler. Landkreis Eichsfeld. Verfügbar unter: (https://statistik. arbeitsagentur.de /DE/Navigation/ Statistiken/Interaktive-Angebote/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html) Gesehen: 29. 06. 2021.

Albrecht, Y., Bohn, I., Däumling, J. Dallmann, S., Hilkert, Marius, Saßmanshausen, J., Volf, I., & Waibel, M. (2018). Strukturdatenband zum Vierten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018 – 31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs »Partnerschaften für Demokratie« im Programm »Demokratie leben!« Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit«. Frankfurt am Main. Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/WB-Berichte_1._Foerderperiode/Programmbereich_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Strukturdatenband_WB_PfD_2018-barrierearm.pdf

Bertelsmann-Stiftung (o.J.). Wegweiser Kommune. Demografiebericht. Eichsfeld, Landkreis, im Vergleich mit Thüringen. Abrufbar unter: https://www.wegweiser-kommune.de/berichte. Gesehen am 29. 06. 2021.

Bohn, I., Hallmann, J., Karpf, M., Korn, A., Mastetten, R., Saßmannshausen, J., Behn, S., Karliczek, K.-M., Köhler, J., & Schnarr, D. (2019). Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015–31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs "Partnerschaften für Demokratie" im Programm "Demokratie leben!". Frankfurt am Main/Berlin. Zugriff am 31.03.2021. Verfügbar unter https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/ Abschluss bericht_WB_PfD_2019_final.pdf

Borbe, C., & Schinkel, J. (2019). Befragung von Jugendlichen zur Jugendförderplanung des Landkreises Eichsfeld.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017). Die Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit«. Verfügbar unter: https://www.BMFSFJ.de/resource/blob/ 121574/46cfe8ce4cf02abb1183145e6c2fdc66/landes-demokratiezentren-im-bundesprogramm-demokratie-leben--data.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020a). Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaetze /200210_grundsaetze_der_foerderung_land.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020b). Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaetze/200813_Grundsaetze_der_Foerderung_Kommune.pdf

Die Bundesregierung (2016). Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Zugriff am 16.04.2021. Verfügbar unter https://www.BMFSFJ.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/stategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demo kratiefoerderungdata.pdf

Decker, O., & Brähler, E. (Hrsg.) (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie. Gießen: Psychosozial.

Duhamelle, C. (2018). Die Grenze im Dorf. Katholische Identität im Zeitalter der Aufklärung. Baden-Baden: Ergon.

Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie (GEBIT) (2019). Sozialbericht 2019. Münster & Heiligenstadt.

Gille, C., Jagusch, B., & Poetsch, S. (2020). Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW, Soziale Arbeit, 20(4).

Harteisen, U., Hoppe, A., Küster, H., Müller, H., Porada, H., & Wucherpfennig, G. (Hrsg.) (2018). Das Eichsfeld. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Köln u. Weimar: Böhlau Verlag.

Koch, M., Michelsen, D., & Salheiser A. (2021). Die regionale Verbreitung rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen in Thüringen. In ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hrsg.), Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Fakten und Analysen 2020 (S. 11-22). Verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende_2020_web.pdf. Gesehen: 02. 07. 2021

Keppler, J. (2020). Zur historischen Entwicklung des Eichsfeldes. Verfügbar unter https://www.kreis-eic.de/geschichte.html. Gesehen am 22. Oktober 2019.

Michelsen, D., Koch, M., Miehlke, M., Dingfelder, J., & Beelmann, A. (2020). Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Verfügbar unter: https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/gef%C3%A4hrdungen+der+demokratischen+kultur+2020.pdf. Gesehen: 02.07.2021

Morgenstern, I., & Kötsche, F. (2016). Evaluation der Jugendförderplanung im Landkreis Eichsfeld. Abschlussbericht. Jena: Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V.

Müller, T. (2018). Katholische Kirche im eichsfeldischen Sperrgebiet. Die innerdeutsche Grenze und ihre Folgen für Gemeinden und Seelsorge. In C. Brodkorb & N. Fiedler (Hrsg.), Jahrbuch für mitteldeutsche Kirchen- und Ordensgeschichte 14 (S. 175–208). Heiligensstadt: Verlag F. W. Cordier.

Nadler, R., & Wesling, M. (2013), Zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften nach Ostdeutschland. Verfügbar unter: http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads /13_11_ Rueckwanderung.pdf. Gesehen am 30.06.2021

Quent, M., Schmidtke, F., & Salheiser, A. (2016). Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Verfügbar unter: https://www.denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2016/02/ Gef%C3%A4hrdungsanalyse.pdf. Gesehen am 26. Juni 2021.

Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Salheiser, A., & Vogel, L. (2021). Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020. Verfügbar unter: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/ user_upload/ Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thu_ringen_Monitor_bf_2020.pdf. Gesehen am 29. 06. 2021.

Regionale Aktionsgruppe Eichsfeld (2018). Regionale Entwicklungsstrategie 2014-2020 (überarbeitete Version vom 12.12.2018). Verfügbar unter https://www.rag-eichsfeld.de/ sites/default/files/RAG_EIC_RES_2014_2020_Langfassung_%C3%84nderungen_angenommen_mit_Anlagen_2018_12_12_klein.pdf. Gesehen am 26. Juni 2021.

Simon, S., & Thole, W. (2021 i. E.). Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. Zum naturgegebenen Programm einer christlich-fundamentalistischen, national-autoritären Erweckungsphilosophie. In J. Sehmer, S. Simon, J. Ten Elsen & F. Thiele (Hrsg.) (2021), recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS.

Thole, W. (2020). Problematische Ablehnungskonstruktionen. Sozialstaat, Gemeinschaft und Erziehung in rechtspopulistischen Sprachspielen und Rhetoriken. In Sozial Extra, 44 (2), S. 107-111.

Thole, W. (Hrsg.) (2000). Kinder- und Jugendarbeit: Eine Einführung. Grundlagentexte Sozialpädagogik, Sozialarbeit. Weinheim: Juventa.

Thole, W., Lindner, W., & Pothmann, J. (2021). Kinder- und Jugendarbeit als sozialpädagogisches Bildungsprojekt. deutsche jugend, 1 (2021), 7–16.

Thüringer Landesamt für Statistik (2020). Thüringen Atlas – Ausgabe 2020. Erfurt. Verfügbar unter: https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2020/40503_2020_51.pdf.

Thüringer Landesamt für Statistik. Tabellen und Übersichten. Verfügbar unter https://statistik.thueringen.de/datenbank/default2.asp. Gesehen am 08. 04. 2021.

Thüringer Landesamt für Statistik (2021b). Tabellen und Übersichten. Landkreis: Eichsfeld. Wanderungen nach Geschlecht, Nichtdeutschen und je 1000 Einwohner. Verfügbar unter: https://statistik.thueringen.de/datenbank/portrait.asp?auswahl=krs&nr=61&vonbis=&TabelleID=kr000106. Gesehen am 29. 06. 2021

Thüringer Landtag (2020). 22.10.2020. Drucksache 7/1965 Verfügbar unter: http://parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/78160/politisch_motivierte_kriminalitaet_2019_landkreis_eichsfeld.pdf

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) (2021). Richtlinie »Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Verfügbar unter: https://denkbunt-thueringen.de/foerderung/

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) (2021). Politisch motivierte Kriminalität. Statistik 2020. Verfügbar unter: https://innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PMK_2020.pdf

Wucherpfennig, G. (2018). «Arbeitsmigration – Eichsfelder Wanderarbeit" in Landschaften in Deutschland Verfügbar unter: http://landschaften-in-deutschland.de/themen/79_b_105-wanderarbeit/ Gesehen am 30. 06. 2021

Wright, M., von Unger, H., & Block, M. (2010). Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In M. Wright (Hrsg.), Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention (S. 35-52). Bern: Hans Huber.

Zick, A., & Küpper, B. (2021). Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Die Autor*innen

Gumz, Heike,

Dipl. Sozialpädagogin, M.A., seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel, zunächst im Projekt »Bildungslandschaften im empirischen Blick. Die kulturelle Kinder- und Jugendbildung im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe«, seit 2019 im Verbundprojekt »Felder und Akteur*innen kultureller Bildung in ländlichen Räumen« (FAkuBi). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind außerschulische Kinder- und Jugendbildung, Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Netzwerkforschung, Professionalität und Professionalisierung Sozialer Arbeit.

Kontakt: heike.gumz@uni-kassel.de

Thole, Werner,

Prof. Dr. phil. habil., Dipl. Sozialpädagoge und Dipl. Pädagoge, seit 2021 an der Technischen Universität Dortmund und zuvor seit 2001 Hochschullehrer für »Erziehungswissenschaft, Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung« an der Universität Kassel mit den forschungsbezogenen Arbeitsschwerpunkten theoretische, professionsbezogene und disziplinäre Fragen der Sozialpädagogik, Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit und der Pädagogik der Kindheit sowie der Kinder- und Jugendforschung. Er ist Mitherausgeber mehrerer Buchreihen, unter anderem den Reihen »Grundlagen der Sozialen Arbeit«, Schneider Verlag, Hohengehren, und der »Edition Soziale Arbeit«, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, sowie in unterschiedlichen Funktionen engagiert bei Zeitschriftenprojekten, unter anderem bei den Zeitschriftenprojekten »Soziale Passagen« und »Sozial Extra«.

Kontakt: werner.thole@tu-dortmund.de

Trostmann, Julian,

M.A. Soziale Arbeit – Theorie & Praxis interdisziplinärer Forschung, ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel im Verbundvorhaben »Felder und Akteur*innen kultureller Bildung in ländlichen Räumen« (FAkuBi) und seit 2018 in der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts »Sozialwirtschaft integriert – Neue Chancen in der Sozialwirtschaft –Qualifizierungsperspektive für Migrantinnen«. Insbesondere beschäftigt er sich mit Fragen der qualitativen und quantitativen Forschung in der Sozialen Arbeit.

Kontakt: julian.trostmann@uni-kassel.de

IMPRESSUM

ITES – Institut für Theorie und Empirie des Sozialen – Werkstatt für sozialpädagogisches Denken e.V.

Königstor 53, 34119 Kassel

Email: kontakt@ites-werkstatt.de
www.ites-werkstatt.de

institut für
theorie und empirie
des sozialen

WERKSTATT FÜR SOZIALPÄDAGOGISCHES DENKEN